Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

3842 W 3

D-5000

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: *Freitag* Nr. 202

WAIT A MINUTE, MR. POSTMAN

BERLIN
3. November

Die unten abgedruckten Blätter hat zumindest in Berlin (aber wohl nicht nur da) jeder Briefträger und jeder Schalterbeamte, um seiner lieben Kundschaft näherzukommen. Man beachte die Differenzierungen, um Individualität und Menschenwürde amtlich erfassen zu können!

Merkmale zur Personenbeschreibung

8 Gesicht
- frisch
- blaß
- gerötet
- glatt
- faltig
- pickelig
- aufgedunsen
- hohlwangig
- Sommersprossen

Einzelverkaufspreis: 1 Mark 50 icl. 5,5% MwSt

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 202 5. November 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag 16 Uhr

D 1870 CX

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen

BILDERDIENST

Es gibt ein paar Bilder vom Begräbnis der „Selbstmörder" in Stammheim. Außerdem noch welche von der Tvind-Ausstellung in Frankfurt (vgl. ID ?) sowie von der Darstellung einer radioaktiven Katastrophe in Frankfurt (vgl. ID 201, S. 25).

FRAUENWOCHENENDE AM 19. / 20. NOVEMBER

ELSASS
1. November

Eine Frau sein - Wenn du Lust hast, zu uns zu kommen, mit uns zu reden, mit uns ein Wochenende lang zu leben, dann schreib schnell an:

Geneviève Hengy - Fresse
30 rue Hubnes
F-68200 Mulhouse
Tel. zu Bürozeiten: Caudine Fresse
unter Nr. (Mulhouse) 54-15-15

MATERIAL ZU FRAGEBÖGEN GESUCHT

BIELEFELD
1. November

"Wir machen z.Zt. eine Broschüre über Fragebögen und Studien, mit denen Bundesregierung und/oder Industrie die Kernkraft-Bürgerinitiativen erforschen (s. ID Nr. 182), z.Bsp. Studien von Battelle, Institut für Zukunftsforschung, Berghofstiftung für Friedens- und Konfliktforschung o.ä.
Schickt uns bitte alles Material, das ihr dazu habt: Literatur, Stellungnahmen, Zeitungsartikel oder berichtet uns, wenn ihr etwas darüber gehört habt!"

Kontaktadresse:
AK Umwelt Bielefeld
Jacob-Kaiser-Str. 2c
4800 Bielefeld 1
Stichwort Fragebogen (bitte mit angeben!)

SCHÜLERSEMINAR ZUM SCHULGESETZ

KIEL
1. November

Die Landesschülervertretung der Gymnasien macht vom 11. - 13.11. ein Schülerseminar zum geplanten Schulgesetz.
Konkret geht es uns dabei um die Fragen eines gemeinsamen landesweiten Vorgehens gegen den Schulgesetzentwurf der Landesregierung.
Hierzu sind alle interessierten Mitschüler aller Schularten von uns eingeladen.
Das Seminar findet statt in der Max-Planck-Schule, Kiel, Winterhuder Weg 1-5. Der Beginn des Seminars ist Freitag, den 11.11., 14 Uhr, Max-Planck–Schule. Bei Anmeldung bis zum 5.11. können wir eine kostenlose Unterbringung der Seminarteilnehmer gewährleisten.
Unsere Adresse:

Landesschülervertretung der Gymnasien
über
Arbeitsgemeinschaft der Landesschülervertretungen Schleswig-Holsteins
2300 Kiel 1, Postfach 3003

Rückfragen über: Wolfram Kolossa, Tel. (0431 / 687 911)

Die Landesschülervertretung hat ein Papier zu dem geplanten Schulgesetz herausgegeben. Damit soll eine breite Diskussion bezweckt werden. Über die obige Adresse ist es zu bestellen.

WANDZEITUNG FÜR JUGENDZENTREN

BARNSTEDT
2.November

Die regionalen Jugendzentrumszusammenschlüsse in der BRD geben vierteljährlich eine gemeinsame Wandzeitung heraus. Es ist ein Sprachrohr aus der Jugendzentrumsbewegung heraus mit vielen Nachrichten und Terminen. Über die ca. 20 zusammenarbeitenden Jugendzentrumszusammenschlüsse hinaus soll die Wandzeitung auch für alle einzelnen Jugendzentren in der BRD eine wichtige Informationsquelle sein.

Die bestehenden regionalen Jugendzentrumszusammenschlüsse möchten die Bemühungen aller anderen Jugendzentren unterstützen, sich auf regionaler Ebene, in der Provinz, im Kreis ebenfalls zusammenschließen, um zusammenzuarbeiten, sich gegenseitig in der Erhaltung der Selbstverwaltung zu unterstützen.

Die Redaktion der Wandzeitung hat z.Zt. die Jugendzentrumsprovinz Lüneburger Heide ; die Zeitung kann dort bezogen werden.



DER " ANDERE BUCHLADEN " IN M 2,6

MANNHEIM
1. November

Endlich gibt es auch in Mannheim einen linken Buchladen, - den "anderen Buchladen" in M 2,6 (zwischen M 1 und M 2, bei Behagel um die Ecke). Dort findet Ihr alle lesenswerten Bü-

cher und Zeitschriften über Politik, Ökonomie, Emanzipation, Sozialarbeit, Anarchismus, Sozialismus, Frauenbewegung und Schwulenbewegung. Außerdem eine große Auswahl an empfehlenswerten Kinder- und Jugendbüchern sowie eine ganze Reihe dufter Schallplatten, die Ihr sonst ganz sicher so gut wie nirgends findet (Polit-Rock, Liedermacher, Folklore, Rock-Jazz, Blues, Indianermusik, Kinderplatten). Und last not least gibt es in M2,6 auch noch Songbücher, Science fiction, Comics, Krimis und weiteren Kruschelkram.
Wer das neue Buchladenprojekt unterstützen will, der kann dort auch sämtliche anderen Bücher, also auch Fachbücher, bestellen, sie werden innerhalb von 2 Tagen besorgt.

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 10 - 18.30 h, Sa. 10 - 14 h, langer Sa. 10 - 18 Uhr.

ÖSTERREICHISCHES INFORMATIONSZENTRUM

WIEN
2.November

Seit kurzer Zeit existiert in Wien eine Initiative, die in Zusammenarbeit mit Jugendzentren und anderen Gruppen. eine überregionale Zeitung für Österreich machen will, deren Konzept dem des ID ähneln soll. Kontaktadresse für alle Interessenten:

Info-Alternativ
Rotensternweg 26
A - 1020 Wien
Tel: 0222/240 205

KLAGE GEGEN RÄUMUNG DES ANTI–ATOM–DORFES

HANNOVER
Oktober 77

Ungefähr 40 Besetzer des Kühlturmgeländes des AKW Grohnde haben eine Klage gegen die Räumung am 23.8. beim Verwaltungsgericht Hannover eingereicht.
Dazu ist jetzt eine kleine Dokumentation erschienen. Sie enthält ein Interview mit einem der Kläger und drei Dokumente (Räumungsverfügung, Stellungnahme des Innenministers und die Klageschrift gegen die Räumung des Anti-Atom-Dorfes).
Die Dokumentation ist zu beziehen über
Thea Winter, Stolzestr. 6, 3 Hannover.
Preis 2 DM.
Spenden-Konto: S. Haenisch, Nr. 450592-309, Postscheckamt Hannover, Stichwort Grohnde Räumung

DOKUMENTATION ÜBER DIE MACHENSCHAFTEN DER EUROPÄISCHEN ARBEITERPARTEI ERSCHIENEN

WIESBADEN
1. November

Der Inhalt: Europäische Arbeiter Partei und die Anti-AKW Bewegung / Wirtschaftstheorien der EAP / Musik- und Kulturtheorie / Übersetzung einer antifaschistischen Dokumentation aus den USA über die Mutterpartei der EAP, der NCLC (National Caucus of Labour Comitees) / Erfahrungsberichte, über die Tätigkeit in der Bundesrepublik mit einer Dokumentation besonderer EAP Machwerke.

Broschüre, 64 Seiten A4, Preis: 1,50 DM, erstellt von einer autonomen Gruppe.
Kontaktadresse/Bestellungen: Postlagerkarte Nr. 062032 A, 62 Wiesbaden.
Den Betrag bitte in Briefmarken oder Geldscheinen, incl. Rückporto oder Bestellung beilegen!

STAMMHEIM – MOGADISCHU WAS IST MIT DER TODESZEIT?

FRANKFURT
3.November

Das amtliche und veröffentliche Verwirrspiel um die Vorgänge in Stammheim und Mogadischu geht weiter.
Irmgard Möller wurde sozusagen klammheimlich aus der Uni-Klinik Tübingen „mit unbekanntem Ziel" verlegt – erst nach Tagen wurde auf Nachfragen ihr Aufenthaltsort, das Vollzugs krankenhaus Hohen Asperg, bekannt-

Der für den Zusammenhang Stammheim federführende Ermittlungsbeamte, Erster Staatsanwalt Rolf Herrmann, Stuttgart, hat Irmgard Möller bisher einmal vernommen und hat auch nicht vor, die Vernehmung zu wiederholen. Die Vernehmung fand statt am Freitag, dem 21.Oktober, zu einer Zeit, als die Verteidigerin von Irmgard Möller, Frau Bahr-Jendges, vor der Tür saß. Ihr wurde der Zutritt mit dem Hin weis auf Ansteckungsgefahr verweigert. (siehe ID 201).
Herrmann habe Irmgard Möller zu erklären versucht, daß er sie nicht als Angeklagte, sondern als Zeugin vernehme. Sie habe aber wohl den Unterschied nicht begriffen, habe sich über ihn lustig gemacht und gesagt, er solle sich zum Teufel scheren.

Auf die Frage, ob er nicht daran dächte, die Rechtsanwälte hinzuzuziehen, um mehr herauszubekommen, meinte er, das würde nur das Verhör stören. Es sei überhaupt unnötig, daß die Verteidigerin mit Irmgard Möller rede, da sie nur in dem Heidelberger Verfahren aktiv sei, das nichts mit den Stuttgarter Geschichten zu tun habe.

Irmgard Möller hat eine 4 1/2jährige Haftstrafe wegen § 129 abgesessen. Seit Januar 1977 sitzt sie in U-Haft. Anklage wurde bisher nicht erhoben, es gibt lediglich einen Haftbefehl. Sie habe 1972 (das behauptet jetzt der Kronzeuge Müller) den Wagen in das US-Hauptquartier in Heidelberg gefahren. Dort sind dann zwei Bomben hochgegangen. Der Haftbefehl wurde nachgeschoben, nachdem sie ihre erste Strafe schon abgesessen hatte.
Und da, sagt der Erste Staatsanwalt Herrmann, sei der Heidelberger Staatsanwalt zuständig, das habe mit den Stammheimer Toten überhaupt nichts zu tun.

Die Verteidigerin, Frau Bahr-Jendges, hat Irmgard Möller am Sonnabend, den 22.10. und am Montag, den 24.10. besuchen können. Seitdem steht Irmgard Möller faktisch wieder unter Kontaktsperre. Vor welchen Kontakten muß sie geschützt werden? Oder aber: wer muß vor ihren Kontakten geschützt werden? Rechtsanwalt Heldmann ist nicht zu ihr gelassen worden. Er wurde als ihr dritter Verteidiger abgelehnt. Die Gründe für diese Ablehnung gehören in den Bereich der Rechtsfiktion. Das heißt, sie stimmen zwar juristisch, doch werden sie deshalb nicht weniger absurd:

1. Grund: Sie hat schon drei Rechtsanwälte. Frage: Wer ist der dritte? Newerla. (Sitzt selbst im Knast).
2. Grund: Heldmann verteidigt mehrere Leute im gleichen Verfahren. Frage: Wen? Baader. (!!!) Die zweite Person: Brigitte Mohnhaupt. (Er verteidigte sie in einem abgeschlossenen Verfahren. Der Begriff des ‚Verfahrens' ist heute so weit gefasst, daß praktisch alles, was unter § 129 fällt, als ein Verfahren angesehen wird – und sei es 10 Jahre her.) Dritte Person: Croissant. (Stimmt nicht, weil seine Verteidigung mit dem Hinweis abgelehnt wurde, er verteidige schon Baader.)

Bei den Verletzungen von Irmgard Möller handelt es sich um Stich-, nicht um Schnittwunden. Nach Auskunft von Staatsanwalt Herrmann soll sie sich diese Verletzungen mit einem „Frühstücksmesser" beigebracht haben. Das Messer ist stumpf und vorne rund. Frau Bahr-Jendges kann sich nicht vorstellen, wie sich eine Frau mit einem solchen Messer vier mal durch den Brustkorb stoßen kann.

Schon auf der Pressekonferenz vom 18.10. verkündete Ex-Justizminister Bender, daß zur Leichenschau und Obduktion ausländische Sachverständige eingeladen seien und die Verteidiger ebenfalls anwesend sein würden. Diese Schau fand statt, um von vorneherein Zweifel und Vermutungen entgegenzutreten, wie sie nach dem Tode von Ulrike Meinhof entstanden. Es hat den Anschein, als könne die Obduktion dieses Versprechen nicht halten.



Aus »La Repubblica«, Italien, linksliberal

Keiner der ausländischen Mediziner, als neutrale Zeugen gerufen, hat an der Obduktion teilgenommen. Ebenso wie die Anwälte waren sie Zuschauer. Es gibt von ihnen also auch kein Obduktionsergebnis – auch wenn in der vergangenen Woche der gegenteilige Anschein erweckt werden sollte.

Einer dieser Mediziner hat die Existenz von Schmauchspuren an der rechten Hand Baaders grundsätzlich bezweifelt (diese inzwischen verbreitete Meldung sollte ein weiteres Indiz für den ‚Selbstmord' sein). Die Mutter, Nina Baader, sagt, ihr Sohn sei Linkshänder gewesen.

Nicht nur, daß die ausländischen Zeugen kein Obduktionsergebnis verbreiteten, es gibt auch noch kein anderes offizielles.

Und was ist dann also mit der Todeszeit?

Staatsanwalt Herrmann: Ich habe noch keine Todeszeit. Wenn ich weiß, daß einer einen Brief geschrieben hat, daß er sich aufhängen wird, und er sich dann aufhängt, dann interessiert es mich gar nicht, ob er sich morgens oder abends aufgehängt hat.
Frage: Haben die drei denn Briefe geschrieben?
Herrmann: Nein, aber...

Interview mit dem Sachverständigen Prof. Hans-Jürgen Mallach, Ordinarius für Gerichtsmedizin, Tübingen, am 26. Oktober:
Frage: Ich finde es überraschend, daß eine Woche nach dem Tod die Obduktionsbefunde noch nicht die Todeszeit angeben.
Mallach: „Bis jetzt habe ich auch nicht den Auftrag bekommen, die Todeszeit festzustellen."
Frage: Sie haben den Auftrag nicht bekommen?
Mallach: „Zur Todeszeit, also zur Todeszeit habe ich noch keinen Auftrag bekommen."

Die Parameter der Obduktion sind (Mallach): „Totenstarre, Totenfleck und Leichentemperaturen. Die haben wir festgelegt. Die stehen fest. Aus diesen drei Parametern kann man natürlich mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auf die Todeszeit schließen. Das ist richtig, aber bisher habe ich auch noch nicht den Auftrag dazu bekommen."

Der andere Sachverständige, Rauschke, hatte es ebenfalls nicht gemacht. Laut Mallach kann die Todeszeit auf ein bis zwei Stunden genau festgestellt werden.

Mallach kann auch nicht sagen, wann zu erwarten ist, daß die Todeszeit festgestellt wird. Zwar seien die Parameter (Totenstarre, Totenfleck und Leichentemperaturen) gemessen, aber er habe den Leichenschaubericht nicht. Den hat er nämlich nach Stuttgart gegeben. „Wenn ich heute diese ganzen Dinge in der Hand habe und ich habe den Auftrag, dann ist das morgen fertig." (Mallach) Das war am 26. Oktober.

Laut Gerücht ist Gudrun Ensslin zwischen 6 und 7 Uhr gestorben. Aber das ist vorerst nur ein Gerücht. Es steht also noch gar nicht fest, daß Andreas Baader und Gudrun Ensslin zur gleichen Zeit gestorben sind, von der Übereinstimmung ihrer Todeszeit mit dem Zeitpunkt der Verletzung von Jan Carl Raspe und Irmgard Möller ganz abgesehen.

Obwohl nach Aussagen eines ausländischen Sachverständigen in den Zellen tausendmal geblitzt wurde, gibt es bis heute keine Fotos der Toten. Man vergleiche damit die Bildwut des ‚Stern' bei den Toten von Mogadischu! Auch die Waffen sind bisher auf keinem Bild erschienen. Wo doch sonst das Vorzeigen von Waffenarsenalen zum Hobby der Polizei gehört!

Auch die drei Schüsse in Andreas Baaders Zelle warten noch auf ihre amtliche Erklärung. Eine vorläufige, ins Unreine gesprochene Version erklärt sie damit, daß Baader eben so perfide sei, seinen Selbstmord als Mord erscheinen zu lassen. Dazu passen allerdings schlecht die regierungsamtlichen Verlautbarungen, die Gefangenen hätten Selbstmordabsichten geäußert.

An den Waffen wurden keine Fingerabdrücke gefunden. Und selbst wenn - wie die amtliche Version heißt - die Fingerabdrücke auf den Waffen vom Blut "weggeschwemmt" worden sind (ob das möglich ist, wäre erst noch zu prüfen) - warum gibt es noch keine Informationen über Spuren an den Patronenhülsen?

Ex-Justizminister Bender erklärte auf der ersten Pressekonferenz am 18.10. , Baader und Raspe seien das letzte Mal um 23 Uhr gesehen worden, bei der Medikamentenausgabe. Den

Rechtsanwälten Heldmann und Funcke ist unbekannt, daß Ihre Mandanten überhaupt Medikamente bekommen haben sollen. Die deutsche Presse überschlug sich in den letzten Tagen mit Meldungen über Obduktionsbefunde, nach denen überhaupt keine Hinweise auf Drogen im Blut der Toten und der Lebendigen gefunden wurden (Irmgard Möller hatte ausgesagt, sie habe plötzlich das Bewußtsein verloren). Wenn es aber keine Befunde über Drogen oder Betäubungsmittel gegeben hat (auch ein Schlafmittel gehört dazu), welche Medikamente bekamen dann die Gefangenen?

Dazu Prof. Mallach:
"... ich muß dazu sagen, wir haben eine gewisse Auftragsteilung, das also diese Dinge von Herrn Prof. Rauschke bearbeitet werden und die ganze toxikologische Untersuchung hier von mir untersucht wird..."
Watts: " Die toxikologischen geben zu der Todeszeit ...
Mallach: " Nein, nein, da geht's nur um die Frage, haben sie unter Arzneimittelwirkung gestanden, unter Rauschmitteln, usw., nicht."
Watts: " Von Drogen? "
Mallach: " Ja genau, auch das, also Rauschmittel, Betäubungsmittel."
Watts: " Es wurde ja schon gesagt, daß es keine gäbe ..."
Mallach: " Ja, also, na, so weit ich das ... na ja, ich möchte sagen, keine wesentlichen ... sie haben schon sicherlich, schon was an Arzneimitteln bekommen, also ..."
Watts: " Na, aber keine Betäubungsmittel? "
Mallach: " Nein, ... so weit wir das bisher sehen ... nein ..."

Nach Aussagen von Irmgard Möller habe Baader ihr vor dem Zuschluß am Montagnachmittag gegen 15 Uhr zugerufen: " Da kommt einer vom Bundeskanzleramt".
Die Meldung der knöchelhohen, fast ungetragenen Wanderschuhe an Baaders Füßen wird von einem der ausländischen Sachverständigen, dem Gerichtsmediziner Prof. Holcabek aus Wien, bestätigt. An beiden Sohlen der Lederschuhe hätten sich "Fremdkörper " befunden, für die man allerdings auch die Bezeichnung " Sand " benutzen könnte. Der von ihm auf diese " Fremdkörper " angesprochene Vollzugsbeamte Misterfeld verweigerte die Auskunft.

Es wurde mir auch bestätigt, daß Gudrun Ensslin bei ihr vorher nicht gesehene dicke Wollsocken getragen habe und frische Jeans und eine frische Bluse. Ganz neu angezogen zum [illegible]bstmord.
Eine frische Bluse wurde schon bei Ulrike Meinhof festgestellt. Auch Ulrike Meinhof hat sich frische Kleider angezogen und sich dann aufgehängt. Folgerung: in Stammheim, wenn man sich aufhängt, zieht man sich frisch an.

INTERNATIONALE UNTERSUCHUNGSKOMMISSION GEFORDERT

AARHUS
18. Oktober

Am Todestag von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe hat die Internationale Untersuchungskommission zur Klärung der Todesumstände von Ulrike Meinhof an die europäische und an die UNO-Menschenrechtskommission folgendes Telegramm geschickt, das auch dem damaligen Justizminister T. Bender / Baden-Württemberg zugegangen ist:

„Die Internationale Untersuchungskommission zur Klärung der Todesumstände von Ulrike Meinhof hat im Laufe ihrer Arbeit vorläufig festgestellt, daß Ulrike Meinhof auf Grund eines plötzlichen Herzinfarkts sich nicht selbst erhängt haben kann. Trotzdem wird seitens der Behörde die Version eines Selbstmordes aufrechterhalten.

Auf Grund dessen und in Anbetracht der neuen Todesfälle in Stuttgart-Stammheim ist es unbedingt erforderlich, daß neutrale Pathologen und Kriminologen in der Kommission, die Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe obduzieren soll, teilnehmen. Die IUK fordert erneut die Regierung Baden-Württembergs auf, die Mitglieder für diese Kommission benennen zu lassen von den Verteidigern der Betroffenen.
Die IUK ist gegebenenfalls bereit, selbst einzutreten.

Auf Grund der Unklarheiten der letzten Todesfälle fordert die IUK auch die sofortige und vollständige Aufhebung der Kontaktsperre für die übrigen Gefangenen.

Im Namen der IUK
Henrik Kaufholz, Sekretär

HELMUT ENSSLIN: „ICH BIN DAVON ÜBERZEUGT, DASS GUDRUN ERMORDET WORDEN IST"

STUTTGART/ROM
26.Oktober

Ein italienischer Genosse von Lotta continua hat mit dem Vater von Gudrun ein Gespräch gehabt, dessen Originaltext wir jedoch bislang nicht bekommen konnten; wir veröffentlichen deshalb eine Rückübersetzung aus dem Italienischen anhand eines in der Tageszeitung ‚lotta continua' vom 27.10.77 erschienen Artikels:

„Helmut Ensslin ist ein Mann, der durch die fürchterlichen Erfahrungen, die er gemacht hat, mit Sicherheit verändert worden ist; die Zeitungen sprechen von Gudrun, der Tochter des 68jährigen evangelischen Pastors (im Ruhestand) als von „der Terroristin, die in der Pastorenfamilie groß geworden ist". Daß dieser Mann uns nun zu einem Gespräch empfängt, liegt am Gefühl der Sympathie und Dankbarkeit, das er gegenüber den Genossen empfindet, die sich in Italien mobilisiert haben; das sagen mir auch die Mutter von Gudrun und die Mutter von Andreas Baader , die beide anwesend sind, sich aber an dem Interview nicht beteiligen wollen.

„Gudrun hat uns immer schockiert, schon seit vielen Jahren. Durch jeden Schritt, den sie getan hat. Aber sie hat nie den Kontakt zu uns abgebrochen, auch wenn wir über viele Probleme unterschiedliche Überzeugungen besaßen. Ich selbst war einmal sehr naiv. Aber inzwischen glaube ich,daß ich kämpfen muß: ich bin überzeugt davon, daß sie ermordet wurde. Sie hat immer befürchtet, ermordet zu werden, auch im Falle einer Befreiung und Ausreise ins Ausland.
Nach dem Tod von Ulrike hat sie mir gesagt, daß es so enden könnte. Und einen Selbstmord hat sie absolut ausgeschlossen. Gudrun hat nicht gelogen, genau wie auch die anderen von der RAF nie gelogen haben: sie haben immer die Verantwortung für ihre Taten übernommen. Die anderen, die ihr jetzt den Prozeß machen, die schon, die erzählen Lügen, ganz dicke sogar. Deshalb glaube ich, daß die drei Briefe, von denen Gudrun am Montag den beiden Gefängnispfarrern erzählt hat und deren Existenz nun bezweifelt wird, wirklich existieren."

Helmut Ensslin spricht weiter von seiner Überzeugung, daß die Killer von der Bundesregierung beauftragt worden sind und daß es sich nur um einen sehr kleinen Personenkreis handelt, der eingeweiht war:

„Die Landesregierung, glaube ich, weiß wirklich nichts und wahrscheinlich wird man die Wahrheit nie erfahren. Im Moment kommt es darauf an, sich auf das zu stützen, was Irmgard Möller sagt: auch sie ist keine Lügnerin. Bei ihr hat der Killer vielleicht schlecht gearbeitet. Aber darüber schweigen alle. Und sie raten auch uns, aufzugeben und zu schweigen. Alles ist dermaßen perfekt, daß es mich wirklich in bestimmten Punkten an den Nationalsozialismus erinnert. Viele wissen nichts darüber. Andere wollen nichts darüber hören: sie wollen sich nicht in ihrer Behaglichkeit stören lassen, sie haben ihre Bildzeitung, den Sport die Sonderangebote der Kaufhäuser, den Urlaub und das Lotto. Springer hat tatsächlich gewonnen, nach zehn Jahren. Und die Fronten haben sich auf beiden Seiten verhärtet."

Als er von der Flugzeugentführung spricht — einer Aktion, die er nicht richtig findet — erinnert er daran, daß für die, die in den Flüchtlingslagern gelebt haben und Tel Al Zataar erlebt haben, das Leben Unschuldiger, das von Frauen und Kindern, eine andere Bedeutung bekommen kann; Helmut Ensslin rechtfertigt diese Aktion nicht, aber er hat ganz offensichtlich gelernt, nach den Ursachen der Dinge zu fragen. Er spricht über die Kampagne, die sich auch gegen ihn, seine Frau und seine fünf Kinder (von sieben, die sie hatten) richtet.

„Viele Eltern der RAF-Mitglieder haben sich heute genauso isoliert wie ihre Kinder, aber nur wenige — zumeist höhergestellte Persönlichkeiten — haben sich völlig von ihren Kindern losgesagt. (...) Ich erhalte auch Briefe und Telefonate, in denen Leute ihre Solidarität mit mir ausdrücken und das nicht nur aus Mitleid. Aber eine Bekannte von uns, die in einer Schneiderei hier in der Nähe gearbeitet hat, ist entlassen worden, nachdem sie am Dienstag der Selbstmordversion widersprochen hat; als die anderen auf den Tod von Baader und Genossen angestoßen haben. Innerhalb weniger Tage wurde das Klima für sie an der Arbeitsstelle unerträglich und nun ist sie

MENSCHENJAGD NACH DER BEERDIGUNG

FRANKFURT
3.November

Was sich in Stuttgart nach der Beerdigung der drei Toten von Stammheim ereignet hat, läßt sich nur noch mit lateinamerikanischen Zuständen vergleichen: Offene Menschenjagd, von einer aufgehetzten Bevölkerung toleriert, ja sogar unterstützt, in einem Staat, der inzwischen nicht nur uns, sondern auch den Nachbarländern das Fürchten lehrt. Vier Berichte darüber erreichten den ID.

WUPPERTAL
1.November

Der folgende Bericht stammt von Betroffenen aus Wuppertal

Zur Beerdigung von Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe kam auch eine Abordnung aus Griechenland: Manolis Glezos (s.u.), der Rechtsanwalt Kannelakis und ein Journalist der zweitgrößten Athener Tageszeitung 'Elevtherotypia', Votzis. (Einige Artikel von Votzis zur Bundesdeutschen Situation sind unter dem Titel: 'Ein Viertes Reich bedroht Europa' im 'Kritischen Tagebuch' Nr. 2 abgedruckt). Der Besuch dieser drei ist nicht nur auf deren persönliche Anteilnahme zurückzuführen, sondern kann als bewußte Stellungnahme eines großen Teils der griechischen Linken bewertet werden, die damit, mitten im Wahlkampf (am 20.11. sind in Griechenland Parlamentswahlen) offen Stelllung bezogen hat.
Manolis Glezos sprach am Grab folgende Worte:

" Ich verneige mich vor den Opfern des neuen Faschismus. Ich drücke mein Mitgefühl aus mit ihren Familien und mit dem deutschen Volk. Der kaltblütig geplante Mord an politischen Gefangenen empört jedes menschliche Bewußtsein überall in der Welt. Da dieses unmenschliche Verbrechen gerade in Deutschland geschieht, gewinnt es für uns, die wir gegen

Öffentlichkeit - naiverweise? - vermißt.

Und wir haben die vermißt, deren Position, Ruf, Bekanntheitsgrad der Beerdigung ein anderes Gesicht verliehen hätte, die es sich erlauben können (und vielleicht auch etwas damit erreichen können), ohne Maskierung zu erscheinen. Wir haben z.B. die Leute vom Beirat des ID, die ' Bommi '-Herausgeber, Leute vomRussell-Tribunal und die, die noch zu den Beerdigungen von Holger Meins und Ulrike Meinhof gekommen waren, vermißt

Jede(r) einzelne mag seine Gründe gehabt haben, nicht zu kommen, aber irgendwo haben wir das Gefühl, ihr habt uns hängen lassen. Wir erwarten keine Erklärungen, aber vielleicht Diskussionen in den einzelnen Städten und geben die Hoffnung nicht auf, Euch bei - hoffentlich anderen - Anlässen wieder anzutreffen.

Noch ein paar Wuppertaler Genossen

WUPPERTAL
1.November

Hier ein zweiter Bericht von Genoss-inn-en aus Wuppertal, die an der Beerdigung in Stuttgart teilgenommen haben:

Gegen 17.00 Uhr fuhr ein Wuppertaler Auto mit vier Genossen Richtung Heimat. Etwa 1 1/2 Stunden waren wir gefahren, als ein Bullenauto mit Blaulicht uns überholte und in die Einfahrt einer Raststätte drängte, wo ein anderes Bullenauto stand. Wir hielten an, die Bullen rannten zu unserem Auto, rissen die Türen auf, riefen " Hände hoch, aussteigen, los! " Aussteigen, Hände hoch, 3 MP-Bullen, einer mit Pistole, einer durchsucht uns nach Waffen, schreit hektisch nach Handschellen, sammelt die Personalausweise ein. Wir müssen uns auf eine Autoseite stellen, Hände aufs Dach legen. Das

den Motorrädern (mit Bullen drauf) gestört. Nachdem sie uns anfänglich nur begleiteten, indem sie den uns umgebenden Verkehr regelten, starteten sie alsbald ihre erste Offensive. Während immer mehr motorisierte Bullen auftauchten, versuchten sie uns durch hautnahen Kontakt mit dem Rand des Zuges und durch Zurufe wie: " Macht irgendwas, wir warten nur drauf ", zu provozieren. Wir machten uns nichts draus und johlten, sangen und riefen weiter unsere Parolen wie z.B. " Das war kein Selbstmord, das war geplanter Mord, Polizei SA/SS, Stammheim/Ausschwitz". Plötzlich fingen einige der Bullen an, Genossen(innen) in den hinteren Reihen brutal in die Hacken zu fahren. Wir mußten mehrmals anhalten und die zu Boden Geworfenen " aufsammeln ". In dieser Situation gelang es den Bullen, uns ganz auf den Bürgersteig zu drängen und dort in Schach zu halten. Im Stadtzentrum angekommen, umgeben von tausenden von Passanten, fühlten wir uns sicher. Doch genau hier holten sie zum entscheidenden Schlag aus. 2 Motorräder versperrten der Spitze den Weiterzug, während sie hinten auf uns einschlugen. Einige sprangen in panischer Angst auf die Straße, wo sie von einem rückwärtspreschenden Bullen-PKW umgefahren wurden. (Desgleichen ein fotographierender Bulle) Die Übrigen hatten derweil ihre Karren regelrecht auf den Asphalt gepfeffert und schlugen blindwütig auf die Menge ein. In wenigen Augenblicken entfaltete sich vor den gaffenden Passanten ein Schlachtfeld. Sie zogen uns an den Haaren über das Pflaster, traten uns ins Gesicht und in den Magen, einer Genossin wurde mehrmals der Kopf auf den Asphalt geschlagen. Einige Passanten mischten kräftig mit, u.a. wurde ein Bulle aufgefordert, einen Genossen, dem er seine Knarre an die Schläfe presste, abzuknallen. 40 Genossen(innen) wurden festgenommen und z.T. in schon überfüllte VW-Busse geprügelt. Die Hatz nach den Flüchtenden, an der inzwischen mehrere hundert Bullen, BGS und Passanten beteiligt waren, ging noch

entlassen worden.
In dieser schwierigen Situation, in der wir uns im Moment befinden, versuchen wir unter den Eltern und Verwandten der RAF-Mitglieder solidarisch zu sein. Viele von uns werden morgen zu der Beerdigung gehen."

Ich frage ich nochmals nach der Beziehung zwischen ihm und Gudrun. „*Sie hat mich nicht für böswillige gehalten, sondern für unwissend. Wir haben uns häufig geschrieben. Seit zehn Jahren habe ich wieder angefangen zu studieren, zu lernen. Und ich habe viele Sachen begriffen. Wenn man wirklich die Ursachen des Terrorismus finden will, wie die Regierung angibt, dann muß man weit in der Geschichte Deutschlands und der Bundesrepublik zurückgehen. Ich habe versucht, das zu begreifen, dafür die Augen zu öffnen und zum Teil ist es, glaube ich, auch gelungen.*
Früher hatte ich nur einen Blick für das, was mir meine Erziehung und Ausbildung mitgegeben hatte: ich bin der Sohn eines Beamten, mit Kindern von Offizieren, Ärzten, Anwälten, Beamten aufgewachsen und habe immer nur in dem von der Kirche umsorgten Bereich gelebt."

Jetzt würde sich Helmut Ensslin gerne für ein paar Monate zurückziehen; sehr gerne würde er nach Italien gehen. Er hat vor, ein Buch zu schreiben: „*Ich glaube, ich hätte viel zu sagen."*

den Nazismus gekämpft haben, besondere Dimensionen. Alle Menschen und besonders die Kämpfer gegen die Naziherrschaft haben die Pflicht, zu begreifen, was heute in Deutschland vorgeht. Wir dürfen nicht zulassen, daß zum dritten Mal in unserem Jahrhundert das deutsche Volk dem Faschismus zum Opfer fällt, und daß ganz Europa vom deutschen Imperialismus bedroht wird."

Manolis Glezos ist weltweit bekannt als "Erster Partisan Europas" im Kampf gegen den Nazismus. Am 31.5.1941 hat er zusammen mit A. Sandas die Hakenkreuzfahne von der Akropolis gerissen und wurde von den deutschen Besatzungsbehörden zum Tode verurteilt. Er wurde im Laufe seines Lebens insgesamt 28 mal verurteilt und verbrachte 16 Jahre in Gefängnissen und Verbannungslagern. Noch als Gefangener wurde er zweimal zum Abgeordneten gewählt. Er ist Mitglied des Vorstands der internationalen Journalistenvereinigung, der Internationalen Vereinigung der Widerstandskämpfer und des International Council for Peace, er wurde mit dem internationalen Journalistenpreis und mit dem Lenin-Friedenspreis ausgezeichnet. (Die Frankfurter Rundschau nennt ihn: ein 'Widerstandskämpfer' aus Griechenland). Glezos ist jetzt im Vorstand der EDA, einer, grob gesprochen, eurokommunistischen Partei. In einem Gespräch sagte er, er sei gekommen, weil er wenig Widerstand gegen die Entwicklung in der Bundesrepublik sehe, aber diesen Widerstand unterstützen wolle. Er war bestürzt über das, was in Stuttgart zu sehen war. Wir auch. Wir sind nach Stuttgart gefahren, um der heimlichen und z.T. offenen Freude über den Tod in Stammheim unsere Betroffenheit entgegenzusetzen. Wir hatten gehofft, daß sich mehr Leute davon betroffen fühlen würden und trotz Kritik an der RAF, trotz Angst vor Konsequenzen kommen würden, und es so den Bullen und der Presse erschwert hätten, die, die da waren, als den Kreis von 'Sympathisanten' abzustempeln. Wir haben die große linke und demokratische

Auto wird durchsucht. Die übernervösen Bullen zielen mit entsicherten MP's auf Brusthöhe, bei jeder unvorhergesehenen Bewegung würden sie schießen. Endlich kommt der Einsatzleiter mit den überprüften Personalausweisen zurück. "Es liegt nichts vor, aber auch gar nichts." Die von Haß und Furcht verzerrten Gesichter der Bullen verwandeln sich schlagartig, die MP's werden entladen. Der EL erklärt, "Wir haben einen Hinweis aus der Bevölkerung erhalten, daß in Ihrem Wagen vier schwerbewaffnete Terroristen sitzen, wir sind mit 200 km/h aus Stuttgart hinter Ihnen hergefahren. Der Anruf war anonym, Beschwerde nutzt nichts."
Denunziation, das ist das Ergebnis der Hetze in den Medien.

ESSEN
1.November

Von Beerdigungsteilnehmern aus Essen kommt folgender Bericht:

Wie sich die schweinische Hetze der gleichgeschalteten BRD-Presse auf alles "sich bewegende" auswirkt, bekamen die "Sumpfblumen" nach der Stuttgarter Beerdigung an Leib und Seele zu spüren.

Während wir uns fast 4 Stunden geweigert hatten, mit präsentem Ausweis die mehrere Hundertschaften starke Bullenkontrolle, zu "passieren", schienen diese nun mittlerweile außer kalten Füssen auch heiße Knüppel bekommen zu haben. Denn bei den Kontrollen kam es dann auch schon zu Übergriffen ihrerseits, wobei mindestens 5 Genossen(innen) in der gewohnt brutalen Weise abtransportiert wurden. Das war für uns (ca. 150) genug, sich zu einem Anmarsch auf das Polizeipräsidium in Gang zu setzen. Die Bullen hatten sich in der Zwischenzeit vollständig verzogen und es hatte den Anschein, als "herrsche wieder Ruhe im Lande". Unser Singen und Summen wurde jedoch schon nach einigen hundert Metern von 4 aufheulen-

mehrere Stunden bis in Toiletten und Keller der umliegenden Gebäude. 39 der Festgenommenen wurden nach ED-Behandlung freigelassen, gegen sie wurde Strafanzeige wegen Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung erstattet. Bemerkenswert ist dabei die noch nicht aufgeklärte Sache: Alle ED-Behandelten haben auf der Innenseite ihres Personalausweises ein mit Kuli eingraviertes D. (Nein, ihr habt richtig gelesen - keinen Stern) Nachtigall, ick hör dir trapsen.

Genossen(innen) aus Essen

DER FADEN IST GERISSEN....

STUTTGART/
DEGERLOCH
27.Oktober

Bericht von der Stuttgarter Beerdigung:
„Auf der Hinfahrt mit dem PKW keinerlei Kontrollen. In der Stadt sind ab und zu Bullenautos zu sehen, aber eigentlich auch nicht mehr als sonst. Wir fahren mit der Tram zum Degerloch. Erst unmittelbar am Friedhof die übliche Aufmachung: Reiterstaffel, MP, oberflächliche Kontrolle (Jacke öffnen bzw. abtasten). Die Bullen halten sich zurück, zeigen dezent ihre Präsenz. Auf dem Friedhof ca. 500 Leute; Journalisten, surrende Kameras, klickende Auslöser. Ein Pfarrer spricht, eine Orgel brummt ein Kirchenlied. Stumme Begrüßung durch Blicke — gedrückte Stimmung.

Anschließend das Hinabsenken der Holzkisten — das falsche Ritual vom Abschiednehmen. Organisationen sprechen Markiges, Fäuste werden geballt „immer die Predigt, bis zu un-

serer Auszehrung. Wir sagen Triumphalismus, auch wenn wir Ohnmacht sagen."
Ein Sprechchor „Weg mit der Presse" wird präzisiert — „mit der deutschen". Ein Transparent taucht auf „gegen Mord im Knast — aber auch gegen Flugzeugentführung. Friede den Hütten — Krieg den Palästen."

Oben am Hügel stehen die Bullen und filmen — zooomm und ein Portrait ist fertig. Einer erzählt mit lauter Stimme, was auch im Nachobduktionsbefund von Ulrike stand. Erinnert daran, daß die Version des „Selbstmordes" nicht einfach hingenommen werden kann. Sprechchöre ersticken nach wenigen Lauten.

Nach den Organisationen und Vereinen nun die Einzelnen beim Ritual. Ein maskiertes Gesicht spricht etwas, ist zu leise, wirft die Blume hinab, tritt ab. „Sieh mal, was für eine schöne Geschichte — du hast bestimmt auch eine, aber hör auf mit den Niederlagen, die man verschweigt."

Wir sind nicht mehr fähig zu trauern — auch zu begreifen, daß im Tod jeder Sinn erschlagen ist. Unsere Verzweiflung (von der Wut gar nicht zu reden) erscheint in den kalten Blicken, den bleichen Gesichtern, im vereinzelten sich drücken, in der Sprachlosigkeit. „Schweigen, Schweigen, das sich langsam seiner selbst bewußt wird."

Beim Abgang vom Friedhof probieren's die Bullen mal wieder. Weil wir alle bleiben müssen sie die festgenommene Frau wieder rausrücken. Wir gehen gemeinsam nach Stuttgart rein, um weitere Provokationen zu verhindern.

Auf dem Weg runter vom Hügel kommt ein VW hoch und fährt in uns hinein. Das Auto wird demoliert. Eine Reiterstaffel kommt an, ebenso ein Sonderkommando in grünem Overall mit ca. 1 m langen Knüppel und in Kampfstiefeln. Sie prügeln, drängen uns vom Auto weg, sperren die Straße. Einige sind wirklich drauf und dran auf diese Provoziererei einzuflippen und markieren den starken (sprich: wortgewaltigen) Macker. Nach und nach finden wir wieder zusammen und ziehen weiter — kommt ein dicker Mercedes mit Funkantennen die Straße hoch. Wird demoliert. Hier greifen keine Bullen mehr ein. Als wir unten ankommen, haben sie ca. 200 m vor den ersten Häusern die Straße dichgemacht. Jetzt beginnt eine erkennungsdienstliche Behandlung. Die Bullen bilden eine Gasse, jeder von ihnen hat einen Notizblock/Kuli in der Hand. Wir werden aus der Falle nur rausgelassen, wenn wir durch die Gasse gehen, an deren Ende wir fotografiert werden. Zur Bekräftigung ihrer Absichten steht hinter der Gasse das Killerkommando.

Wir diskutieren kurz und zeigen dann die Pässe. Einige können sich durchschmuggeln. Das Ganze ‚erfassen' dauert lange, so daß die, die keinen Paß haben bzw. nicht zeigen, sich durch die Schrebergärten verdrücken können. Der Hubschrauber schickt ihnen zwar Reiterstaffeln nach — aber das Abhauen klappt.

Hinter der Bullengasse sammeln wir uns wieder, um zu verhindern, daß die letzten von den Hunden gebissen werden. Reichlich viele Zivile treffen ein, z.T. bekannt von Hausdurchsuchungen in Frankfurt und Hamburg. Sie begrüßen sich untereinander freundlich, halten ein kurzes Schwätzchen ....bbrrr mich friert.

Ein angeheuertes Abschleppunternehmen schleppt Autos und Insassen zur Kontrolle. Die letzten werden diesmal nicht von den Hunden gebissen und nachdem alle ‚behandelt' sind, gibts noch eine kleine Demonstration durch die Innenstadt. (Später im Funk brüstet sich die Polizei: 40 erkennungsdienstliche Behandlungen, 1 bleibt verhaftet, 1200 namentlich erfaßt, 600 Autos kontrolliert, Anzeigen wegen Sachbeschädigung und Landfriedensbruch werden ausgestellt.)

Die ‚Bevölkerung', die sich das Spektakel ansah, übte sich in faschistoiden Sprüchen: „ Den da müsst' mer mol em dridde Gang en dr Waschmaschin schleudre";„ Klapp uft, nei mit dene ond vergase".

Wir fahren im Verkehrsstau. Mal hinter uns, mal daneben fährt ein Mercedes. Sitzt ein älterer Typ drin und starrt dauernd zu uns hinüber. Irgendwann wird mir's zu blöd. Ich steig aus und frag ihn nach dem Grund. Ich krieg meine Vermutung — der ist auf Terroristenfahndung — bestätigt.

Wir sind in einer Kneipe. Kommt die kleine Demonstration vorbei. Die etwas älteren, schon angesoffenen, Deutschen flippen fast aus über diesen „Dreck". Die hatten fast nur noch Urlaute im Kopf, „Heil, Heil".

DER KLEINE GRENZVERKEHR

FRANKFURT
4.November

Genossen aus der Bundesrepublik und der Schweiz sind auf der Fahrt zur Großveranstaltung nach Bologna vor ein paar Wochen an der italienischen Grenze abgewiesen worden. Über andere Übergänge erreichten sie Bologna mit Verspätung. Diese Schikane an der Grenze wurde von den Betroffenen schnell mit der Bologna-Veranstaltung in Zusammenhang gebracht, war so erklärbar und damit abgetan. Wenn diese Grenzzwischenfälle und andere, bei denen Genossen ebenfalls die Einreise in ein benachbartes EWG Land verwehrt wurde (so vor kurzem nach Holland), sich jetzt in einem anderen Licht wieder aufdrängen, so deshalb:

Fünf Mitglieder des ID-Kollektivs wurden am 29. Oktober an der belgischen Grenze mit dem Kommentar "unerwünscht" zurückgewiesen - und ein deutscher Grenzpolizist erläuterte: Wir bräuchten es nicht an anderen Übergängen versuchen. Die seien für uns alle zu. Das sei eine internationale Ausschreibung, das sei eine Staatsschutzangelegenheit.

Wir sind trotz allem nach Brüssel gekommen: mit belgischer Hilfe, mit List, legal.

Zur Zeit versuchen belgische Anwälte bei den zuständigen Behörden in Brüssel herauszufinden, warum wir "unerwünscht" waren - wie die Zusammenarbeit zwischen deutschen und belgischen Staatsschützern aussieht.

Alle die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, sollen sich an den ID wenden, Anwälte einschalten.

GÄNGIGE AUSREDE: ZU WENIG GELD DABEI

FRANKFURT
3.November

Anfang Oktober wollten wir, drei Frauen, bei Aachen über die Grenze nach Holland, um dort 2, 3 Tage Urlaub zu machen. Wir wurden rechts rangewunken, mußten das Auto ausräumen, das ganze Gepäck durchwühlen lassen und alles, vor allem ein ID und ein Pflasterstrand wurde sehr mißtrau-

isch von 3, zeitweise 4 deutschen und niederländischen Zöllnern inspiziert. Unsere Personalien wurden per Computer überprüft, aufgeschrieben, wir wurden nach Reiseziel, Reisedauer, Geld gefragt, wen wir in Holland kennen. Nach etwa 2 Stunden sagte uns der niederländische Zöllner, sie würden uns nicht einreisen lassen. Begründung? Wir hätten zu wenig Geld dabei (450 DM) und wären unerwünscht. Wir fuhren also zurück und kamen über Belgien schließlich doch noch nach Holland.

ID–MITARBEITER IN BELGIEN UNERWÜNSCHT

Eigentlicher Anlaß unserer Reise war die mehr oder weniger inoffizielle Einladung, in Brüssel an einer Veranstaltung zum " Modell Deutschland " teilzunehmen. Die Veranstaltung, die von einem städtisch staatlich subventionierten Kulturverein alternativ zur offiziellen Deutschlandveranstaltung "Europarlia" geplant war, sollte wohl mehr auf die antidemokratischen Tendenzen innerhalb der Bundesrepublik aufmerksam machen und die Gefahren des Exports des Modells Deutschland in die benachbarten Länder. Wir nahmen an, daß wir unsere Einschätzung der momentanen Situation und die Möglichkeiten, bzw. Schwierigkeiten der sog. "legalen" Linken in der BRD darstellen sollten. Deswegen redeten wir vorher öfter über unsere Meinung zum politischen Geschehen und wie wir es am besten darstellen könnten. Dabei merkten wir, daß es ganz gut war, nicht wie sonst nur auf Ereignisse, Meldungen zu reagieren, sondern umfassender unsere Standpunkte zu diskutieren. Außerdem ...
... warum wissen wir nicht.

In der Nacht von Freitag auf Samstag sind wir zu Fünft in einem grellgrünen VW-Bus von Frankfurt losgefahren, Richtung Aachen. Die erste Frage des blauuniformierten belgischen Grenzers, der mit seinem blasgrünen westdeutschen Kollegen in einem Glaskasten am Straßenrand sitzt: "Wieviele Terroristen sind denn da drin? " Dann :" Fahren sie doch mal rechts ran". Vor der Eingangstür der belgischen Grenzstation warten wir dann zehn Minuten und bekommen gleich auf die schlimmste und wahrscheinlich alltäglichste Weise vermittelt, wie hier verfahren wird. Ein Marokkaner, wohl mitte Dreißig mit einem kleinen Koffer, wird an der Grenze zurückgewiesen; warum wissen wir nicht. Der "Petit Chef" der Grenzstation schnauzt ihn an, er solle jetzt endlich in Richtung Belgien verschwinden. Der Mann zögert aber, will nicht so schnell aufgeben. Der Grenzer wird darüber wütend und schreit, er solle sofort verschwinden. Darauf sagt der Marokkaner im ruhigen Ton etwas; der belgische Zöllner brüllt ihn an und versetzt ihm einen Schlag gegen die Stirn. Wir sind als nächste an der Reihe. Das Auto wird immer leerer, alles raus und auf dem Bürgersteig aufreihen. Bei der Durchsuchung unseres Autos und unseres Gepäcks erscheinen dem Zöllner sogar so banale Dinge wie etwa ein Lautsprecherkabel oder Notizen für die Brüsseler Veranstaltung sehr bedeutsam, sehr verdächtig. Die Tatsache, daß wir keinen Schlüssel für die Heckklappe des Autos, dafür aber Kartons mit "ID's" und "Pflasterstrände" (wer's noch nicht weiß: Frankfurter Stadtzeitung) vervollkommnet für die Zöllner wohl ihr Bild von Verdächtigen.
Nachdem alles ausgeräumt, alles aufgeschrieben ist (Beruf? Journalist! Was schreiben sie denn ?), die Erklärung:"Sie dürfen nicht einreisen, sie sind unerwünscht."
Warum? Darum! Wegen unserer Haarfarbe, unserer Nase? Ja, wegen ihrer Nase! Welche Behörde entscheidet das? Ich!
Also rüber an die deutsche Grenze, um unsere Ausweise abzuholen. Aber die werden zwischen Grenzstation und Polizeiwagen hin- und hergetragen, und nach langem Hin und Her der Bescheid:"Wir müssen den Wagen nochmal durchsuchen, fahren sie den Wagen hinter das Gebäude."
Daraus ergeben sich "enorme" Sicherheitsprobleme, die folgende groteske Szene erzeugen: ein hochdekorierter Grenzbeamter und sein Untergebener laufen links und rechts vor uns her, Hand an der Pistolentasche, hinter uns ein Polizeiwagen mit dem Polizeichef, daneben zu Fuß ein ganz Junger mit einer MP. Da die direkte Zufahrt zum Hof hinter dem Gebäude durch Pfähle versperrt ist, rennt diese Prozession mit uns in der Mitte über die Autobahn in Richtung Aachen und dann im großen Bogen in den Hof. Hinter den Polizisten die ersten Zuschauer.
Zusammen mit dem "Handwerker", ein einfacher Grenzbeamter, wird die Holzkonstruktion im Bus demontiert, nochmal alles durchsucht — dabei steht das Polizeiauto mit dem Chef wenige Meter hinter uns, die Waffenträger (MP) im Sicherheitsabstand um uns herum. (Beim Basteln im Auto kommen durch die Arbeit und räumlichen Nähe erstmals "menschliche"/normale Wortwechsel zustande).
Die beiden Frauen fragen nach der Toilette, zwei Mann hinterher, vorher wird durchsucht, ausziehen, aufeinander warten umgeben von drei Bewaffneten. Bewaffneter Geleitschutz zur Toilette.
Dann die Mitteilung: es wurde nichts gefunden, dann können sie jetzt fahren; sie brauchen es an keiner anderen Grenze zu probieren, das ist eine internationale Ausschreibung, Angelegenheit des Staatsschutzes. Großzügige Geste bei der Abfahrt.

Sprachlos fahren wir zurück nach Aachen, mit dem Gefühl, nicht mehr aus Deutschland rauszukommen: DDR — Mauer — Urlaub auf der Schwäbischen Alb.
Zurück in Frankfurt ergibt sich beim Telefonieren nach Brüssel, daß sich die belgischen Genossen nicht damit zufrieden geben wollen. Ob wir es mit ihnen zusammen nochmal probieren wollen? Wir sagen zu. Sonntagmittag sind wir wieder nahe der Grenze; wir treffen die Belgier, zehn Personen mit fünf Autos. Wir sind alle etwas nervös, machen uns kurz bekannt und besprechen bis ins Kleinste unseren Grenzübertritt. Dabei fühlten wir uns, als planten wir eine gefährliche Aktion, dabei wollen wir doch lediglich ganz legal ein Grundrecht (Freizügigkeit) in Anspruch nehmen.
Verteilt auf die belgischen Wagen kommen wir anstandslos über die belgische Grenze. Endlich über die Grenze freuen wir uns wie nach einer gelungenen Flucht — absurd aber wahr.

Zur Podiumsdiskussion in Brüssel kommen wir noch gerade rechtzeitig und sind keineswegs unerwünscht.
Zur Diskussionsveranstaltung:
Die ersten Beiträge von Anwälten thematisieren die Änderung der Strafprozeßordnung, die Haftbedingungen, die Tradition des Grundgesetzes, enthalten viel über die Rote Armee Fraktion (RAF). Danach verliest eine Frau eine vorbereitete Erklärung des "Internationalen Verteidigerkomitees" über die Situation der RAF-Gefangenen; Isolation- und Drogenfolter, Hungerstreiks und Kontaktsperre und ihre Auswirkung auf die psychische und physische Verfassung der Gefangenen. Der Tenor ist pechschwarz und eindeutig.
Wir besprechen uns kurz, daß wir lieber diskutieren würden, Fragen beantworten, über den Alltag der Linken (der "sogenannten" legalen Linken) reden, über Perspektiven/Schwierigkeiten der Arbeit in dieser BRD und vor allem über das, was (noch) möglich ist, vielleicht mit Unterstützung des Auslandes, um dieses nur noch bedrückende, resignative, schwarze Bild zu korrigieren.
Wir ärgern uns sowohl über die Länge der Erklärung des IVK als auch über die Reaktionen im Saal: Beifall für den Mut der Sprecherin, Beifall für die RAF als dieGruppe, die sichtbar Widerstand leistet. Von dieser Stimmung beeinflußt (aha, die sind für die RAF, also gegen uns) sagen wir als erstes daß

uns der Tenor des IVK-Beitrages nicht gefällt und daß es nicht gut sei, ständig nur über die RAF zu diskutieren. Nach einer kurzen Selbstdarstellung erzählen wir unse re Grenzerlebnisse als Beispiel für konkrete Auswirkungen all dieser bisher allgemein beschriebenen Repressionszunahmen in der BRD. Die erste Frage aus dem Saal geht aber sofort wieder um die RAF. Erst später im kleinen Rahmen wird die Diskussion etwas offener.

SCHIKANE BEI DER EINREISE IN DIE BRD

KOPENHAGEN 27. Oktober — *Der Däne Siegfried Christiansen berichtet:*

"Innerhalb der vergangenen vier Wochen habe ich ein paar unerfreuliche Erfahrungen mit BRD-Behörden gemacht. Erfahrungen, die ich unmittelbar nicht anders erklären kann, als daß ich politisch unbequem bin, auf Grund meiner Tätigkeit als Sekretär der dänischen Atomkraftgegner-Organisation OOA (Organisationen til Oplysning om Atomkraft). In dieser Eigenschaft bin ich häufig Teilnehmer an Konferenzen und Kundgebungen sowohl in der BRD wie in einer Reihe anderer Länder. Folgendes ist mir passiert:

1. Vor der Kalkar-Demonstration am 24. September habe ich für die OOA die Teilnahme dänischer Teilnehmer koordiniert. Nach der Demo in Kalkar fährt die Gruppe nach Dänemark zurück, während ich noch zu Gesprächen nach Nijmwegen (Holland) fahre. Sonntag (25. September) fahre i ch mit einem Bekannten in dessen PKW bis nach Lübeck mit und steige in den frühen Morgenstunden des 26. September in Lübeck in den Nord-West Express nach Kopenhagen.

An der Grenzübergangsstelle Puttgarden erfolgt die übliche

sten Grenzübertritt wieder festgenommen zu werden, auf die Gefahr hin, daß die Festnahme langwieriger werden kann.

In Kopenhagen verbringe ich am 27. September vormittags eine Stunde bei der Kriminalpolizei, die meiner Geschichte mit gewisser Verwunderung zuhört. Auf keinen Fall stehe ich in Dänemark im Fahndungsbuch. Auch bei Politiets Efterretningstjeneste (das dänische FBI) gibt es nicht die geringste Eintragung zu meiner Person. Erst nach gründlichen Untersuchungen in den Archiven von INTERPOL kommt zu Tage, daß dort tatsächlich mein Name zu finden ist, und zwar in Verbindung mit einem Holländer, der unter anderen Namen eben auch meinen als Alias braucht bzw. gebraucht hat. Damit klärt sich auch, daß diese Geschichte mehr als 11 Jahre zurückliegt. Damals wurde mir im Sommer 1966 in Jugoslavien mein Paß und mein Geld von einem Holländer gestohlen, der mich im Auto mitgenommen hatte und typisch Hochstaplermanieren an den Tag legte (gab sich als Sohn von Philipps aus und gab an, mit Diplomatenpaß unterwegs zu sein). Daß dieser Holländer meine Identität benutzte, wurde mir während der vergangenen 11 Jahre nie mitgeteilt. Dabei habe ich sowohl in Graz/Österreich wie bei den dänischen Paßbehörden den Paß-Diebstahl ordnungsgemäß angezeigt. Ich setzte mich dann auch noch mit der Deutschen Botschaft in Kopenhagen in Verbindung und konnte mir von dort bestätigen lassen, daß ich in dem dort vorhandenen Fahndungsbuch aufgeführt sei, und daß eine Rückfrage an den BKA-Computer zu bestätigen schien, daß der Anlaß in dem von der Interpol gesuchten Holländer zu suchen sei.

Trotz meiner Verwunderung darüber, warum erst am 26. September der BKA-Computer reagiert und trotz der Merkwürdigkeit, daß dieser Computer meinen jetzigen Wohnsitz registriert hat, wohnte ich doch laut dem 1966 gestohlenen Paß damals ganz woanders, habe ich die Sache dann erst mal auf sich beruhen lassen. Am 11. und 12. Oktober bin ich unbehelligt nach

teilt er mir kurz und gut mit, daß für mich ein Einreiseverbot in die BRD bestünde, in einem Ton, als sei dieses eine Selbstverständlichkeit. Meine Überraschung darf sich ein jeder vorstellen. Alles Protestieren machte keinen Eindruck. Abermals muß ich meine Sachen zusammenpacken und werde zur schon bekannten Dienststelle begleitet.

In der BGS-Dienststelle ist scheinbar niemand über meinen Fall informiert - auch nicht über meinen Anruf am Nachmittag. Ich lege reihenweise Ausweise und Briefe vor, die meine Identität bestätigen. Die Beamten sind freundlich, verweisen jedoch auf den immer noch im Zug kontrollierenden Beamten Schulz, der anscheinend als Einziger die Hintergründe meiner Festnahme kennt.

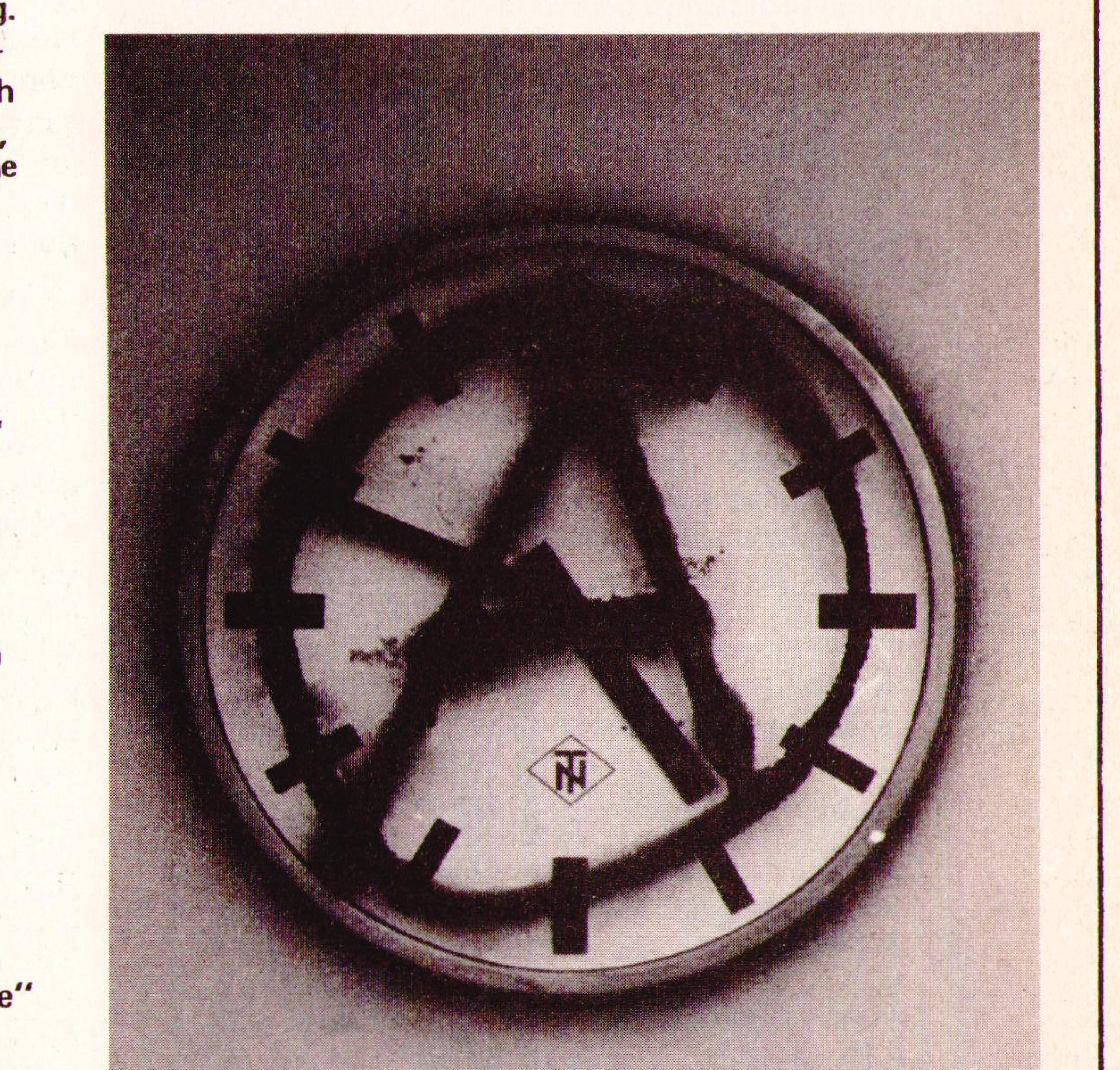
Schließlich ist die Kontrolle aller Reisenden beendet. Der BGS-Beamte Schulz erscheint in der Dienststelle, läßt sich jedoch auf keine weitere Diskussion ein. Auf mein mehrfaches Drängen nach einer Begründung des Einreiseverbotes macht er schließlich die Aussage, daß eine "Abteilung für Ausländer" in Hamburg das Einreiseverbot ausgestellt habe.

Mein Paß wird abgestempelt mit Ankunftsstempel Puttgarden und mit einem größeren Stempel mit dem verhängnisvollen Wort - "ZURÜCKGEWIESEN" dazu die Unterschrift: Schulz. Dieser Herr Schulz meint dann abschließend noch, ich könne mich jetzt an die Deutsche Botschaft in Kopenhagen wenden und mir dort ein Visum ausstellen lassen; bzw. die Botschaft müsse veranlassen, daß die Eintragungen zu meiner Person aus dem BKA-Computer gestrichen würden.

Als das Paß-Abstempeln und die Tagebucheintragung schon stattgefunden haben, bittet Herr Schulz noch kurz mein Gepäck sehen zu dürfen, meine Aktentasche und meinen Koffer, der eine Portion lachender Sonnen "Atomkraft? - Nein Danke" für die holländischen Freunde enthält. Doch das interessiert

ber aussprechen brauchen, in der Öffentlichkeit zu kriminalisieren.

Kontaktadresse:
Siegfried Christiansen, Nyvej 8 B st.tv.,
DK-1851 Kopenhagen V.,
Tel. 451-224864 (privat), 451-117472 (Büro)



Kontrolle über Computer, d.h. Namen und Geburtstag werden eingetastet. Solches ist mir dieses Jahr schon des öfteren passiert, ohne daß der Computer des BKA(Bundeskriminalamtes) in Wiesbaden darauf reagiert hätte. Diesmal sollte es anders kommen. Laut BKA-Computer sei ich "sofort festzunehmen", teilte mir der BGS-Beamte (Bundesgrenzschutz) im Zug mit. Unglaubwürdig war mir der Bescheid, meine Klamotten zu packen und den Zug zu verlassen. Mein mehrfaches Fragen nach einer Begründung machte den BGS-Beamten ungeduldig. Über seinen Walkie-Takie forderte er Verstärkung an, die zwei-Mann-stark schnell zur Stelle war. Einer davon brachte gleich Handschellen mit, woraufhin ich es vorzog, freiwillig mitzugehen.

In der BGS-Dienststelle wird mir erst einmal vorgehalten, ich hätte 25 verschiedene Identitäten und würde in einer Reihe von Ländern gesucht. Im Fahndungsbuch des BKA sei ich vermerkt mit Namen, Geburtstag und Wohnsitz, den Angaben meines Passes entsprechend. Die Frage, ob ich irgendwann ein Identitätspapier verloren hätte, kann ich bejahen, da mir vor Jahren mein Paß gestohlen wurde. Wann, wo und wie interessiert die Beamten jedoch gar nicht. Dafür wird mir jetzt mitgeteilt, daß vielleicht nicht ich der gesuchte Kriminelle bin, sondern daß jener u.a. meine Identität als Alias benutzt. Um darüber Klarheit zu erreichen, müsse ich mich einem totalen erkennungsdienstlichen Verfahren unterziehen, und entweder nach Kiel oder Hamburg gebracht werden. Mindestens würde das einen Tag beanspruchen. Auf die Frage, wer mich identifizieren könne, schlage ich vor, daß man doch meine Frau in Kopenhagen anruft. Tatsächlich bequemt man sich dazu. Gegen 6 Uhr morgens werden meiner Frau dann ohne irgendwelche Erklärung eine Reihe Fragen gestellt, und schließlich darf ich sogar selbst noch mit ihr sprechen. Nach etwa anderthalb Stunden Festnahme werde ich ohne weiteres freigelassen. Mir wird jedoch empfohlen, in Kopenhagen die Polizei zu verständigen und meine Identität abzusichern, weil ich darauf gefaßt sein müsse, beim nächsten Grenzübergang nach Schleswig gefahren, um dem Gang der Verhandlungen des OVG Lüneburgs (Oberverwaltungsgericht) in Sachen Brokdorf zu folgen. Am 11. Oktober habe ich auf einer - sicherlich bespitzelten - Veranstaltung für die OOA gesprochen.

2. Am 21. Oktober wollte ich für drei Tage nach Holland, um auf einer Veranstaltung mit dem Thema "Gewaltfreie soziale Aktion und Konfliktlösung" zu sprechen (ich war in Dänemark einige Jahre Vorsitzender des pazifistischen Versöhnungsbundes) und mit befreundeten Atomkraftgegnern Gespräche zu führen. Um einer Wiederholung der Festnahme von vier Wochen zuvor vorzubeugen, lasse ich mir von der Deutschen Botschaft die Telefonnummer des BGS in Puttgarden geben, damit ich mich schon vorher anmelden kann.

Auf meinen Anruf (Freitagnachmittag, 21. Oktober) wird mir bestätigt, daß ich immer noch im Computer bin. Der BGS-Beamte, mit dem ich spreche, bittet mich in einer Stunde noch einmal zurückzurufen, damit er zusätzliche Kontrollen durchführen kann. Seinen Namen oder Dienstnummer anzugeben lehnt er ab. Nach einer Stunde rufe ich dann abermals an. Ein neuer Beamter ist am Apparat, der mir aber mitteilt, daß sein Kollege meinen Fall untersucht hätte, und daß - sofern meine Angaben der Wahrheit entsprächen - meiner Einreise in die BRD bzw. der Durchreise nach Holland nichts entgegenstünde. Ich gebe noch genau an, mit welchem Zug ich komme, es ist der Nord-West-Express abermals, nur diesmal die Gegenrichtung. Zugesichert wird mir, daß der BGS-Abendschicht mein Fall vorgelegt wird.

Also fahre ich zuversichtlich kurz nach 21 Uhr los und reiche gegen 0.30 am 22. Oktober in Puttgarden meinen Paß zur Kontrolle. Mir bleibt gar keine Gelegenheit zu sagen, daß ich jetzt da bin, weil der kontrollierende BGS-Beamte mit Notizbuch in der Hand schon feststellt, daß ich ja derjenige sei, den sie erwarteten. Statt mir den Paß wieder auszuhändigen, überhaupt nicht - eigentlich erstaunlich! Dann begleitet mich ein BGS-Beamter zurück auf die Fähre nach Dänemark.

3. In Kopenhagen zurück besorge ich mir einen Platz im nächsten Flugzeug nach Amsterdam und erreiche vier Stunden verspätet die Konferenz. Am Montagabend (24. Oktober) bin ich wieder in Kopenhagen. Weder die holländischen noch die dänischen Grenzstellen zeigten irgend ein Interesse an meiner Person.

Den Dienstag über orientiere ich die dänische Öffentlichkeit von dem Vorfall. Die Tagesschau des dänischen Fernsehens behandelt den Fall am Dienstagabend kurz. Die Mittwochszeitungen haben zum Teil umfassende Berichterstattung. Der überwiegende Teil der Provinzpresse bringt am Mittwoch einen Bericht, der über die dänische Nachrichtenagentur Ritzau von dessen Mitarbeitern in Norddeutschland verfaßt wurde. Am Mittwoch (26. Oktober) wende ich mich mit formellen Protesten und Anfragen an den dänischen Außenminister und an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland.

4. Zunächst ist mein Problem jetzt, daß die schon geplante Teilnahme an Konferenzen, Hearings und Gesprächen in der kommenden Zeit für mich ausgeschlossen ist, da weder ich noch meine Organisation das Geld für häufige Flugreisen aufbringen können, ganz davon abgesehen, daß einige der geplanten Veranstaltungen in Deutschland stattfinden.

Schlimmer aber erscheint mir, daß das unbegründete Einreiseverbot allerlei Verdächtigungen freien Lauf läßt. Denn natürlich wird nicht ein Einreiseverbot verhängt, ohne daß dringender Verdacht vorliegt. Unmittelbar dürfte bei vielen Menschen der Gedanke kommen, daß ich doch sicherlich ein Helfer oder Helfers-Helfer der vielgesuchten Terroristen bin, oder vielleicht noch schlimmer. Vielleicht zielen die undurchsichtigen Methoden der BRD-Behörden eben darauf ab, mich durch solche und andere Verdächtigungen, die die Behörden gar nicht einmal sel-

GEDICHT BESCHLAGNAHMT

MÜNCHEN
3. November

Handschriftlich auf eine Papierrolle geschrieben - so hatten die Leute vom Basis-Buchladen P.P. Zahl's Gedicht „Freitod" draußen vor der Tür in den Schaukasten gehängt. Was dann am Montagnachmittag passierte, ist schon Stoff für das nächste Gedicht.

Auftrat eine Mannschaft aus uniformierten und zivilen bayerischen Polizisten, um das Gedicht zu beschlagnahmen. Natürlich ohne richterlichen Beschlagnahmebeschluß. Auf den wartet der Buchladen noch heute.
Und nun die Begründung des Mannschaftsführers vor Ort:

„Verdacht auf Beleidigung der Belegschaft von Stammheim".

Fußnote: das Gedicht „Freitod" stammt aus dem Mai 1976, dem Monat, als Ulrike Meinhof tot in ihrer Zelle gefunden worden war.

FREITOD

(aus: Peter-Paul Zahl, Alle Türen offen. Rotbuch-Verlag)

um acht beginnt der selbstmörder
seinen dienst drückt die uhren
geht auf pantoffeln
durch den gang linst durch spione
um neun trinkt der selbstmörder

den ersten schluck kaffee
aus der thermoskanne
um zehn kontrollgang
aus einer zelle dringt
noch immer das klappern
einer schreibmaschine

wer an der maschine sitzt
wird irgendwann einmal müde

der selbstmörder sieht
die spätausgabe der tagesschau
die zeitungen sind leider bestreikt
um eins ist es schön
still im bau von weither
hundebellen suchlichter an der mauer
strahlen
eisige kälte aus

kontrollgänge zu jeder vollen stunde
keiner der wacht oder schläft
hört den schritt des selbstmörders
an stahltüren entlang

zwischen drei und vier ist die nacht
am tiefsten
dem tag am nächsten
die stunde so lasen wir einst
in der indianer den angriff
starteten die stunde des stillen
lautlosen todes
die stunde in der das leben
selbst den atem anhält

der selbstmörder steht vor der tür
– den nachtverschlußriegel
hat der uniformierte kollege heute
nicht vorgelegt auch fehlt
durch zufall
das vorhängeschloß das sonst
an keiner zellentür fehlt für diese
da –
der selbstmörder steckt
den schlüssel ins schloß
das vorher gut geölt
der selbstmörder geht

an die arbeit
der rest ist furchtbar
einfach
und morgens um 7.34 uhr
finden der selbstmörder
und seine kollegen
die leiche
sie schlagen
alarm

P. P. Zahl (Mai 76)

DAS RUSSELL-TRIBUNAL NIMMT SEINE ARBEIT AUF

BONN
Oktober 77

Gründungserklärung des Dritten Internationalen Russell Tribunals, 16. Oktober 1977:

Das Dritte Internationale Russell Tribunal nimmt vom heutigen Tag an seine Arbeit auf. Seine Mitglieder sind zusammengetreten, weil Vermutungen bestehen, daß die Menschenrechte in der Bundesrepublik in Gefahr sind. Sollte sich dieser Verdacht bewahrheiten, dann wäre dies ein Tatbestand von schwerwiegender Bedeutung, nicht nur für die Bürger der Bundesrepublik, sondern für alle, die es als ihre Pflicht ansehen, für die Aufrechterhaltung der Menschenrechte einzutreten.

Das Dritte Internationale Russell Tribunal über mögliche Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik wurde von der Bertrand Russell Friedensstiftung ins Leben gerufen. Die Auswahl der Mitglieder (siehe ID 201) erfolgte weder nach nationalen oder ideologischen Gesichtspunkten, noch nach Religions- oder Parteizugehörigkeit; alleinige Bedingung war ihre Fähigkeit und ihr fester Wille, objektive Urteile zu fällen und für die Menschenrechte einzutreten. Das Tribunal konstituiert sich als völlig unabhängige Institution.

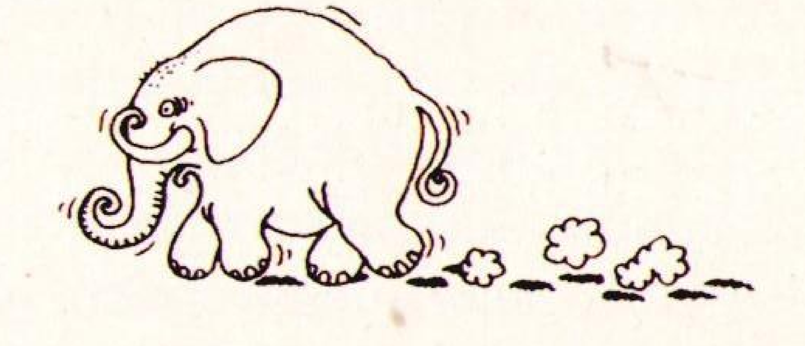
Das Tribunal besitzt keine gesetzlichen oder amtlichen Befugnisse. Es bezieht seine Autorität allein aus der Prüfung und Beurteilung der ihm vorgelegten Beweismittel.

Das Erste Internationale Russell Tribunal wurde 1966 einberufen, um Kriegsverbrechen in Vietnam zu untersuchen. Das Zweite Internationale Russell Tribunal wurde 1973 einberufen, um Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika zu untersuchen. Ihre Ergebnisse und Wertungen, ihre öffentliche Verurteilung der Verantwortlichen wurden in der Öffentlichkeit mit großer Sorgfalt geprüft und international als begründet angesehen. Dieses Dritte Tribunal beschäftigt sich mit Problemen, die von denen der ersten beiden sehr verschieden sind: mit denen einer politischen Demokratie. Es wird hierbei vom gleichen Wunsch wie die beiden vorangegangenen Tribunale getragen, überall für die Menschenrechte einzutreten und es wird sich der gleichen Prüfung durch die öfffentliche Meinung unterziehen.

Das Tribunal wird sich insbesondere, aber nicht ausschließlich, mit der Untersuchung folgender Fragen beschäftigen:
- *Wird Bürgern der Bundesrepublik auf Grund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?*
- *Wird durch straf- und zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt?*
- *Werden Grund- und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert?*

Das Tribunal besteht aus einer Jury und einem Sekretariat. Es ist auf die Hilfe von Sachverständigen und Berichterstattern, von Zeugen und Unterstützungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland angewiesen. Alle Entscheidungen des Tribunals werden demokratisch gefällt. Im Falle der Nichtübereinstimmung werden die Stellungnahmen der Minderheit veröffentlicht. Die Tribunalssitzungen werden in der Regel öffentlich durchgeführt werden. Das Tribunal wird seine Ergebnisse veröffentlichen. Es wird außerdem einen vollständigen Finanzbericht vorlegen.

Ebenso wie bei früheren Tribunalen wird auch dieses Tribunal mündliches und schriftliches Beweismaterial entgegennehmen. Kein relevantes Beweismaterial wird unterdrückt, kein befähigter Zeuge, der eine Aussage machen will, wird zurückgewiesen werden. Das Tribunal weist ausdrücklich darauf hin, daß es nicht nur Beschwerden über Verletzungen von Menschenrechten hören, sondern auch diejenigen einladen wird, ihren Standpunkt vorzutragen, die beschuldigt werden, für solche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu sein.



BETRIFFT: RUSSELL TRIBUNAL

FRANKFURT
1. November

Zunächst sind einige Angaben über die Mitglieder der Jury zu korrigieren. Ricardo Lombardi ist nicht Mitglied der KPI, sondern Mitglied der Sozialistischen Partei Italiens; Jo Richardson ist eine Frau und Mitglied des Unterhauses und der Labour Party.

Die Medien haben auf die Bekanntgabe der Jury zurückhaltend reagiert. Die WELT und die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG brachten eine sachliche dpa-Meldung. Die FRANKFURTER RUNDSCHAU schwieg. Über die am Freitag gleichzeitig in London und Paris stattgefundenen Pressekonferenzen veröffentlichten die französischen Zeitungen auch nur kürzere Beiträge, die englischen brachten Ausführlicheres. Das britische Fernsehen BBC sendete einen positiven Bericht über das Tribunal.

Näheres über die Mitglieder der Jury wird in dem schon angekündigten Buch zur Vorbereitung des Tribunals stehen, das in Kürze vom Sekretariat in Berlin herausgegeben wird.

SCHWULE GEGEN UNTERDRÜCKUNG UND FASCHISMUS

So heißt eine Broschüre der Arbeitsgruppe „Repression gegen Schwule", die an der Vorbereitung des Russell Tribunals mitarbeitet.

Kontaktadresse: Egmond Fassbinder, Moselstr. 1, 1 Berlin 41

(Der Bezugspreis ist leider nicht angegeben.)

OFFENER BRIEF VON PROF. GOLLWITZER AN WILLY BRANDT:

BERLIN
1. November

„Sehr verehrter Herr Brandt!

Sie haben mir den Beschluß des Parteivorstandes der SPD gegen das Russell-Tribunal zugeschickt und Hoffnung ausgesprochen, daß Meldungen, die mich mit diesem Tribunal in Verbindung bringen, nicht zutreffen. Dem ist nicht so. Ich habe vielmehr den Aufruf zur Unterstützung des Tribunals unterschrieben und den Eintritt in die Jury, zu dem ich aufgefordert worden war, nur aus Gründen meiner sonstigen Belastung und darum mit großem Bedauern abgelehnt.

Ich möchte Ihr Schreiben mit einer Darlegung der Gründe beantworten, die mich veranlaßten, dieses Tribunal anders als der Parteivorstand zu beurteilen.

1.) Von einem „Mißbrauch" des Namens von Bertrand Russell kann keine Rede sein. In diesem Falle wird dieser Name nicht von Unzuständigen usurpiert, sondern das internationale Sekretariat der Bertrand-Russell-Peace-Foundation, zur Führung dieses Namens autorisiert, hat das geplante Tribunal beschlossen und Lord Russells Witwe hat soeben noch einmal ihre Übereinstimmung mit diesem Beschlusse erklärt.

2.) Das internationale Sekretariat hat den Beschluß auf vielfältige Anregung aus der Bundesrepublik und Westeuropa hin gefaßt. Möge jemand mißtrauen, diese Anreger seien meistens Kommunisten gewesen, die der Bundesrepublik übel wollen, so besagt das nichts für das internationale Sekretariat, dessen Seriösität unbestritten ist. Im ganzen Vorgang drückt sich der Tatbestand aus, daß die Sorge, die viele von uns über den Rückgang der demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik empfinden, von vielen Menschen im westlichen Auslande geteilt wird. Bei der ökonomischen und politischen Bedeutung der Bundesrepublik im heutigen Europa kann den übrigen europäischen Völkern diese Entwicklung aber nicht gleichgültig sein. Westeuropäer vertreten ihre legitimen eigenen Interessen, wenn sie sich in der Form dieses Tribunals in unsere Angelegenheiten einmischen. Wir können nicht in nationalstaatlicher Beschränkung die Bundesrepublik als eine Insel betrachten, mit der nur ihre eigenen Staatsangehörigen sich beschäftigen dürfen.

3.) Es ist mir unerfindlich, was Sie veranlaßt hat, von einer „Propagandakampagne" mit „durchsichtigen-propagandistischen und verleumderischen Absichten" zu sprechen. Sie haben selber mehrmals Ihre Sorge über antidemokratische Erscheinungen in der Bundesrepublik ausgesprochen. Sie wissen, daß das Gegenteil von dem „Mehr Demokratie wagen", das Sie zu Beginn Ihrer Regierungszeit proklamiert haben, eingetreten ist. Sie haben den Radikalenerlaß als einen Irrtum beklagt, Sie wissen aber auch, daß sein Unwesen weiterhin in vollem Gange ist, und daß von den einschüchternden Anhörungen weiterhin Tausende von jungen Menschen betroffen sind. Es kann sein, daß Sie, der Parteivorstand und die Unterzeichner des Aufrufes diese Sorge in verschiedener Schärfe empfinden und einzelne Erscheinungen verschieden bewerten. Sie müssen aber uns anderen das demokratische Recht geben, von der Entwicklung der letzten Jahre und der düsteren Prognose, zu der diese Entwicklung Anlaß gibt, alarmiert zu sein und ihr entgegenzuarbeiten, auch mit legitimer Hilfe internationaler Institutionen, ohne daß diese Bemühungen, deren gewichtige Gründe Sie selber nicht bestreiten können, als Verleumdungen abgetan werden dürften.

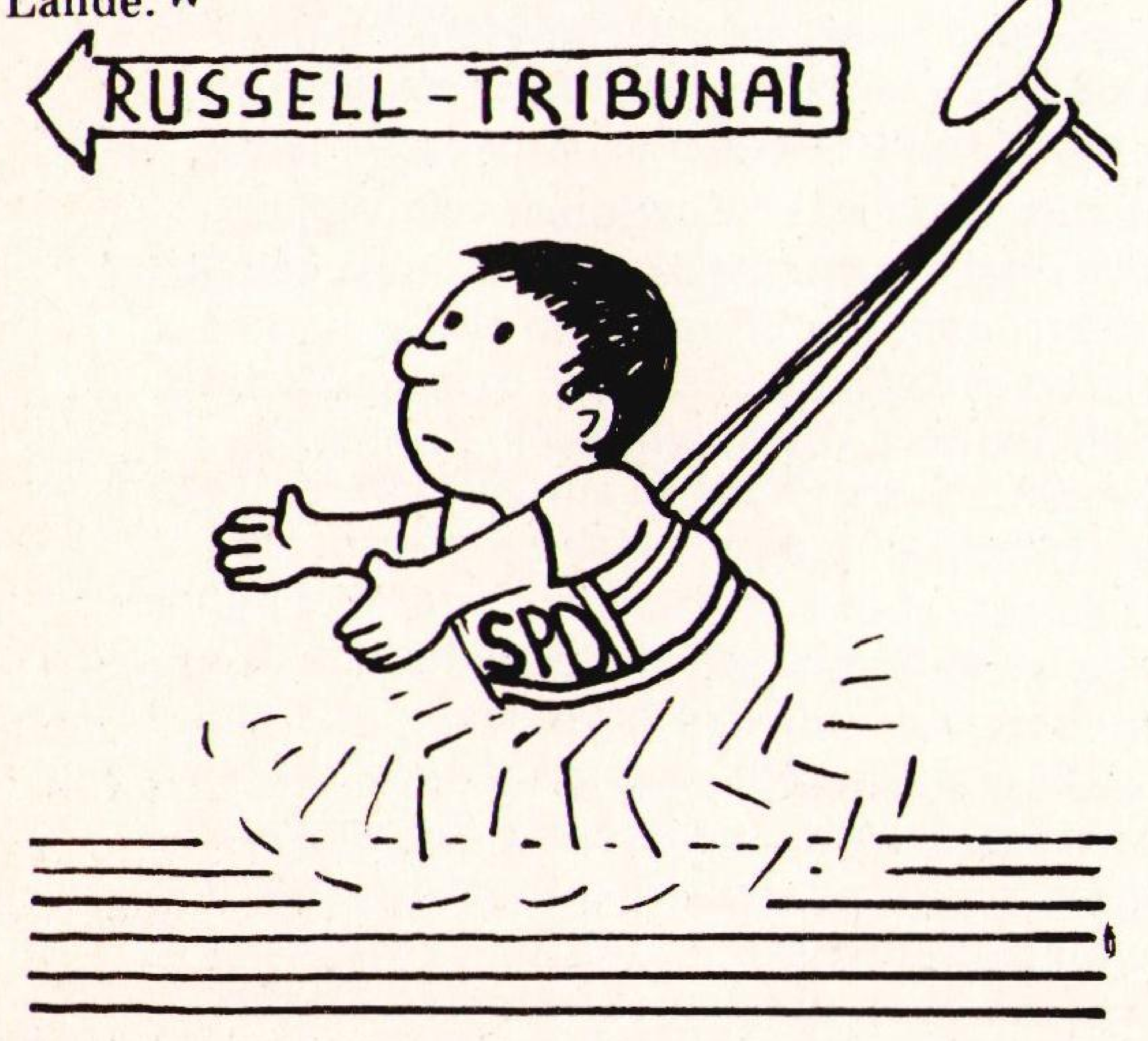
4.) Das internationale Sekretariat der Russell-Foundation hat selbst betont, daß dieses Tribunal keine Gleichsetzung der Bundesrepublik mit Vietnam, Chile und Brasilien — den Ländern, denen die früheren Tribunale gegolten haben — bedeutet. Nachdem Sie dies dennoch behaupten, bitte ich Sie zu bedenken: Tatsächlich bedeutet die Einsetzung gerade dieses Tribunals einen qualitativ neuen Schritt für das Russell-Sekretariat. Es werden jetzt von ihm nicht nur Situationen von Völkermord oder staatlicher Folter ins Auge gefaßt, sondern auch die Situation in einem unbestritten demokratischen Staat, in dem bestimmte Erscheinungen die Möglichkeit einer schleichenden Umwandlung in ein autoritäres Regime befürchten lassen — eine Situation, die, wie gesagt, auch die Nachbarländer nicht gleichgültig lassen kann. Seit der Nachkriegszeit haben führende Völkerrechtler, auch bei uns, die These aufgestellt, daß spätestens mit der Erklärung der Menschenrechte die Souveränität der Staaten so weit relativiert ist, daß, was die Menschenrechte — und dazu gehören bekanntlich auch die demokratischen Freiheiten — anlangt, Einmischung in das Leben eines Staates mit dem Mittel der öffentlichen Kritik legitim ist, und diese These hat seit Carters Erklärung neue Aktualität erhalten.

Wer über bestimmte Entwicklungen in unserem Lande besorgt ist, wird deshalb eine solche Einmischung nicht als Verleumdung abwehren, als wäre bei uns alles in Ordnung, sondern als Unterstützung begrüßen und diesem neuen Kurs des Russell-Sekretäriats weitere Anwendung in möglichen ähnlichen Fällen wünschen.

5.) Es ist zu erwarten, daß dieses Tribunal von denjenigen, die solche Sorge nicht empfinden, sondern im Gegenteil die Einschränkung der Bürgerfreiheit betreiben, tatsächlich als eine verleumderische Propaganda gegen die Bundesrepublik hingestellt werden wird. Die SPD, deren führende Vertreter gerade in den letzten Wochen diesen Absichten der Rechtskreise mehrmals widersprochen haben, und die nach ihrer Tradition immer eine Partei der Demokratisierung gewesen ist, sollte m.E. sich nicht den von dort kommenden Angriff auf das Tribunal zu eigen machen, zumal sie dabei sicher nicht gewinnen wird, sondern das Tribunal argumentativ ausnützen als Symptom zur Berechtigung der Sorge gegenüber den unserer Demokratie heute von rechts drohenden Gefahren.

6.) Ich verstehe, daß Sie und der Parteivorstand fürchten, es könne das Tribunal eben deshalb, weil es eine Einmischung von außen darstellt, den Rechtskreisen die Gelegenheit geben, die Volksmeinung so dagegen aufzuwiegeln, daß schließlich eher eine Beeinträchtigung als eine Förderung unseres Kampfes um Erhaltung und Ausbau des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates die Folge sein wird. Das ist ein Gesichtspunkt der politischen Opportunität, der sorgsam erwogen werden muß. Sie und der Parteivorstand müssen aber uns allen und also auch den Angehörigen Ihrer Partei die Freiheit geben, daß das Ergebnis der Überlegung dieser Frage verschieden ausfallen kann. Ich meine, wenn alle demokratischen Kräfte sich bemühen, die Absicht des Tribunals gerecht darzustellen, und wenn das Tribunal selbst sich als eine Ihren Ansprüchen gerecht werdende Instanz erweisen wird, kann diese befürchtete Folge verhindert werden.

7.) Dafür ist auch nötig, daß der Parteivorstand nicht fortfährt, von vorgefaßten negativen Wertungen auszugehen, und vor allem, daß er unterläßt, durch einen Unvereinbarkeitsbeschluß sich selbst und den Mitgliedern der SPD eine Fessel anzulegen. Denn damit erst würde die befürchtete negative Folge des Tribunals eintreten anstelle der gebotenen Ausnutzung des Tribunals für den Kampf um die Demokratie in unserem Lande."



(nach Berliner extra Dienst vom 1.11.77)

YAAK KARSUNKE: DAS ALTE LIED

BERLIN 1.November „Für Sonnabend, den 29.Oktober 1977, stand im Dritten Programm des WDR der Spielfilm ‚Neue Töne . Die Entwicklung des Komponisten Ludwig H. in den Jahren 1966 – 1977' zur Sendung an. Der Film, zu dem ich die Dialoge geschrieben habe, war im Frühjahr–Sommer dieses Jahres unter der Regie von Hanno Brühl gedreht und bereits vor Monaten von den zuständigen Stellen im WDR abgenommen worden. Vier Tage vor der Sendung erfuhr ich, daß der Fernsehdirektor Heinz Werner Hübner im Einvernehmen mit dem Hauptabteilungsleiter Kultur und Wissenschaft, Herrn Katz angeordnet hatte, aus dem Film eine Passage herauszuschneiden, andernfalls er nicht gesendet werden dürfe.

Stein des Anstoßes war eine Dialogstelle, in der es – in Bezug auf eine authentische ‚Tagesschau-Sendung über die Osterunruhen 1968 nach dem Attentat auf Rudi Dutschke – heißt: „Wer hat denn angefangen mit der Gewalt? Hat der Ohnesorg einen Polizisten erschossen voriges Jahr – oder hat ihn ein Polizist erschossen? "
Trotz des geschlossenen Protestes aller Autoren des Films gegen diesen Zensureingriff wurde der zuständige Redakteur vom Hauptabteilungsleiter Katz schriftlich angewiesen, den Schnitt zu veranlassen.

Sowohl der Landesverband Berlin des VS in der IG Druck und Papier als auch der Verlag der Autoren (über den ich meinen Vertrag mit dem WDR abgeschlossen hatte) protestierten ebenfalls und behielten sich rechtliche Schritte gegen eine etwa gegen meinen Willen durchgeführte Zensurmaßnahme vor – der WDR setzte den Film daraufhin kurzfristig vom Programm ab. Eine inhaltliche Begründung für den Kürzungswunsch bekamen bislang weder der VS noch der Verlag der Autoren oder gar ich als ja immerhin betroffener Autor.

Versuche, die ‚Frankfurter Rundschau' zu einem publizistischen Engagement in dieser Affaire zu bewegen, blieben erfolglos – angeblich gibts zur Zeit derartig viele Zensurfälle daß eine Tageszeitung nicht mehr imstande ist, alle zu dokumentieren. Ich versage mir jeden Kommentar zu allen geschilderten Ereignissen – für jede Form von Öffentlichkeit über den Vorgang wäre ich dankbar."

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern - Walter Spruck

VORLÄUFIGER BAUSTOP FÜR AKW BROKDORF BESTÄTIGT

LÜNEBURG 22.Oktober Am Montag, den 17.Oktober 1977 gab das Oberverwaltungsgericht Lüneburg sein Urteil über die Beschwerde der Atomkraftwerksbetreiber (NKW, HEW, KWU und KKW Brokdorf GmbH) gegen die Beschlüsse des Schleswiger Verwaltungsgerichts bekannt. Bekanntlich hatte das Verwaltungsgericht Schleswig am 17.Dezember letzten Jahres den vorläufigen Baustop für das AKW Brokdorf angeordnet und diesen Beschluß am 9. September 1977 noch einmal bestätigt.

Der neue Beschluß se tzt die sofortige Vollziehbarkeit des Baubeginns, also diejenige juristische Konstruktion, mit der die schleswig-holsteinische Landesregierung in einer Nacht- und Nebelaktion Ende Oktober 1976 das Baugelände " besetzte " und befestigen ließ, außer Kraft. Als Voraussetzung für den Weiterbau des AKW Brokdorf nennt das Gericht zwei Bedingungen: es muß erstens ein *"prüfungsfähiger Antrag für ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente "* vorliegen und zweitens müssen *"geologische Untersuchungen zum Nachweis der Eignung eines bestimmten Standorts für die Endlagerung radioaktiver Abfälle eingeleitet "* sein. Das heißt also, daß es sich keinesfalls um einen endgültigen Baustop handelt, sondern nur um eine zeitliche Genehmigungs*verschiebung!*

Zwar dürfen nach dem Urteil die Bauarbeiten an den Pfahlfundamenten und der Pfahlkopfplatte für den Reaktor nicht wieder aufgenommen werden, den AKW-Betreibern ist es jedoch erlaubt, verschiedene Bodenarbeiten auf dem Baugelände vorzunehmen, das Gelände zu entwässern, aufzuspülen und die Baustelle zu "sichern ".

Vor Gericht wurden zwar am 11./12. Oktober die allgemeinen Gefahren der Atomenergie eingebracht, in seinem Urteil jedoch meint das Gericht, all diese Einwände seien "keine unüberwindlichen Hindernisse für die Erteilung der Genehmigung " (Süddeutsche Zeitung vom 18.10.) und zieht sich bei seinen Auflagen für den Weiterbau auf rein verwaltungstechnische Gründe zurück: ein prüfungsfähiger Antrag für die Zwischenlagerung muß *gestellt* sein und geologische Untersuchungen müssen *eingeleitet* sein.

Was den *prüfungsfähigen Antrag* für Zwischenlager anbelangt, liegen dergleichen Anträge bereits vor, weitere sind in nächster Zeit zu erwarten und mit den *geologischen Untersuchungen* sieht es ähnlich aus. Die niedersächsische Landesregierung hatte Probebohrungen am wahrscheinlichen Standort der WAA, Gorleben, bisher damit abgelehnt, daß dazu erst Gutachten vorliegen müßten, die die sicherheitstechnische Unbedenklichkeit von Entsorgungsanlagen bestätigten. Ein solches Konzeptgutachten zur Wiederaufbereitung und Entsorgung wurde auf einer gemeinsamen Tagung von Institut für Reaktorsicherheit und Gesellschaft für Reaktorsicherheit (Einrichtungen der AKW-Betreiber) am 20.Oktober 1977 diskutiert, verabschiedet und der Bundesregierung übergeben. Auch hieraus wird klar, daß das Lüneburger Urteil nicht nur kein Baustop ist, sondern einen Weg für die schleichende Einleitung des Weiterbaus am AKW Brokdorf (und anderswo!) eröffnet.

LIEBER SCHWEINEMIST STATT ATOMDRECK ...

FRANKFURT 2. November *Vom Freundschaftskreis Rhein-Main/Lüchow-Dannenberg erhielten wir folgende Information zum Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage Gorleben:*

"Die DWK (Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen) macht wieder Öffentlichkeitsarbeit: ein vornehm-sauberer Info-Bus fährt von Dorf zu Dorf, auf Tafeln wird sehr schön die ach so saubere Arbeit der WAA und ihr genauer Standort zwischen Gartow-Trebel-Marleben—Gedelitz-Gorleben gezeigt. Doch damit nicht genug. Samstagabend, den 22.10.77 wurden die Gedelitzer Bauern zu einem "Stammtisch"in den Bus geladen: Bier, Korn und ein schöner Film zur WAA sollten das Gespräch wohl auf die technische Seite der WAA biegen. Doch die Bauern ließen sich nicht ablenken: konkrete Fragen konnten der DWK-ler und ein Mann der Kernforschungsanlage Karlsruhe nicht beantworten. Nämlich:
1. Während der 10-jährigen Bauzeit muß der Grundwasserspiegel abgesenkt werden, im Sicherheitsbericht steht 40 - 50m, das bedeutet Verödung und Versandung der Äcker und Wälder. Die Bauern müssen gar nicht enteignet werden, "Sachzwänge" zwingen sie, ihre Höfe aufzugeben. Antwort der Kernspalter: Wir sind keine Bautechniker, aber wir notieren ihre Frage.
2. Im Sicherheitsbericht konnten BI-ler lesen, daß 30 Häuser abgerissen werden müssen, welche (vielleicht ganz Gedelitz) war den "Informanten" nicht bekannt; auch diese Frage wurde notiert.

Allgemein waren die "Öffentlichkeitsarbeiter der DWK & Co." wohl sehr unzufrieden über die Art der Fragen, noch unzufriedener aber waren die Gedelitzer: am Sonntagmorgen konnte niemand mehr den Bus betreten: Deutscher Schweinemist lag vor dem Bus und auf den Treppen. Dazu ein Schild: Unser Mist ist uns lieber als euer Atomdreck!"

GORLEBEN SOLL LEBEN

UELZEN 28. Oktober *Aus dem Aufruf gegen die geplante Atommülldeponie und Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg:*

"Wenn es nach dem Willen der Atomindustrie und ihrer politischen Interessenvertreter in Bonn und Hannover geht, dann wird spätestens nach der niedersächsischen Landtagswahl 1978 in Gorleben mit dem Bau begonnen; geologische Bedenken, in jüngster Zeit aktualisiert durch das Einbruchsbeben am Ostrand der Lüneburger Heide, werden dabei ebenso rücksichtslos vom Tisch gewischt wie die Proteste besorgter Anwohner, die um das Leben und die Gesundheit ihrer Kinder bangen. Die Atommächtigen haben Gorleben zum Schauplatz ausersehen für die größte Kraftprobe zwischen Gegnern der Kernenergie und der geballten Macht von Staat und Industrie, welche die Bundesrepublik, nach Wyhl, Brokdorf und Grohnde, bisher erlebt hat.

In den kommenden Monaten und Jahren werden mehr und mehr Menschen begreifen, daß Gorleben nicht irgendwo im niedersächsischen Zonenrandgebiet liegt, sondern vor ihrer eigenen Haustür. Vom Bau der Wiederaufbereitungsanlage und dem dadurch erzwungenen Ausbau der Kernkraftkapazität auf 20.000 bis 30.000 Megawatt ist jeder einzelne unmittelbar betroffen: Die Auswirkungen reichen vom Verlust des Arbeitsplatzes, der zunehmend energiefressenden Maschinen zum Opfer fallen wird, bis zu Lauschangriffen des Verfassungsschutzes auf die Privat- und Intimsphäre, die jederzeit, wie im Fall Traube, als "übergesetzlicher Notstand" gerechtfertigt werden können.

Um dieser Entwicklung frühzeitig Einhalt zu gebieten, muß

sich der bundesweite Widerstand der Bürgerinitiativen verstärkt auf Gorleben konzentrieren. Zugleich sollen hier, unter dem Motto "Wiederaufforstung statt Wiederaufbereitung", neue Formen des gewaltfreien Widerstandes praktiziert werden.

Wir wollen ernst machen mit der wichtigen Forderung, Energie zu sparen. Wir wollen zusammen mit alternativen Technologien auch soziale Alternativen entwickeln. Wir wollen der radioaktiven Arbeitsbeschaffung der Plutoniumindustrie entgegentreten, indem wir selbst versuchen werden, Arbeitsplätze zu schafffen, punktuell und dezentralisiert, orientiert am Bedarf der einheimischen Bevölkerung:

– Energiegenossenschaften in kleinen, überschaubaren Einheiten (Betrieb, Gemeinde), die einen Teil der Energie, die sie verbrauchen, auf schonende Weise selbst erzeugen (Biogas, Recycling, Nutzung von Müll und Abwärme);

– Baufirmen und Handwerksbetriebe, die neue "sanfte" Technologien für den Hausgebrauch herstellen (Sonnenkollektoren, Wärmepumpen, Windräder usw.);

– Landwirtschaftliche Betriebe, die sich auf biologischen Anbau spezialisieren (ohne traditionelle Anbauweisen zu verketzern) und neue Formen gesunder Ernährung entwickeln;

– Kindergärten und Kinderdörfer, in denen gesunde und behinderte Kinder gemeinsam aufwachsen und den Umgang miteinander lernen;

– neue Möglichkeiten der Freizeitgestaltung: gesunde Ferien, die den Alltagsstreß nicht durch Urlaubsstreß ersetzen; Gesundheit nicht als mechanisches Trimm-dich-Produkt, sondern als Ausdruck körperlich-seelischen Wohlbefindens;

– mobile Kulturzentren nach dem Vorbild der Volkshochschule Wyhler Wald, in denen nicht nur Argumente gegen Atomanlagen vermittelt werden, sondern auch wissenschaftliche und künstlerische Interessen und Kenntnisse.

Für alle diese Vorhaben werden derzeit die Voraussetzungen geschaffen durch die Verpachtung des vorgesehenen Baugeländes an die örtliche Bürgerinitiative, die hier technische und soziale Alternativen zur Atomindustrie exemplarisch erproben will: Durch sinnvolle Nutzung von Sonne, Wind und Wasser soll der verbrannte Wald von Gorleben modellhaft umgestaltet werden. Gleichzeitig wird in Gartow ein Zentrum für die geplante Volkshochschule und in Nienwalde die erste Biogasgenossenschaft gegründet.

Um auch nur einen Bruchteil unserer Ideen zu verwirklichen, brauchen wir moralische und finanzielle Unterstützung, nicht nur von Institutionen und Verbänden, sondern auch von Einzelnen. Jeder Interessierte kann mithelfen, indem er seine Ferien in unserem Landkreis verbringt, mit der Bevölkerung hier und zuhause über die Gefahren der Wiederaufbereitungsanlage diskutiert, auf dem Baugelände Bäume pflanzt oder einfach nur Geld spendet.

Wir glauben, daß gerade der Landkreis Lüchow-Dannenberg mit seiner intakten Ökologie, seiner organisch gewachsenen, dezentralisierten Wirtschaft und mit seinen ausgedehnten Natur- und Landschaftsschutzgebieten ideale Vorausetzungen dafür bietet.

Es geht uns nicht darum, im Zonenrandgebiet eine günstige Infrastruktur für die Plutoniumindustrie zu schafffen, sondern ihre Ansiedlung in Gorleben und anderswo moralisch und politisch unmöglich zu machen."

Geldspenden bitte überweisen auf das **Sonderkonto "Gorleben soll leben", Commerzbank, Lüchow, Konto-Nr. 5408448, BLZ 258 414 03.**



Dieser Aufkleber ist für 1 DM zu bestellen bei Ingrid Krüger, 3131 Thurau Nr. 11 (Kontaktadresse).

ATOM–MÜLL–TRANSPORTE ZUR ASSE

HILDESHEIM 1. November — *Der Hildesheimer-Initiativzeitung (10/77) entnehmen wir den folgenden Bericht über Transporte von Atommüll zur Asse bei Wolfenbüttel und einen dabei bekanntgewordenen Unfall:*

„Hinter dem Rücken der Bevölkerung wird bei Nacht und Nebel radioaktiver und hochgiftiger Atommüll auf der Autobahn durch Hildesheim transportiert. Auf diesem Autobahnabschnitt ist es immer wieder zu schweren LKW-Unfällen gekommen. Ein Unfall des Atommüll-Transporters könnte verheerende Folgen haben für die angrenzenden Teile Hildesheims. Damit die Bevölkerung sich über diese atomare Gefährdung nicht beunruhigt, wurde sie von den Hildesheimer Behörden anscheinend nicht informiert. So einfach ist das.

WAS WIRD TRANSPORTIERT ?

Die sogenannten „mittelradioaktiven" Abfallstoffe, die durch Hildesheimer Land transportiert werden, bestehen hauptsächlich aus radioaktiv verseuchten Anlageteilen, aus den hochgiftigen Rückständen aus Luftfiltern und - ab Herbst - aus Resten von atomaren Brennstäben aus dem Versuchsreaktor Jülich. Dieser Atommüll wird in Spezialbehältern mit einem Gewicht bis über 30 t transportiert.

Die Behälter werden im Container-Bahnhof Hannover-Linden

von Bahnwaggons auf Tieflader-LKW's umgeladen und auf der Bundesautobahn vorbei an Hildesheim bis Derneburg, dann über Salzgitter in die Asse bei Wolffenbüttel geschafft. Denn das ehemalige Salzbergwerk Asse II ist heute das größte atomare Endlager in Westeuropa und das einzige der BRD. Das bedeutet: alle radioaktiven Abfälle (jahrtausendelang radioaktiv!) der in Betrieb stehenden westdeutschen Atomkraftwerke werden in die Atommüll-Gruft Asse II versenkt.

WIE SIND DIE SICHERHEITSVORKEHRUNGEN ?

Die Sicherheitsvorkehrungen sehen für die Transportbehälter eine Aufprallfestigkeit vor, die dem freien Fall aus 9 Meter Höhe entspricht. Diese Aufprallwucht ist schon bei einem Zusammenstoß mit einem gleichschweren Fahrzeug bei einer Geschwindigkeit von 48 km/Stunde gegeben. Und bei einer Geschwindigkeit von 68 km/Stunde entsteht eine doppelt so grosse Aufprallkraft.

Auch bei unfallfreiem Fahren entweicht Radioaktivität - das wird einkalkuliert, weil von ständigem Fahren, also von einer weiträumigen Verteilung der entweichenden Giftstoffe ausgegangen wird. Muß das Fahrzeug aber aus irgendwelchen Gründen zwei Stunden an der gleichen Stelle stehen, erreicht die ausweichende Radioaktivität eine gefährliche Konzentration.

Ein uns bekannter Transportunfall ereignete sich am 22. März 1977 in Witzenhausen bei Kassel. Einem Lastwagen, der zur Asse fuhr, rutschten bei einem Bremsvorgang zwei 200 Liter-Fässer mit mittelaktivem Atommüll ins Fahrerhaus, was eine erhöhte Strahlenbelastung des Fahrers und der Unfallstelle zur Folge hatte. Der Polizeibericht über diesen Unfall ist an die Öffentlichkeit gelangt:

„Polizeistation Witzenhausen Tagebuch Nr. 663/77 22.3.77 Sch/FB" (4 Seiten lang). Auszug aus Seite 3 (über die Informierung der Presse):

„ ... insbesondere im Hinblick auf die derzeitige Verunsicherung der Bevölkerung wegen der Vorfälle in Hameln, Brokdorf und Wyhl wurde nachdrücklich gebeten, eine weitere Beunruhigung der Leser zu vermeiden. Das geschah durch mehrmaligen Hinweis darauf, daß eine Gefahr für die Allgemeinheit nicht eintreten könnte."

Auf Seite 4 steht dann jedoch zu lesen:

„ ... abschließend darf festgestellt werden, daß während meiner Anwesenheit am Standort des Fahrzeuges Mängel in mehrfacher Hinsicht festgestellt wurden, die den Verdacht zumindest fahrlässiger Verstöße begründen. Es wurde festgestellt, daß beispielsweise der Fahrer im Kontrollbereich des Werkes die Vernagelung selbst ausführt, einer Strahlenuntersuchung nicht unterzogen wurde, mit einer Filmplakette (zur Erkennung von radioaktiver Bestrahlung, Red.) bzw. einem Füllhalterdosimeter nicht ausgestattet und über sein Verhalten im Kontrollbereich bzw. bei den Tätigkeiten an den Abfallfässern überhaupt nicht schriftlich belehrt worden war. Die Tatsache, daß bei der Bremsung des Fahrzeuges die beförderten Fässer trotz eines Eigengewichtes von 5 t aus einer Verkeilung rissen, begründen den Verdacht, daß durch das Ladepersonal bzw. die verantwortlichen Expedienten im KKW nicht diejenige Sorgfalt bei der Verladung vorhanden war, die bei der Beförderung derart gefährlicher Stoffe zu fordern ist."
(zit. nach: „Atommüll" Nr. 7/77, Uelzen)

GENEHMIGUNGSVERFAHREN

Obwohl längst nicht alle technischen Fragen der Atomenergiegewinnung und der Lagerung radioaktiver Abfallstoffe gelöst sind und vielleicht nie lösbar sein werden, nehmen Atomindustrie und Regierungen diese Schwach- und Risikostellen in Kauf, um ihr Atomprogramm durchziehen zu können.

Falls bei einem Transportunfall radioaktive Stoffe freigesetzt würden, entstände eine radioaktive Verseuchung der näheren Umgebung, die nicht sofort ausreichend beseitigt werden kann. Durch Atmung und Nahrungsaufnahme sammelt sich Radioaktivität in den Lebewesen, kann organisch nicht abgebaut werden, sondern strahlt im Körper weiter.

Wegen dieser schwerwiegenden Gefahren sieht das Atomgesetz (§§ 2, 4, 7; 1959, geändert 1975) vor, daß diese Transporte genehmigungspflichtig sind. An diesen Genehmigungsverfahren sind auch die Behörden der Gemeinden beteiligt. In Hildesheim wäre der Verantwortliche hierfür der Oberstadtdirektor. Hat er die Bevölkerung informiert ?
Sie auch nur gefragt ?
Offensichtlich nicht.
Wir fragen: Welche atomaren Stoffe werden wie häufig und auf welche Art und Weise durch Hildesheim transportiert? Wie sind die Sicherheitsvorkehrungen gegen Verkehrsunfälle, Fehler bei der Verladung, andere Unfallursachen? Sind sie ausreichend? Gibt es einen Katastrophenplan für den Fall der Beschädigung eines Transportbehälters?
In Hannover, Salzgitter und Wolfenbüttel hat der Atommüll-Transport bereits erhebliche Beunruhigung ausgelöst und zu einer kleinen Anfrage von zwei Landtagsabgeordneten an die Landesregierung geführt. Wir sind auch beunruhigt. Wir wollen wissen, was hier vorgeht.

Kontaktadresse: **Bürgerinitiative Hildesheim gegen Atomenergie, c/o Gerlinde Paulus, Butterhorn 69, 32 Hildesheim**

AUSSTELLUNG " UMWELTFREUNDLICHE ENERGIE "

HILDESHEIM/MELLE
3.November

Die Wanderausstellung " Umweltfreundliche Energie " der Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise in der BRD/Berlin-West (kurz: AG SPAK) ist vom 4. November bis 9. November 1977 in Hildesheim (Innenstadt, Fußgängerzone) und vom 10. November bis 13. November im Bildungs- und Freizeithaus Melle (bei Osnabrück) zu sehen. In Melle findet gleichzeitig der Vertretertag der AG SPAK statt.

Kontakt (für Hildesheim) :

Bärbel Brand, Am Nonnenbach 2, 3211 Eddinghausen oder Tel. 05121/59638 (Elke Anweiler)

Kontakt (für Melle) :

Bildungs- und Freizeithaus Melle, 4520 Melle, Tel. 05422/5763

Diaserien, die die Ausstellung zeigen, ein Buch (" Wir bringen's in Gang "), das der inhaltlichen Begleitung und der finanziellen Unterstützung der Ausstellung dient, sowie eine Broschüre " Twindschulen in Dänemark " und " Der Husumplan " (" Wie eine Stadt mit umweltfreundlicher Energie versorgt werden könnte") - all dies ist - auch unabhängig von der Ausstellung zu beziehen bei:

Hermann Behlau, Friesenstr. 13, 1000 Berlin 61

WERNER SCHLEGEL IN TEILISOLATION

BOCHUM
3. November

Von den Anwälten haben wir folgenden Brief bekommen, den sie an den Justizminister von Nordrhein-Westfalen geschickt haben:

„Sehr geehrter Herr Minister,

unter dem 24.10.77 teilt uns unser Mandant Werner Schlegel z.Zt. JVA Rheinbach, mit, daß aufgrund Ihrer Anordnung für die Durchführung seiner Haft folgendes gelte:

„Auf unbestimmte Zeit ist während der Nachtzeit alle fünf Minuten die Zellenbeleuchtung einzuschalten und zu kontrollieren, ob der Gefangene noch lebt".

Wir wissen im Moment nicht, aufgrund welcher Anhaltspunkte Sie zu der Anordnung einer derartigen Maßnahme gekommen sind.

Ganz unabhängig davon ist die Anordnung einer derartigen Maßnahme unter keinem rechtlichen oder sonstigen Gesichtspunkt zu rechtfertigen.
Sie ist ein klarer Verstoß gegen Art. 3 der MRK (Menschenrechtskonvention), in der es heißt: „Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden".

Sie wollen diese Maßnahme offenbar dennoch mit der Behauptung eines möglichen Suizides des Gefangenen begründen.

Dazu stellen wir folgendes fest:

1. Die von Ihnen persönlich angeordnete nächtliche, alle fünf Minuten durchzuführende Zellenbeleuchtung und Kontrolle wirkt sich als Psychoterror aus, der gerade das provozieren könnte, was Sie verhindern wollen.

2. Wenn Ihnen an der Erhaltung des Lebens von Gefangenen gelegen ist, dann verbieten sich derartige Maßnahmen, die wir bisher nur aus diktatorischen Ländern kennen und die dort unter Mißachtung der MRK durchgeführt werden.

3. Ihnen und uns ist bekannt, daß es in der gesamten Bundesrepublik tausende suizidgefährdeter Gefangene gibt. Uns ist nicht bekannt, daß diese alle mit den zumindest auf den Gefangenen Schlegel zutreffenden Anordnung „am Leben gehalten" werden.

4. Uns ist hingegen bekannt, daß es für den Fall der ernsthaften Sorge um das Leben von Gefangenen zumutbare und geeignete Maßnahmen gibt, die eine Suizidgefahr ausschließen.

Wir fordern Sie daher auf, die von Ihnen angeordnete Maßnahme der nächtlichen Zellenbeleuchtung im Abstand von fünf Minuten sofort aufzuheben.

Da Sie in Ihrem Interview im Morgenmagazin des WDR II am 27.10.77 vergessen haben, diese von Ihnen persönlich angeordnete Maßnahme öffentlich bekannt zu machen, werden wir von uns aus die Öffentlichkeit über diese Anordnung informieren."

Inzwischen brennt das Licht die ganze Nacht durch und Teilisolation ist angeordnet worden.

THEATER UM EINE BACKPFEIFE

BERLIN
1. November

Ronald Fritzsch wurde bereits am 13. September 1977 zu neun Monaten Haft wegen "vorsätzlicher Körperverletzung in Verbindung mit Beleidigung" verurteilt.
Ronald hatte dem 1. Staatsanwalt Weber am 15. Februar 1977 einen "Faustschlag" versetzt, weil dieser maßgeblich für die Zwangsvorführung von Fritz Teufel verantwortlich war. Aus der Urteilsbegründung zitieren wir auszugsweise:

„Der Mithäftling Fritz Teufel brauchte als Zeuge nicht gehört zu werden, weil als wahr unterstellt werden konnte, daß die Prozedur der gewaltsamen Umkleidung und des gewaltsamen Haarschnittes gegen seine Widerstandsleistung nicht ohne Schmerzen für ihn vor sich gegangen ist. Im übrigen hat der Zeuge Weber selbst bekundet, daß der Häftling Teufel Schmerzensschreie ausgestoßen hat."

Ronald begründete in seinem Schlußwort, warum er Weber attakiert hat. Darauf geht der Richter wie folgt ein:

„Er hat vielmehr in seinem Schlußwort erklärt, daß er dann für die 'Sauereien' mitverantwortlich sei und noch reichlich mehr verdient habe. Auch als ihm im Plädoyer des Staatsanwaltes vorgehalten worden ist, er solidarisiere sich mit Mördern und Geiselnehmern, hat er dazwischengerufen: "Das werde ich auch weiterhin tun!" Für eine solche fortdauernde uneinsichtige Widerstandshaltung gegenüber Staatsbeamten, auch nach mehr als zwei Jahren Haft, könnte strafmildernd nur ins Gewicht fallen, daß der Angeklagte diese nicht allein verschuldet hat, sondern vielmehr die Möglichkeit besteht, daß er zu einer Zeit, als die Anordnung der Kontaktsperre noch nicht bestand, fortlaufend völlig einseitig ohne Vergleichsmöglichkeit beeinflußt worden ist durch linksextremistisches Informations- und Propagandamaterial, das ihm seine Anwälte als Kuriere überbringen konnten, und aus dem sich für ihn das völlig irreale Bild einer politischen Situation mit Revolutionsstimmung ergeben konnte, als warteten die Volksmassen nur begierig darauf, unter der Knute einer Handvoll Extremisten und Terroristen endlich glücklich zu werden. Bei dieser Haltung, die der Angeklagte in der Hauptverhandlung an den Tag gelegt hat, konnte das Gericht nicht zu der Überzeugung gelangen, daß er allein schon durch eine Geldstrafe zu beeindrucken wäre und sich bei künftigen Gelegenheiten anders verhalten werde.
Es kam daher nur die Verhängung einer Freiheitsstrafe in Frage. Dabei mußten aber auch der Gesichtspunkt der Generalprävention beachtet werden. Die Strafe mußte empfindlich ausfallen, um nicht nur den Angeklagten abzuschrecken, sondern auch andere Häftlinge vor einer Nachahmung bewahren; denn das Gesetz sollte in einem solchen Falle mit genügender Strenge gehandhabt werden, und ein solches Verfahren nicht Anlaß dazu geben, daß zur Vermeidung aller ähnlicher Wiederholungsfälle die Häftlinge nur noch in Handschellen zur Haftprüfung geführt werden."

ERKLÄRUNG ZUR VERSUCHTEN KRIMINALISIERUNG VON LINKEN DRUCKEREIBETRIEBEN UND BUCHLÄDEN

BERLIN
1. November

„Am Montag, dem 17. Oktober 1977, wurden gegen 10 Uhr zahlreiche Privatwohnungen, eine Druckerei, ein Vertrieb und drei Buchhandlungen von Polizisten und Beamten des Staatsschutzes durchsucht. Elf Personen, darunter die Geschäftsführer der genannten Projekte, wurden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Zehn sind am selben Tag wieder freigelassen worden. Gegen einen erging sofort Haftbefehl. Ein zwölfter ist in der darauffolgenden Nacht auf dem Rückweg von der Frankfurter Buchmesse am Kontrollpunkt Dreilinden festgenommen worden. Gegen ihn erging am Dienstag Haftbefehl, ebenso gegen einen dritten.

Gegen alle dreizehn Personen läuft ein Ermittlungsverfahren wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung". Die Aktion richtete sich gegen „die unbekannten Verfasser, Hersteller und Verbreiter der periodischen Zeitschrift 'INFO-BUG' ". Die drei Verhafteten sind Mitglieder des Agit-Druckkollektivs und in ihrer juristischen Funktion Gewerbeträger der Firma. Das INFO Berliner undogmatischer Gruppen wurde, wie im Impressum zu lesen, bisher bei Agit gedruckt.

Der Haftbefehl könnte jederzeit gegen die Verbreiter, in diesem Fall gegen die Geschäftsführer der Buchläden, erlassen werden. Aus offensichtlichen Opportunitätserwägungen hat die Staatsanwaltschaft bisher darauf verzichtet. Im wesentlichen

wird der Haftbefehl damit begründet, daß sich die Drucker mit dem Inhalt dessen, was sie drucken, identifizieren. Allein das Spektrum derer, für die Agit druckt, widerlegt eine solche Annahme, denn ihre Auftraggeber vertreten die unterschiedlichsten politischen Positionen: GEW, Post-Gewerkschaft, Humanistische Union, Mieterinitiativen, Stadtteilgruppen, Jugendfreizeitheime, Rote Hilfe, verschiedene Gemeinden der Evangelischen Kirche, Kneipen, Hochschulgruppen, Frauenzentrum, Bürgerinitiative und vieles mehr.

Uns ist bisher kein Fall bekannt geworden, in dem der Drukker einer Zeitung für den dort vertretenen Inhalt verantwortlich gemacht worden ist. Als ein Beispiel für viele sei hier an die SPIEGEL-Affäre erinnert: der SPIEGEL hatte einen Artikel, der den Straftatbestand der Preisgabe von Staatsgeheimnissen erfüllte, veröffentlicht. Es wurde gegen die beiden verantwortlichen Redakteure und den Herausgeber ermittelt, nicht aber gegen die Druckerei und den Vertrieb. Im jetzigen Fall hingegen wurde von einzelnen INFO-Artikeln behauptet, daß sie gegen den § 129a verstoßen, verhaftet wurden die Drucker. Diese Haftbefehle sind für jeden Drucker, Buchhändler und Vertrieb existenzgefährdend, weil verlangt wird, daß jeder an Herstellung und Verbreitung Beteiligter alles liest, Gesetze und deren Auslegung in Gerichtsurteilen übersieht. Es wird ihnen eine Verantwortung zugeschoben, die dann doch besser gleich von der offiziellen Zensurinstanz wahrgenommen werden sollte.

Wir fordern die sofortige Aufhebung der Haftbefehle, die Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen Drucker und Vertreiber und außerdem die Freigabe der beschlagnahmten Druckmaschinen. Die beschriebene Rechtsunsicherheit bleibt weiterbestehen, solange nicht verbindlich geklärt ist, daß Drucker und Vertreiber nicht für den Inhalt dessen, was sie drucken und vertreiben, verantwortlich gemacht werden können.

In den Haftprüfungsterminen vom 27. und 28.10.77 hat der Ermittlungsrichter Haftfortdauer in einem Fall beschlossen und den anderen Haftprüfungstermin ausgesetzt.
Er wird vermutlich in 14 Tagen wiederholt. Die Drucker bleiben weiterhin in U-Haft, da wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe Fluchtgefahr besteht, und weiterhin dringender Tatverdacht unterstellt wird. Der „dringende Tatverdacht" stützt sich darauf, daß die Drucker zumindest durch gelegentliche Lektüre nach erfolgtem Druck angeblich wußten, daß im „Info-Bug" unter anderem auch Aufrufe und Erklärungen „terroristischer Vereinigungen" abgedruckt wurden und werden. Der Druck des INFO mit solchen Erklärungen - die dem Fortbestand der „terroristischen Vereinigungen" zu dienen geeignet seien - stelle daher eine mit zumindest bedingten Vorsatz vollbrachte „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" dar."

Rotbuch-Verlag, Verlag Klaus Wagenbach, Buchhandlung Comune, Buchladenkollektiv, Agit-Druck, Das politische Buch, Basis-Verlag, Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung, Karin Kramer-Verlag, Maulwurf-Buchvertrieb, Kinderbuchladen Kreuzberg, Aktionskomitee gegen Berufsverbote, „Kirchkern"-Buchversand, G. Schmidt, 1. Vorsitzender der GEW Berlin

JETZT AUCH IN BONN:

35 (!) ERMITTLUNGSVERFAHREN WEGEN BUBACK-NACHRUF

BONN
2.November

Das Bonner Komitee gegen politische Unterdrückung teilt mit:

„Gegen die Unterzeichner eines im Juni in Bonn verteilten Flugblattes, das den Göttinger ‚Mescalero-Artikel' zum Mord an Buback zum Inhalte hatte, laufen jetzt bei der Staatsanwaltschaft in Bonn offiziell 35 Ermittlungsverfahren.

Diese Verfahren haben zum Gegenstand:
– § 90 a (Verunglimpfung des Staates)
– § 130 (Volksverhetzung)
– § 140 (Billigung von Straftaten).

Gegen den Mitunterzeichner, den Theologieprofessor L.Delekat läuft außerdem noch von der Unispitze aus ein Disziplinarverfahren (siehe ID 187).

Zu unserer damaligen Intention, warum wir den Buback-Nachruf in Bonn veröffentlichten, ein Zitat aus dem Flugblatt: „Wenn wir diesen Artikel veröffentlichen, so wollen wir zwei Sachen zum Ausdruck bringen:
– unsere Solidarität mit all denen, die der staatlichen und öffentlichen Diffamierung und Kriminalisierung von andersdenkenden entgegentreten und dabei offensiv für Meinungsfreiheit eintreten;
– unsere Befürchtung, daß die den Göttinger AStA tragenden und nahestehenden Gruppen alleine das Allgemeinpolitische Mandat vor Gericht verteidigen müssen."

Soviel zum gegenwärtigen Stand. Wir werden versuchen, über die weiteren Entwicklungen regelmäßig zu berichten.
Keine Ermittlungsverfahren gegen die 35 Unterzeichner!
Kein Disziplinarverfahren gegen Prof. Delekat!

Kontakt: Bonner Komitee gegen politische Unterdrückung
Fritz-Tillmann-Str. 4, 5300 Bonn

Konto: Rechtshilfefond Bonn – Kennwort: „Fünfunddreißig"
Konto-Nr. 93351 bei der Sparkasse Bonn



ENTLASSUNGSGRUND: FALSCHE SYMPATHIEN?

HAMBURG
30.Oktober

„Am 25. und 27.10. wurde der Maschinenschlosserlehrling und Jugendvertreter Martin S. fristlos gekündigt.
Er stand drei Monate vor Abschluß seiner 3jährigen Lehre. Das Kündigungsschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Durch Ihre beleidigende und verunglimpfende Äußerung am 18.10.1977 während der Dienstzeit im Beisein von Kollegen – Schleyer sei ein Schwein – haben Sie zugleich den Betriebsfrieden gestört und durch Ihre Sympathiebezeugung für die Terroristen sich außerhalb der Gemeinschaft gestellt. Aus diesem Grunde kündigen wir hiermit das Ausbildungsverhältnis fristlos.
Bau- und Montagegesellschaft mbH gez...."

Die Kündigung vom 25.10. wurde unter Mißachtung der betriebsverfassungsrechtlichen Vorschriften ohne die erforderliche Anhörung des Betriebsrates ausgesprochen, so daß die Arbeitgeberin inzwischen gezwungen war, die Kündigung zurückzunehmen.

Bei seiner Anhörung durch den Betriebsrat sagte Martin S. zu dem Inhalt eines 7 Tage zurückliegenden Gespräches: Er könne sich erinnern, daß er sich kritisch – den genauen

Wortlaut wisse er nicht — über den früheren Arbeitgeberpräsidenten geäußert habe. Sicher sei das unvorsichtig in der gegenwärtigen politischen Situation gewesen.
Er habe jedoch nicht die Person Schleyers angreifen, sondern dessen Rolle als Arbeitgeberpräsident und früherer Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz bezeichnen wollen.
In der Betriebsratssitzung vom 27.10. wies Martin S. insbesondere auf die initiative Rolle von Schleyer bei der Klage der Arbeitgeberverbände gegen das Mitbestimmungsgesetz, seine ‚harte' Haltung bei Lohntarifverhandlungen und seine frühere Mitgliedschaft in der NSDAP hin.

In den vergangenen Monaten wurden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vielfach des Sympathisantentums beschuldigt, weil sie sich nicht an der in den Massenmedien und seitens der politischen Institutionen getragenen Kampagne gegen den Terrorismus beteiligten. Nunmehr wird Arbeitern in den Betrieben ‚Terrorsympathisanten' vorgeworfen, nur weil sie sich ablehnend gegen den früheren Arbeitgeberpräsidenten äußern, und ihnen wird ausschließlich deshalb Ausbildungsplatz und berufliche Existenz entzogen. Dabei können nach arbeitsrechtlichen Gesichtspunkten nur beleidigende Äußerungen, die sich gegen Betriebsangehörige richten, ein Kündigungsgrund sein. Diese Kündigung mit dieser Begründung wirkt erkennbar nicht nur als haltlose arbeitsrechtliche Sanktion, sondern darüber hinaus als gesellschaftliche Ächtung.

Gegen die Kündigung wurde beim Arbeitsgericht Hamburg der Erlaß einer einstweiligen Verfügung mit dem Ziel der Weiterbeschäftigung beantragt, um Martin S. den Abschluß seiner Lehre zu ermöglichen. Über den Antrag wird am **7.11.1977 um 8.30 Uhr im Arbeitsgericht, Saal 136, Max-Brauer-Allee 89,** verhandelt."

Presseerklärung des Anwalts Uwe Maeffert, Neuenfelder Str. 4
2102 Hamburg 93, Telefon 753 50 13 /14

NORA UND DER TERROR

FRANKFURT
1. November

Seit der Verhaftung und Freilassung von Nora Poensgen in Frankfurt am 1. August sind mittlerweile drei Monate vergangen.

Sie war verdächtigt worden, den Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, erschossen zu haben. Wir bringen einen Bericht über diese fehlgeschlagene „Staatsaktion" erst jetzt, weil die Betroffenen erst einmal ihre Betroffenheit überwinden mußten. Die Repressionen gegen Nora gehen weiter. Nicht nur, daß BKA-Beamte sie anläßlich der Schleyer-Entführung wieder heimsuchten und nach ihrem Alibi fragten, es werden auch Journalisten (z.B. von „Panorama" und vom Südwestfunk) durch Bundestagsabgeordnete ersucht, besser nichts über diesen Fall zu bringen, irgendwo stimme ja mit der Nora Poensgen „irgend etwas" nicht. So geht der Terror unterschwellig weiter. Es ist zu vermuten, daß das BKA seine eigene Schlappe nicht so ohne weiteres einstecken will:

„'Die angsterzeugende Wirkung der Staatsmacht liegt nicht nur in der Strenge der Strafe, sondern auch in ihrer Unberechenbarkeit'. (frei nach Erich Fromm).

Seit der Winterreise wissen wir: Die willkürliche Verhaftung von Genossen, in diesem Falle der Nora Poensgen, soll alle Linken und Intellektuellen einschüchtern. Erst die Winterreise, dann die Verhaftung von Gerard Strecker (wegen der Ulrike Meinhof-Demonstration im Mai 1976 in Frankfurt, siehe ID 127), jetzt Nora Poensgen. Dazu noch Gisela Ickler, die, ebenfalls bei der Meinhof-Demonstration, Molotow-Cocktails gegen Polizisten geworfen haben sollte (siehe ID 134, 135).

Die Verhaftung der Nora Poensgen wegen Verdachts des Mordes an Bankier Ponto scheint auf den ersten Blick ein 'schicksalhafter Zufall' und eine 'bedauerliche Verwechslung' zu sein - im Gegensatz zur Winterreise, bei der die Unglaubwürdigkeit der Belastungszeugen von vornherein klar war, scheint dieser 'Irrtum' ohne das Zutun des Bundeskriminalamtes zustande gekommen zu sein. Frau Ponto hatte Nora aus 150 Lichtbildern, die ihr vorgelegt wurden, herausgefischt.

Ungereimtheiten gibt es jedoch auch hier. So schreibt der „Spiegel" vom 8. August 1977, der Witwe Ponto wären nur 20 Fotos vorgelegt worden und diese so gezielt, daß sie gar nicht anders konnte, als immer wieder auf das Gesicht von Nora zu stoßen. Fraglich ist auch, wie das Foto von Nora Poensgen in diese Serie geraten ist.

Die Gegenüberstellung beschreibt Nora so: „Ich stand zusammen mit fünf anderen Frauen, die mir aber nicht im geringsten ähnlich sahen. Als ich der Frau Ponto ins Gesicht sah, merkte ich, daß sie sagen wird, ich sei es gewesen. Das war ein schreckliches Gefühl."

Nora selbst nimmt an, daß Ihre Verhaftung für diesmal kein abgekartetes Spiel war, denn durch diese 'Identifizierung' hat sich die Zeugin Ponto auch für eventuelle zukünftige Gegenüberstellungen gründlich unglaubwürdig gemacht.
Bis zur Beerdigung Pontos mußte Nora als 'Pontomörderin' und 'Terror-Mädchen' herhalten. BILD, FAZ, WELT und wie sie alle heißen, starteten, gefüttert mit BKA-Informationen, eine beispiellose Diffamierungskampagne. Aber selbst den Beamten, die Nora bewachten, war dies Theater suspekt, und sie äusserten das ihr gegenüber.

Für diese Vermutung sprechen auch Bewachung und Behandlung von Nora, die während der Winterreise, bei ihrer ersten Verhaftung, mit Hubschrauber und Fahrzeugkolonne transportiert worden war und zwei Wochen weder Kontakt zu Eltern noch zu Anwälten aufnehmen konnte.

Angesichts des Mordvorwurfs in diesem Fall waren die Maßnahmen der „Ermittlungsbehörden und Sicherheitsorgane" wesentlich weniger aufwendig. Nora erhielt täglich Besuch von ihrer Mutter, sie wurde regelrecht aufgefordert, mit Eltern und Anwälten Kontakt aufzunehmen. Während ihrer Vorführung beim Haftrichter konnte sie zwei Stunden mit ihren Entlastungszeugen reden, während sich die Polizisten dezent zehn Meter entfernt aufbauten.

Spätestens nachdem Nora gleich nach ihrer Verhaftung ihre Entlastungszeugen und ihr Alibi genannt hatte, mußte dem BKA eigentlich klar sein, daß es sich für diesmal zu auffällig ins eigene Fleisch geschnitten hatte. Aus Nora war beim besten Willen und selbst mit Riesenpressekampagne keine Ponto-Mörderin zu basteln. Zwar ging die WELT so weit, zu behaupten, Nora habe Ponto umgelegt und sei dann seelenruhig auf eine Fête gegangen, um sich ein Alibi zu sichern. Diese Story versuchte man dann mit aller Macht wenigstens bis nach der Beerdigung aufrechtzuerhalten.

Entsprechend schlampig wurde mit den Zeugen umgegangen. Diejenigen, die Nora genannt hatte, galten als unglaubwürdig und mußten befürchten, selbst etwas angehängt zu bekommen. Sogenannte 'neutrale' Zeugen wurden erst gar nicht gesucht.

Damit saß das BKA schon wieder in der eigenen Tinte. Noras Zeugen hatte es selbst diffamiert, andererseits wurde der Mordvorwurf immer unhaltbarer. Um Nora vor den Augen der Öffentlichkeit halbwegs begründet entlassen zu können, berief man sich schließlich auf die Aussagen eines Straßenbahnfahrers, die im Gegensatz zu den anderen Entlastungsaussagen ziemlich vage waren. Dieser konnte sich vor der Beerdigung an „nichts" erinnern, gab jedoch den Ausschlag zur Entlassung, weil er eine „Frau mit langen blonden Haaren" an die Tür der Bahn hat-

te klopfen sehen, diese und deren Freundin aber nicht näher beschreiben konnte.

Ergibt sich die Frage, wie es Nora ergangen wäre, wenn sie den fraglichen Tag im Bett, vorm Fernseher, bei einem Waldspaziergang oder nur mit ein oder zwei Bekannten verbracht hätte. Wie wäre es ihr während der Zeit der Kontaktsperre ergangen? Hätte sich der Straßenbahnfahrer zum Beispiel nach 40 Tagen Kontaktsperre noch an eine „blonde Frau" erinnert? Im übrigen reißen sich die Ermittlungsbehörden nicht gerade darum, für unliebsame Genossen entlastendes Material zu sammeln, so daß Noras Freilassung schließlich nur der von ihren Anwälten, Zeugen und anderen Genossen geschaffenen Gegenöffentlichkeit zu verdanken ist, die durch eine Kontaktsperre natürlich sehr wirksam hätte ausgeschaltet werden können.

Nora ist durch eine Reihe „glücklicher" Zufälle jahrelanger Untersuchungshaft entgangen, mit der der Staat, wie wir seit K.H. Roth wissen, nicht pingelig ist.

Nebenprodukt der Aktion war - wie bei Gisela Ickler und anderen Genoss-inn-en auch - daß das BKA seine Strichliste um die Entlastungszeugen ergänzen konnte, die für Nora ausgesagt hatten. Vielleicht ist ja einer von ihnen demnächst als „Täter" gut."

AUF DER SUCHE NACH BLOCKWARTEN
ANLEITUNG DES BKA ZUR DENUNZIATION

MÜNCHEN 25.Oktober Mit einem Merkblatt des Bundeskriminalamtes klappern Polizisten in München und sicher auch anderswo Häuser ab auf der Suche nach Vertrauenspersonen. Konkret spielte sich das in München so ab:

"Es klingelt. Gleich unten Parterre links. Vertraulich grüßt ein freundlicher Polizist: Guten Tag, wir ... im Zuge der Terroristenfahndung... Wer ist denn der Hausbesitzer ... der Hausmeister.. soso es gibt keinen..
Ja also es ist dringend nötig, daß wir für jedes Haus Vertrauenspersonen haben, die mit den Behörden vertrauensvoll zusammenarbeiten... haben sie denn in letzter Zeit ...verdächtige Elemente...(geht Fragen des Zettels durch)... zum Schluß: also, falls sie irgendetwas wahrnehmen oder etwas hören, würden sie sich ein wenig umhören, ich lasse Ihnen zur Hilfe und Gedächtnisstütze dieses Merkblatt hier und notiere gleich noch meinen Namen, Dienstgrad und Telefonnummer, an die sie sich dann bitte wenden wollen... Und Ihr Name war doch gleich noch? ... Dabei blättert und notiert er in einem dicken Buch, das er dabei hat, indem offensichtlich Sachen wie Hausbesitzer, angemeldete Mieter usw.stehen und das er komplementiert.

BUNDESKRIMINALAMT

Sehr geehrte Damen!
Sehr geehrte Herren!

Die kriminalpolizeilichen Erfahrungen haben gezeigt, daß terroristische Gewalttäter vorwiegend Wohnungen in sog. Großwohnanlagen in Stadt- und Stadtrandbezirken bevorzugen. Diese Wohnungen werden entweder vor oder nach spektakulären Straftaten benutzt; sie können auch als Verwahrort eines Entführten infrage kommen.

Sie können dazu beitragen, Unterschlüpfe von Terroristen zu erkennen, wenn Sie die folgenden Merkpunkte beachten und entsprechende Feststellungen der nächsten Polizeidienststelle mitteilen.

1. BESCHAFFUNG
- *Verwendung verfälschter Ausweispapiere bei Mietung*
- *Mietvorauszahlungen für längeren Zeitraum in bar oder mittels kontoloser Überweisungen*
- *"großzügiger" Verzicht auf Renovierung*
- *Mietung zusätzlicher Baulichkeiten (Einrichtung von Werkstätten, Lagerplätzen, Abstellen von Kfz)*
- *Mietung von Einzelgaragen oder auch von Abstellplätzen in Tiefgaragen (evtl. fingierte Adresse)*

2. AUSSTATTUNG
- *spärliche Möbelausstattung (Eigenumzug mit Kleinlieferwagen)*
- *Bevorzugung von Wohnungen mit Fenstern ohne direktes Gegenüber bzw. mit Vorrichtungen zum Abdunkeln (Rollos)*
- *oft keine Türbeschilderung, aber Namen am Briefkasten*
- *auf Telefon, Fahrstuhl, Garagen (mit unmittelbarem Zugang zum Haus) wird meist Wert gelegt.*

3. ÄNDERUNGEN
- *Anbringen zusätzlicher Sicherungseinrichtungen*
- *Auswechseln der Schlösser*
- *Manipulation an Haussprechanlagen (zum Abhören der gesamten Anlage)*

4. NUTZUNG
- *Unterstellung von Kfz mit meist ortsfremden Kennzeichen in vorhandenen oder zusätzlich gemieteten Garagen*
- *Besucherverkehr mit Kfz aus dem gesamten Bundesgebiet und Ausland*
- *"Heimwerkertätigkeiten", Herstellung und Lagerung von Druckerzeugnissen*
- *Nutzung von Garagen u.a. Baulichkeiten zur Lagerung von Werkzeugen, Chemikalien und Werkstoffen*
- *"Bastelarbeiten" verursachen auffällige Geräusche*

5. BESONDERE VERHALTENSWEISEN
- *Bewohner leben in selbstgewählter Isolation zu den Mietern*
- *Anmeldeformalitäten werden möglichst vermieden*
- *reger Besucherverkehr; Fremde werden nicht eingelassen*
- *Besucher nutzen Dämmerung und Dunkelheit zum Betreten des Hauses aus; benutzen vielfach nicht die vorhandene Flurbeleuchtung*
- *Besucher kündigen Eintreffen vorher telefonisch an; benutzen abgesprochene Klopf- und Klingelzeichen*
- *Bewohner gehen keiner regelmäßigen Arbeit nach; verlassen Haus zu unregelmäßigen Zeiten; zeigen bei Rückkehr "sicherndes Verhalten"; oft erhöhte Aktivität zur Nachtzeit*
- *Bewohner benutzen vorhandenes Telefon nicht für eigene Anrufe; benutzen hierfür öffentliche Münzfernsprecher*
- *Bewohner verändern häufig ihr Aussehen (Perücken, Änderung der Haarfarbe, Bart, Brille)*
- *Brief- und Paketpost wird meist nicht unmittelbar zugestellt*
- *Warenauslieferungen oder Reparaturen durch Fremde werden vermieden*
- *Wohnungen werden kurzfristig (ohne Kündigung) aufgegeben*
- *Abfälle werden eigenhändig abtransportiert*

Die Polizei rechnet mit Ihrer Mithilfe; hierbei geht sie davon aus, daß Sie auch im Hinblick auf Ihre evtl. Verpflichtung nach den melderechtlichen Bestimmungen an einer sachdienlichen Unterstützung der Polizei selbst interessiert sind.

Zum Schluß - ein Rat:
Sie selbst sollten unter keinen Umständen etwas unternehmen!

Die Polizei dankt Ihnen für Ihre Mitarbeit!

KONTROVERSE UM KONFERENZ GEGEN BERUFSVERBOTE

OLDENBURG November 1977 „Wegen der für 12. und 13. November in Oldenburg geplanten „Konferenz gegen Berufsverbote" ist es zu einer Kontroverse zwischen der Oldenburger SPD und dem Bezirksvorstand Weser-Ems der Sozialdemokraten gekommen. Während der Unterbezirksvorstand der SPD in Oldenburg eine Teilnahme an der Konferenz befürwortet, wird vom Bezirksvorstand jede Beteiligung daran mit der Begründung abgelehnt, daß die Veranstaltung von Kommunisten organisiert werde. Vor allem verwahrt sich der Bezirksvorstand der Sozialdemokraten dagegen, daß unter Beteiligung von SPD-Mitgliedern die Veranstaltung dazu benutzt werden soll, die Bundesrepublik Deutschland der Verletzung von Menschenrechten anzuklagen und sie mit dem faschistischen Chile zu vergleichen.

Dagegen plädiert der SPD-Unterbezirksvorstand für die Teilnahme an der Veranstaltung, um die bei der Tagung vertretenen Abordnungen sozialdemokratischer Schwesterparteien aus dem Ausland nicht zu brüskieren.

Zu der Konferenz in der Oldenburger Weser-Ems-Halle werden rund 3.000 Teilnehmer aus dem In- und Ausland erwartet. Der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende und Bremer Bürgermeister Hans Koschnick hat die Mitglieder seiner Partei bereits vor der Teilnahme an der Veranstaltung gewarnt. Koschnick betonte, die Konferenz werde abgehalten, um der SPD zu schaden.

Unter den Kongreßteilnehmern befinden sich nach Angaben des Organisationskomitees die Vorsitzende der holländischen Schwesterpartei der SPD, Ina van Heuvel, der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, Dr. Sicco Mansholt, der stellvertretende Bürgermeister von Groningen, der Bürgermeister von Tampere/Finnland und der Präsident des norwegischen Parlaments. Ferner wird auf der Veranstaltung der Sekretär des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, Detlev Hensche, sprechen.

Der Verwaltungsausschuß des Oldenburger Rates hat es bereits abgelehnt, daß eine Delegation der Konferenzteilnehmer durch den Oldenburger Oberbürgermeister Hans Fleischer (SPD) empfangen wird. Fleischer selbst teilte auf Anfrage mit, er werde trotz einer an ihn ergangenen Einladung auf der Eröffnungsveranstaltung kein Grußwort sprechen. Fleischer bekräftigte gegenüber der Presseagentur tefo-nord die Auffassung, angesichts der eindeutigen Haltung des SPD-Bundesvorstandes und des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Hans Koschnick in dieser Frage werde er auf eine Begrüßung der in- und ausländischen Gäste verzichten."

(von: TEFO-NORD-NACHRICHTEN aus Niedersachsen und Bremen - Orthstr. 8, 2870 Delmenhorst)

ERKLÄRUNG DES ZENTRALKOMITEES DES KBW ZUM BERICHT: DEMONSTRATION GEGEN DAS K-GRUPPEN-VERBOT IN BONN

FRANKFURT 2.November „Im Informationsdienst Nr. 200 sind zwei Briefe abgedruckt, in denen über Angriffe auf Teilnehmer der Bonner Demonstration berichtet wird. Wir verurteilen diese Angriffe und haben dies in einer gemeinsamen Beratung mit KPD und KPD/ML auch gegenüber der KPD/ML gemacht:

1. weil wir grundsätzlich gegen solche Angriffe auf Teilnehmer der Demonstration sind, die die Ziele der Demonstration unterstützen
2. weil diese Angriffe natürlich hinter dem Rücken der Demonstrationsleitung durchgeführt worden sind."

mit solidarischen Grüßen Hans Gerhard Schmierer

Kontaktadresse: KBW — Zentrales Komitee,Mainzer Landstr. 147 6000 Frankfurt 19 — Tel. 0611 / 73 02 32

TREFFEN DER SOLDATEN–KOMITEES

FRANKFURT 1. November Vertreter der baden-württembergischen und bayerischen Soldatenkomitees haben sich am Wochenende des 29./30. Oktober getroffen. Neue Komitees haben an dem Treffen teilgenommen, es war eine große Kampfbereitschaft zu spüren. Schwerpunkte der Diskussion waren die verschiedenen Möglichkeiten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Nach den diversen Einschätzungen gibt es zur Zeit folgende Möglichkeiten:

- in der ÖTV
- im DGB
- Beibehaltung der bestehenden Mitgliedschaft
- unabhängige Soldatenkomitees.

Eine feste Linie auszugeben, hielte die Delegierten zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht. In diesem Zusammenhang wurde über den vergangenen 1. Mai diskutiert, der für Soldaten die beste Möglichkeit bietet, mit Gewerkschaften in Kontakt zu treten. Die systematische Verfolgung derer, die in Uniform daran teilgenommen hatten, ist ein Beweis für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisierung.
Weite re Probleme, die diskutiert wurden: die Aktivitäten von Nazis in der Bundeswehr, die Unterstützung des Russell-Tribunals und der Einsatz der Bundeswehr bei der Terroristen-Jagd. Letzteres — ein neuer Bruch der Verfassung — ist inzwischen Wirklichkeit geworden. In Norddeutschland wurden Einheiten der Marine eingesetzt.

ZWEITE ARBEITSTAGUNG "HEIMERZIEHUNG" IN BERLIN

BERLIN 1. November Am 10. und 11. Dezember 1977 veranstaltet der Arbeitskreis "Heimerziehung" Berlin die zweite Arbeitstagung "Heimerziehung".
Die erste Arbeitstagung wurde am 25./26.6.1977 von dem Redaktionskollektiv des Info Sozialarbeit und dem Arbeitskreis kritischer Sozialarbeiter in Köln organisiert (vgl. Heim- und Erzieherzeitschrift August 1977 und Info Sozialarbeit Nr. 16). Damals versammelten sich etwa 120 Heimerzieher, Sozialarbeiter und Studenten, um über die Situation in der Heimerziehung zu diskutieren und gemeinsam Ansatzpunkte zu finden, den Repressionen von außen und den resignativen Haltungen innerhalb der Heime entgegenzutreten.
Es bildeten sich vier Arbeitsgruppen, die sich mit verschiedenen Problemkreisen aus der Praxis der Heimerziehung befaßten:

- Heimerziehung im System der Jugendhilfe;
- Arbeitsbedingungen im Heim (gewerkschaftliche Organisierung, Arbeit als Lohnerzieher);
- Pädagogik im Heim (wie vereinbare ich die Arbeit im Heim mit mir selbst?);
- Alternative Einrichtungen, Wohngemeinschaften, Arbeitssuche, Situation der Betroffenen.

Im November 1977 erscheint vom Info Sozialarbeit ein Heft über Heimerziehung, das inhaltlich an dem Diskussionsstand der Kölner Tagung anknüpft und zur inhaltlichen Vorbereitung für die Berliner Tagung im Dezember verwendet werden kann, um die Themenkreise weiter auszubauen.

Wir vom Arbeitskreis "Heimerziehung" Berlin finden es außerdem notwendig, einen Themenschwerpunkt auf die Planung geschlossener Heime zu legen, um in der Diskussion eine gemeinsame Strategie des Handelns gegenüber geschlossenen Einrichtungen zu finden.

Wir haben uns folgende Diskussionspunkte überlegt:

- Wie kommt es nach dem Ruf zu geschlossenen Heimen, was veranlaßt z.B. Erzieher/innen dazu, die geschlossene Unterbringung als letzte wirksame Maßnahme zur Bewältigung der Probleme mit "besonders schwierigen" Kindern und Jugendlichen zu erwägen?
- Was veranlaßt die Ämter, die geschlossene Unterbringung als Erziehungsmaßnahme zu befürworten?
- Wie können wir gegen die Wiedereinführung von geschlossenen Heimen vorgehen?
- Welche Alternativen gibt es, um Heimeinweisungen im allgemeinen und die Unterbringung in geschlossenen Heimen im besonderen zu verhindern? (z.B. konkrete Familienhilfe im Vorfeld der Heimerziehung in Form von Stadtteilarbeit; Heime "dichtmachen" und die Kinder und Jugendlichen in ihren Familien weiterbetreuen ...).
- Welche Rolle spielt das Jugendamt nach der Heimeinweisung für die Kinder, Jugendlichen und Erzieher/innen?
- Könnte eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Heimen und Ämtern bzw. zwischen Heimerziehern und Sozialarbeitern falsche Entscheidungen über Heimeinweisungen und Verlegungen verhindern?
- Könnte eine direkte Einbeziehung der Ämter in die Problematik der Heimerziehung eine Erleichterung für Erzieher bzw. Kinder und Jugendliche bringen?
- Welche Folgen wird die erneute Kürzung des Heimetats für die pädagogische Praxis in den Heimen haben?

Wir denken, daß sich noch eine Menge anderer Fragen ansammeln wird, die wir diskutieren müssen. Je nach Bedürfnis können wir uns in mehrere Arbeitsgruppen aufteilen, um die verschiedenen Themenschwerpunkte zu erarbeiten und zu besprechen.
Zu der Arbeitstagung in Berlin sind natürlich auch diejenigen H[illegible]lich eingeladen, die von der Kölner Tagung nicht informiert waren oder nicht teilnehmen konnten.

Geeignete Räume für die Tagung suchen wir noch, Ihr werdet sie aber noch rechtzeitig über die Anmeldung erfahren (ebenso die Unterkünfte).
Kollegen, die zu der Berliner Tagung am 10./11.12.1977 kommen wollen (Jugendliche, die Interesse haben, sich an den Diskussionen zu beteiligen, können selbstverständlich mitkommen), informieren und melden sich bitte bis Ende November bei:
Jutta Schöne, Beusselstr. 65, 1 Berlin 21, Tel. 030/3936835
oder
Marcela Kozlovic, Sorauer Str. 6, 1 Berlin 36, Tel. 030/6128337

AUCH IN DER REGION HILDESHEIM ARBEITEN JUGENDZENTRUMSGRUPPEN ZUSAMMEN

HOLLE
Oktober 1977

Auch in Südostniedersachsen tut sich was in der Jugendzentrums-Szene! In dem Bereich um Hildesheim herum haben sich Jugendzentren und solche, die es werden wollen, zusammengetan. Bisher waren Gruppen aus Bockenem, Hemmingen, Hildesheim-Drispenstedt, Holle-Sottrum, Rössing und Sehnde mit von der Partie. Stattgefunden haben schon zwei abendliche Treffen und ein Wochenendseminar, auf denen neben den üblichen Scherereien mit Stadt- und Gemeindeverwaltungen vor allem über die inneren Schwierigkeiten einer Gruppe gesprochen wurde, wie mangelnder Zusammenhalt, Gegensatz zwischen "Laberköppen" (sprich: Oberschüler) und "Butzenbauer" (Arbeiterjugendliche). Auf dem nächsten Treffen am Samstag, den 19.11. um 15 Uhr im Hildesheimer "Haus der Jugend" soll vor allem über praktische Zusammenarbeit gesprochen werden, z.Bsp. Öffentlichkeitsarbeit (Herausgabe einer Zeitung), Filmarbeit, gemeinsame Seminare usw.

KONTAKTADRESSE:

Jugendzentrum Holle-Sottrum, z.Hd.v. Eckhard, Sottrumer Straße 8, 3201 Holle 5

POLIZEIEINSATZ AN DER FACHHOCHSCHULE FRANKFURT MIT STUDIENBUCH

FRANKFURT
2.November

An der Fachhochschule Frankfurt/M. studieren jetzt schon 3 Polizisten, die gleichzeitig noch im Dienst sind. Im Wintersemester 76/77 begann ein Polizist im Fachbereich Sozialpädagogik, gleichzeitig noch Ausbilder bei der Bereitschaftspolizei in Mühlheim/Main. Im Sommersemester 1977 begann im Fachbereich Sozialarbeit ein Oberkommisar der bekannter Weise einen Bullizeieinsatz an der Uni Frankfurt geleitet hat. Auch in diesem Semester hat wieder ein Bullizist im Fachbereich Sozialarbeit angefangen. Alle drei haben von Anfang an gesagt, dass sie von der Polizei sind und auch noch Dienst tun. Es ist wohl bekannt, daß Polizisten einer besonderen Anzeigepflicht (Beamtengesetz) bei sogenannten "strafbaren " Handlungen unterliegen. Und wenn man sich ansieht, was heute so alles unter "strafbare " Handlung fällt (§ 88a, § 130a, Buback-Nachruf ... etc.) könnt Ihr euch vorstellen, was die Anwesenheit der Polizisten bewirkt. In den betreffenden Semestergruppen, Seminaren, in Vollversammlungen (geschweige denn von Streikversammlungen!) ist es sowohl für Studenten, als auch Dozenten schwierig und gefährlich:

- eine offene Diskussion über politische Themen und Inhalte (AKW' s, politische Gefangene, Repression und Gegenwehr usw.) zu führen.
- konkrete Aktionen an der Fachhochschule (Streik, Berufsverbotskampagnen, etc....) vorzubereiten, bzw. durchzuführen.

Soll das Konzept des Jugendpolizisten (Jupo), nachdem es erfolgreich verhindert wurde, durch Polizisten mit der "Qualifikation eines Sozialarbeiters " durchgesetzt werden?

Wir setzen im Augenblick alles daran, daß diese Bullen aus der Fachhochschule fliegen. Uns würde auch gleichzeitig in-

teressieren ob es ähnliche Erscheinungen, Vorfälle etc. ..... an anderen Schulen auch gibt. (Schreibt' s dem ID).

KEINE POLIZEI-STUDENTEN AN DER FACHHOCHSCHULE!

nächstes Treffen: Montag 7.11. Babbelstub 11.00 Uhr ausserdem kommt das Thema bei der nächsten Fachbereichskonferenz am Dienstag, 8.11. zur Sprache (14.00 Uhr Aula Soz. arb.).Nordweststadt.

Studenten vom Fachbereich Sozialarbeit FHS Ffm

ZENSUR AN DER UNI MIT BULLENHILFE

MARBURG 17.Oktober — Alarmiert durch die Mensaverwaltung schreiten vier Zivile und ein halbes Dutzend Uniformierte zur Tat: zu Zehnt wird eine Wandzeitung abgerissen und in Sicherheit gebracht. Stein des Anstoßes war ein zitierter (Göttinger BUF) Satz an die Adresse Schleyers: " Wir haben nichts dafür übrig, daß Sie in eine Lage gebracht wurden, wo die Alternative nur darin zu bestehen scheint, zu Ihrem schäbigen Leben zurückzukehren oder einen schäbigen Tod zu sterben ".

Daß ein zur gleichen Zeit neben dem "Tatort " stattfindendes Teach-In der Basisgruppen und des KB nicht eingriff, war erstaunlich. Ein Asta-MSB-Vertreter schaffte es jedoch, die 150 - 200 Studenten durch rhetorisches " Problematisieren der Lage " so lange hinzuhalten, bis von den "Polizeiräubern " nichts mehr zu sehen war.

Der kritisierte Satz und die ganze Wandzeitung, die sich im übrigen gegen die gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen gegenüber der Studentenschaft in den Ländern Niedersachsens und Baden-Württemberg wendete, gerieten ins publizistische Kreuzfeuer. Die Oberhessische Presse (18.10.) bedauert, daß die "Sympathisantenszene im Terroristendrama " noch nicht einmal in Marburg leergefegt sei. Uni-Präsident Zingel sieht in der Wandzeitung und den dahinterstehenden studentischen Gruppen einen "Beleg der Unmenschlichkeit " (Marburger Universitätszeitung 20.10).

Und zu guter letzt ermittelt jetzt auch noch die Staatsanwaltschaft gegen die Wandzeitungsaufhänger.

WIE IN "FILBINGERS" MUSTERLÄNDLE DER WIDERSTAND ORGANISIERT WIRD UND WAS DIE HOCHSCHULBÜROKRATEN ALLES UNTERNEHMEN, UM DIE „HOCHSCHULRUHE" ZU RETTEN

FRANKFURT 1. November — *Die Anpassung an das Hochschulrahmengesetz der Baden-Württembergischen Landeshochschulgesetzgebung soll am 10.11. im Landtag passieren. Filbinger's in der letzten Zeit wieder aufblühendes Gesetzes- und Staatsverständnis ist durch die „Stammheim Affäre" bis weit über die Grenzen der BRD bekanntgeworden. Diese Geisteshaltung spricht auch aus den modifizierten Hochschulgesetzen, dessen Möglichkeiten - wie aus nachstehenden Meldungen hervorgeht - schon vor Verabschiedung voll ausgeschöpft werden.*

Für den **9.11. um 15 Uhr** *wird in Stuttgart eine zentrale Demonstration, zu der neben ÖTV, GEW und VDS auch die Landesastenkonferenzen Rheinlandpfalz und Hessens aufrufen, von den Studentenschaften Baden-Württembergs veranstaltet. Die Demonstration soll ein Höhepunkt des für 3. November landesweit geplanten Streiks sein. Alle Studenten sind hier nochmals aufgerufen, sich an dieser Demonstration zu beteiligen.*

Hier noch kurz die drei Versammlungspunkte in Stuttgart:
1. Neckartor , 2. Uni Stuttgart, Keppler Straße , 3. Marienplatz. Die Abschlußkundgebung soll auf dem Stuttgarter Marktplatz stattfinden.

Schon in den Verlautbarungen des Kultusminsteriums wird das politische Klima angegeben:
Das Kultusministerium gibt bekannt, daß Vollversammlungen als Organ der Studentenschaft schon seit 1973 nicht im Hochschulgesetz verankert sind, deren Beschlüsse deshalb rechtswidrig. Das gleiche gilt für Urabstimmungen zum Streik und natürlich das Streikrecht selbst. Den Studenten wird angedroht, daß Stoff, der während Streiks durchgenommen werde, als expliziter Prüfungsstoff gilt und deshalb insbesondere geprüft werde. Die Empfehlung an die Hochschulrektoren lautet:
Bei Unterrichtsboykotten sofort vom Haus- und Ordnungsrecht Gebrauch zu machen, was heißt: Polizeieinsätze, Relegationen, die schärfstmöglichen Maßnahmen also !

Diese Angstmacherei, zusammen mit der Tatsache, daß an den meisten Hochschulen in Baden-Württemberg der Vorlesungsbetrieb erst sei 14 Tagen läuft, sind die Ausgangsbedingungen für die Urabstimmung.

Unter welchen Bedingungen die Urabstimmungen dennoch stattfinden konnten, wird aus folgenden Meldungen, die wir telefonisch von einzelnen Unis und hauptsächlich vom Sprecher des Zentralen Aktionskommitees in Baden-Württemberg, Uli Tost, bekamen, deutlich:

HOHEHEIM : Vom Rektor wurden zwei AStA-Leute, die im Seminar Erklärungen zum Streik und seinen Inhalten abgeben wollten,angezeigt. Die Einleitungsbehörde (so heißt die amtliche Stelle, die Anhörungsverfahren einleitet) hat die Leute zu einer Anhörung bestellt, d.h. gegen sie soll ein Ordnungsrechtsverfahren eingeleitet werden. (Es droht die Relegation!)

REUTLINGEN: Die Fachhochschule in Reutlingen ist halb staatlich, halb kirchlich getragen. Aus dieser Tatsache, zusammen mit der dort seit Jahren existierenden Studentenbewegung - die schon lange eng mit der Gewerkschaftsbasis zusammenarbeitet - resultiert die relative Autonomie dieser Schule. Es ist fast eine exotische Insel im „schwarzen württembergischen Alltag", dort haben sich tatsächlich Rektor samt Lehrer für den Streik der Studenten ausgesprochen bzw. verlauten lassen, daß sie nicht in die geplanten Aktivitäten eingreifen werden; und das obwohl aus anderen kirchlichen Schulen die strenge Verurteilung jeder Streikaktivitäten schallt.

STUTTGART : Am Montag, 24.10.77, erhielt der AStA eine Verfügung des Rektors, die folgendes Ultimatum enthielt:
Bis Mittwoch 14 Uhr müssen alle Urabstimmungsaktivitäten eingestellt sein, alles Material, Flugblätter, Infos usw. müssen vom Universitätsgelände entfernt werden.

Gegen diese Verfügung legte der AStA Widerspruch ein, der am Freitag vom Rektor zurückgewiesen wurde, gleichzeitig drohte er mit dem endgültigen Vollzug seiner Verfügung vom Montag. Die Urabstimmung läuft indessen weiter.
Der Rektor kündigt daraufhin an, daß, sollte seinen Anordnungen bis Montag, den 31. Oktober, nicht nachgekommen sein,

er von den Ersatzvornahmen des Hochschulrahmengesetzes Gebrauch machen werde, d.h.:



Wenn in der vom Rektor (Rechtsaufsicht) gesetzten Frist die Anordnungen nicht erfüllt sind, tritt der Rektor an die Stelle der Studentenschaft und trifft die Maßnahmen selbst.

Zwischendurch hatte der Rektor bereits ein Zwangsgeld in Höhe von DM 3.000,-- verordnet. Dies mußte er selbst aber sofort wieder zurücknehmen, da Zwangsgelder nur vom Gericht angeordnet werden können. Daraufhin versuchte er, der immer noch laufenden Urabstimmung durch eine gerichtliche einstweilige Anordnung Herr zu werden. Genau wie in Ulm, wo der Rektor zum selben Mittel griff, wird dies vom Gericht zurückgewiesen. Begründung: Ein Rektor habe ausreichende Mittel, selbst den Konflikt zu regeln (Ersatzvornahmen, Haus- und Ordnungsrecht).

Bis heute ist die Urabstimmung ohne nennenswerte Störungen gelaufen, das Ergebnis erwarten wir im Moment noch, wir hoffen, daß wir noch eine Abstimmungsergebnis-Übersicht vor Redaktionsschl......blabla haha haben wir ja schon!

STREIK AUCH IN TÜBINGEN ?

TÜBINGEN
1. November

Durch ein Telefongespräch mit den Tübingern erhielten wir folgenden Bericht:

Am 19. Oktober beschloß eine studentische Vollversammlung, bei der über 1.500 Kommilitonen anwesend waren, eine Urabstimmung über den Streik gegen die Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes in das baden-württembergische Landeshochschulgesetz (LHG). Obwohl sich die Tübinger Studentenschaft darüber klar war, daß sie das anstehende Gesetz nicht völlig verhindern kann, beteiligten sich bis Montagabend, den 31. Oktober, 5.997 Studenten an der Urabstimmung. Da wir unser Quorum von 6.300 Studenten (ein Drittel der immatrikulierten 19.000) noch nicht erreicht haben, beschloß eine Versammlung der Fachschaftsräte die Urabstimmung bis einschließlich Mittwoch, den 2. November, zu verlängern. Die Urabstimmung selbst wurde nicht, wie an anderen Hochschulen, beispielsweise Stuttgart und Heidelberg, durch offen repressive Maßnahmen von der Universitäts- und Staatsbürokratie behindert. Die Erfahrungen der letzten Jahre in Tübingen, daß Repressionsmaßnahmen die solidarische Beteiligung an der Urabstimmung eher erhöhen, bewog die Unileitung dazu, über Presseerklärungen und Flugblätter in die allgemeine Terrorismushysterie einzustimmen, um den Studenten zu suggerieren, die legitime, in bestimmten politischen Situationen gerechtfertigte Übertretung des herrschenden Rechts sei der Beginn des Terrors. So schreibt Universitätspräsident Theis:
„ 'Urabstimmung' und 'Streik' sind eine Verletzung des für alle Angehörigen der Universität geltenden Hochschulrechts...
Die Studenten sollten sich darüber im klaren sein, daß nach den Ereignissen der letzten Wochen unsere Bürger und der Staat empfindlich geworden sind gegen bewußte Mißachtung des geltenden Rechts - gerade an den Hochschulen ...
Ich bitte Sie daher als Student und Staatsbürger, sich an 'Urabstimmung' und 'Streik' nicht zu beteiligen, um damit auch nach außen sichtbar werden zu lassen, daß Universität und Bürger gleichermaßen bereit sind, Recht und Gesetz zu achten."

Da die Mittel und Methoden der offenen Repression, zwar nicht immer, aber doch in den meisten Fällen , eine solidarische Reaktion auslösten, versuchte der Universitätspräsident über die subtilere Form ideologischer Kriegsführung, die Urabstimmung und damit den Streik zu verhindern.

Am Mittwochabend, dem 2.11., wird eine studentische Vollversammlung endgültig über den Streik ab dem 3.11. gegen das Landeshochschulgesetz beschließen.

WIEDER BASISGRUPPENASTA IN KASSEL

ZUR WIEDERWAHL DES BASISGRUPPEN–ASTA IN KASSEL ERHIELTEN WIR VOM NEU GEWÄHLTEN ASTA–KOLLEKTIV FOLGENDE ERKLÄRUNG

KASSEL
1.November

Wer heute die Lüge und die Unwissenheit bekämpfen und die Wahrheit schreiben will, hat zumindest fünf Schwierigkeiten zu überwinden:
Er muß den <u>Mut haben</u>, die Wahrheit zu schreiben, obwohl sie allenthalben unterdrückt wird; die <u>Klugheit</u>, sie zu erkennen, obwohl sie allenthalben verhüllt wird; die Kunst sie handhabbar zu machen als eine Waffe; das <u>Urteil</u>, jene auszuwählen, in deren Händen sie wirksam wird; die <u>List</u>, sie unter diesen zu verbreiten. (B.Brecht)

Die Basisgruppenliste (bgl), der Zusammenschluß verschiedener autonomer Basisgruppen der ghk, als Ausdruck der studentischen undogmatischen, sozialistischen Linken in Kassel erhielt zum dritten Mal eine deutliche Mehrheit im Studentenparlament (Stupa) der Gesamthochschule Kassel (GHK), die Hälfte (15) aller Sitze (30).
Sie stellt somit auch wieder den Allgemeinen Studentenausschuß der GHK(AStA).

Auf der 1. und 2. Sitzung des 7. Stupas am 21.10. und 28.10. wurden folgende Studenten gewählt:
Ghassan El-Badwan (Ausländische Kommilitonen)
Iring von Buttlar (Hochschule)
Gottfried Schaumlöffel (Soziales)
Christian Zimmermann (Gremien)
Jürgen Blutte (Finanzen)

Trotz dieser Resortverteilung verstehen wir uns als ein KOLLEKTIV, das alle Entscheidungen in gemeinsamer Verantwortung trifft und trägt.
Dieser Kollektiv-Gedanke ist Ausdruck einer Politik, deren Ziel der Abbau von Herrschaftsverhältnissen innerhalb und außerhalb der Hochschule ist mit der Intention, ein selbst- und mitbestimmtes Arbeiten und Leben zu verwirklichen.

Wir verstehen unsere Aufgaben und unsere Politik nicht als Stellvertreterpolitik und werten unsere politische Arbeit als den Versuch, die Hierarchie politisch Handelnder durch ein basisdemokratisches Prinzip zu ersetzen. Deshalb werden wir die Studenten/innen in den einzelnen Fachbereichen nachhaltig ermuntern und ermutigen, ihre Bedürfnisse zu artikulieren, alternative Vorstellungen zu entwickeln und Aktionsformen zu deren Durchsetzung zu bestimmen.
Dabei sollten nicht ausschließlich negative Erfahrungen in den Vordergrund gerückt werden, sondern ebenso muß die Benennung positiver Erfahrungen als Beispiele verwirklichter Selbst- und Mitbestimmung erfolgen.
Dabei steht die Auseinandersetzung mit der Hochschule GHK im Vordergrund.

Dieses Politikverständnis und die implizierten Aufgaben sind keineswegs Ausdruck studentischer Nabelschau. Die gesellschaftlichen Bedingungen, durch zunehmende Repression und Verelendung in nahezu allen Bereichen gekennzeichnet, sind integraler Bestandteil unserer Überlegungen und Handlungen. Wo immer wir es für nötig halten und wo immer wir von der Studentenschaft dazu aufgefordert werden, werden wir uns hierzu äußern.
In der Auseinandersetzung und Aufgabenstellung der folgenden Wochen und Monate wird die Diskussion und Aktion betreffs der Novellierungen Hessischer Hochschulgesetze zentrale Bedeutung haben. Wir werden die in den Novellierungen enthaltenen Angriffe auf die Verfaßte Studentenschaft und Studien- und Prüfungsbedingungen, die eine Ausschaltung studentischer Interessenvertretung zum Ziel haben.

Wir hoffen und bemühen uns dabei um ein breites Bündnis aller an der Hochschule studierenden und arbeitenden Menschen. Weiterer zentraler Punkt wird die kritische Auseinandersetzung mit den Formen und dem Inhalt der Gesamthochschule Kassel sein.
Darüberhinaus werden wir den Kommilitonen/innen in Sozial- und Rechtsfragen zur Seite stehen.

Unserem basisdemokratischen Verständnis folgend werden wir Auseinandersetzungen und Ansätze von Widerstand und Veränderung unterstützen.
Ziel aller Bemühungen ist die Verwirklichung einer sozialistischen Basisdemokratie und einer menschlichen Gesellschaft und Umwelt; oder zumindest Grundlagen hierfür zu legen.

Mit der Presseerklärung zur Wiederwahl haben uns die Genossen gleichzeitig eine Erklärung des Studentenparlaments (Stupa) geschickt, die zu den "Vorfällen im Stammheimer Knast" Stellung bezieht. Dies ist die erste Erklärung eines AStAs zu diesem Thema, wir würden uns weitere, die ebenso deutliche Fragen aufwerfen, wünschen.

PRESSEMITTEILUNG

(Was passierte im Stammheimer Knast?)

Das Studentenparlament der GHK hat in seiner Sitzung am 28.10.77 untenstehende Resolution mit den Stimmen der Basisgruppen, des MSB-Spartakus, des LHV, sowie des RCDS gegen eine Stimme des KSB beschlossen.

RESOLUTION

Im Bewußtsein der Gefahr einer evtl. Diffamierung in der Öffentlichkeit fordert das Studentenparlament der Gesamthochschule Kassel die Einsetzung einer internationalen, unabhängigen Untersuchungskommission unter der Schirmherrschaft von "amnesty international" zur schonungslosen Aufdeckung der Ereignisse im Gefängnis Stuttgart-Stammheim während der letzten Tage.

Wir wollen weder vorschnell eine Selbstmord-, noch eine Mordtheorie aufstellen, sondern meinen, daß eine unabhängige Aufklärung dem Ansehen des Rechtsstaates "Bundesrepublik Deutschland" gerade im Hinblick auf die Skepsis in der westeuropäischen Öffentlichkeit guttun würde. Die für die Ereignisse so oder so mitverantwortlichen Justizbehörden von Baden-Württemberg halten wir dazu, weil direkt betroffen, für ungeeignet, die internationalen Zweifel über die Vorkommnisse auszuräumen. Deshalb sollte nicht nur der medizinische Teil der Ereignisse - wie bereits geschehen -, sondern gerade auch der nicht-medizinische Teil von unabhängigen Persönlichkeiten durchleuchtet werden. Die Fragen nach der Herkunft der Pistolen in den Zellen, evtl. Abschiedsbriefe o.ä. müssen klar beantwortet werden, um eine Mythenbildung in jeder Hinsicht zu verhindern.

MEDIZINSTUDENTEN DES 7. KLINISCHEN SEMESTERS AN DER UNI FRANKFURT ERZWANGEN DIE ÜBERNAHME ALLER STUDENTEN IN DAS PRAKTISCHE JAHR

FRANKFURT
Oktober 1977

Ebenfalls von der Fachschaft Medizin kam diese Meldung:

Das PJ (Praktische Jahr) ist der letzte Studienabschnitt, der die frühere Medizinalassistentenzeit ersetzt und unbezahlt an einem akademischen Lehrkrankenhaus abgeleistet werden muß.

Nach Abschluß der Prüfung des 2. klinischen Abschnittes fehlten an der Uni Frankfurt ca. 50 Plätze im Praktischen Jahr. Ungeachtet dessen, daß seit 1970 die Notwendigkeit der Einrichtung von Plätzen an akademischen Lehrkrankenhäusern allen Verantwortlichen bekannt ist, ist seit 7 Jahren kaum was in der Regelung des letzten Ausbildungsabschnittes getan worden. Die AO (Ausbildungs-Ordnung), angetreten mit dem Anspruch größerer Praxisnähe und den Entrümpelungen alter Studieninhalte, entlarvt sich immer mehr zur Frühgeburt des späteren Hochschulrahmengesetzes (HRG) und dessen bekannter Intention.

Von unseren Forderungen, für die wir im Sommersemester gestreikt haben, und zwar Abschluß eines Ausbildungs- und Tarifvertrages, der beinhaltet Vertretung durch den Personalrat, Recht auf freie und politische Betätigung, einschließlich Streikrecht, Ausbildungsvergütung von z.Z. 700 DM und Sozialleistungen, Übernahmen aller Studenten nach dem Bestehen des 2. Teils der ärztlichen Prüfung ins Praktische Jahr, ausreichende materielle und personelle Ausstattung der Lehrkrankenhäuser, einschließlich der Einrichtung von Polikliniken, wurde Anfang Oktober nur noch über die Forderung nach Übernahme aller Studenten ins Praktische Jahr gesprochen und alle weiteren Forderungen fielen erst mal unter den Tisch. Es fehlten bis kurz vor Beginn des Praktisches Jahres immer noch 50 Ausbildungsplätze. Die Semestersprecher bereiteten deshalb eine Podiumsdiskussion vor, zu der der Dekan, Vertreter des Kultusministeriums und der akademischen Lehrkrankenhäuser eingeladen waren, die sich zu den Forderungen der PJ-Absolventen (Übernahme aller ins Praktische Jahr, aber keiner gegen seinen Willen nach Hanau, Darmstadt oder Fulda, Übernahme von Umzugs- und Fahrtkosten durch das Land) äußern sollten. Sie gaben folgende Stellungnahme ab: Plätze können nicht gesichert werden; es seien sogar durch „dreistes Auftreten" bei einem Besuch Frankfurter Studenten im Krankenhaus Hanau die Verhandlungen über die Einrichtung von PJ-Stellen geplatzt. (Tatsächlich hatten die Studenten einen Ausbildungs- und Tarifvertrag gefordert, es abgelehnt, für ein Mittagessen DM 3,50 zu bezahlen und zusätzlich zur 40 Stunden-Woche noch Nacht- und Wochenenddienst abzuleisten, sowie einen weiteren Streik zur Durchsetzung ihrer Forderungen für das Wintersemester 77/78 angedroht.)
Zu dem in der Ausbildungsordnung vorgesehenen Verhältnis (ein ausbildender Arzt auf 9 PJ-Studenten) äußerte sich das Kultusministerium folgendermaßen: Eine Verwirklichung dieser Forderungen sei gesichert, da man vorhätte, statt der vorgesehenen Streichung von 65 Arzt-Stellen an der Uni-Klinik nun nur noch 58 streichen zu wollen!

Am nächsten Tag, auf einer Semesterversammlung, wurde dann einstimmig ein Streik beschlossen, für den Fall, daß nicht alle einen Platz bekommen. Etwas später dann, bei einer Veranstaltung des Dekanats, wurden plötzlich wieder Stellen am Krankenhaus Hanau in Aussicht gestellt, doch nur unter der Bedingung, daß jeder Praktische Jahr-Absolvent vor Antritt einen 'Persil-Schein' zu unterschreiben hätte, daß er keinen Anstoß

daran nimmt, daß die Bedingungen am dortigen Krankenhaus nicht der Ausbildungsordnung entsprechen. Diese Forderung mußte das Dekanat jedoch nach einer erneuten Streikandrohung wieder zurücknehmen. Das Krankenhaus in Hanau stellt nun trotzdem Stellen für Praktische Jahr-Absolventen zur Verfügung.
Soweit waren zumindest vorläufig genug Praktische Jahr-Stellen vorhanden, das Ganze nennt sogar das Dekanat ein Notprogramm, was heißt, daß auf vielen Stationen eine Überbelegung stattgefunden hat und von Ausbildung keine Rede sein kann.
Die Verteilung auf die einzelnen Stellen an den Krankenhäusern wurde gemäß einer gemeinsam aufgestellten Forderung auf einer vorangegangenen Semester-VV von den Studenten öffentlich selber vorgenommen und nicht dem Dekanat überlassen.

Durch das gemeinsame spätere Auftreten an den Zentralkrankenhäusern konnte der schon von den Professoren eingeteilte Nacht- und Wochenenddienst erfolgreich abgelehnt werden.
Obwohl letztlich der Erfolg sehr gering erscheint und von den ursprünglichen Forderungen kaum eine erfüllt ist, wurde doch die scheinbar aussichtslose Situation, die noch einen Monat vorher herrschte, durch das ständige gemeinsame Handeln der Studenten verbessert. Es wurden 6 Semestersprecher gewählt, die wöchentlich zusammentreffen und alle neuesten Informationen den Studenten sofort per Brief übermitteln. Auf der Semeser-VV wurden fast alle Beschlüsse einstimmig gefaßt.

So ist ein Organisationsnetz entstanden, die Informationsstrukturen unter den Medizinstudenten wurden verstärkt, persönliche Beziehungen geknüpft und vor allen Dingen brachte diese Aktion die Erfahrung, daß gemeinsames Handeln noch immer - trotz aller Unkenrufe - allerhand in Bewegung zu setzen vermag. Die konsequente Verfolgung von studentischen Interessen in diesem Fall ist wohl auch die beste Streikvorbereitung , die laufen kann.



VORBEMERKUNG EINES EHEMALIGEN ABENDGYMNASIASTEN ZU DEN JÜNGSTEN VORGÄNGEN AM ABENDGYMNASIUM FRANKFURT

FRANKFURT
24. Oktober

Das Abendgymnasium Frankfurt, konzipiert und eingerichtet als Zuliefererbetrieb höherqualifizierter Arbeitskräfte für die Industrie, war schon Ende der sechziger Jahre von Austrocknung bedroht. Durch gemeinsame Aktionen der Schülerschaft konnte das Abendgymnasium jedoch seine Stellung halten und eine als direktes Ergebnis gemeinsamer Kämpfe erfolgte Politisierung konnte sogar eine räumliche und personelle Vergrößerung erzwingen. Zu dieser Zeit hielt es das Kultusministerium für sinnvoll, einen vergleichsweise liberalen Lehrer - Herrn Haller - dem Abendgymnasium als Leiter zuzuweisen, um keine Ausweitung des Konflikts zu provozieren. Diese Zugeständnisse des Kultusministeriums wurden natürlich mit dem üblichen Gesabber wie „Chanchengleichheit" etc. verschleiert.
Heute nun regen sich in den kleingeistigen Gehirnen der Kultusbürokratie Hessens - offensichtlich im Zuge der um sich greifenden Progromstimmung und Repression - Phantasiegebilde einer neuen Art von Regelung des Hochschulzugangs. Es scheint, als ob durch obrigkeitsstaatliche Regelungen gerade diejenigen von der Uni ferngehalten werden sollen, die auch nur in Ansätzen eine kritische Bewältigung herrschender Normen und Institutionen zeigen - wie das Abendgymnasium Frankfurt.

Anders kann der Landeskulturväterliche Rausschmiß Herrn Hallers und die unausgesetzten Versuche der Disziplinierung von Schülerschaft und Lehrern am Abendgymnasium wohl kaum erklärt werden.
Diese Streikresolution wurde von der Vollversammlung der Abendgymnasiasten [1] verabschiedet:

1) Bei einer Beteiligung von ca. 80% der Schüler des Abendgymnasiums (600 Leute) haben 80% für diese Erklärung gestimmt.

SCHÜLER SCHREIBEN:

WARUM DAS ABENDGYMNASIUM FRANKFURT SCHON WIEDER STREIKEN MUSS.........

FRANKFURT 2.November — Der Schulleiter des Abendgymnasiums (AG) Frankfurt, Hermann Haller, erhielt am 24.10.77 (erster Ferientag) ein Schreiben, in dem ihm seine sofortige Strafversetzung mitgeteilt wurde. Begründet wurde dies damit, wie in der Presse zu lesen war: „Haller hat den gestellten Anforderungen in der besonderen Situation des AG's nicht genügt." (Kultusministerium lt. Frankfurter Rundschau vom 28.10.77)-

Darüber sind wir empört und stinksauer. Es erscheint schon fast als eine Tradition, daß solche wichtigen Entscheidungen über uns immer in den Ferien getroffen werden.

Aber auch wir haben eine Tradition, nämlich 30 Jahre Nachmittagsunterricht. Als einziges Abendgymnasium in der BRD haben wir die Möglichkeit am Nachmittag die Schule zu besuchen. Daraus resultieren, wie erwiesen, bessere Leistungen, d.h. bessere Noten. Dies wird vom Kultusministerium und der Presse nun dazu benutzt, der Schule Notenmanipulation vorzuwerfen.

Diese Kriminalisierungsmaßnahmen spitzten sich in der Strafversetzung unseres Schulleiters, Hermann Haller, zu. Obwohl Herr Haller Schulleiter war, ist er kein blinder Befehlsempfänger. Er hat keine Schüler und Lehrer denunziert, wie von ihm erwartet wird, sondern sich so weit er konnte, für die Interessen der Schule eingesetzt. Deshalb ist er als Schulleiter nicht mehr tragbar.

Das Kultusministerium beabsichtigt damit Schüler und Lehrer einzuschüchtern und darüberhinaus, uns in der Presse durch Falschmeldungen zu diffamieren und somit zu isolieren.

Uns allen ist klar, daß das Endziel dieser Strategie die Auflösung des AG' s in seiner jetzt bestehenden Form ist. Wir haben uns schon

gegen die Nichtverlängerung der Arbeitsverträge von 2 Lehrern (6 Wochen vor dem Abitur) gewehrt,

gegen die Nachkorrekturen und die willkürlichen Notensenkungen der Abitursarbeiten 77.

gegen die Verlegung des Nachmittagunterricht auf den Abend,

gegen den kürzlich erlassenen Aufnahmestopp neuer Schüler.

Wir sind ab Montag den 31.Oktober 1977 in den unbefristeten Streik getreten, bis die Strafversetzung von Hermann Haller zurückgenommen wird und er seine Tätigkeit am AG Frankfurt wieder aufnimmt.

Unsere Forderungen sind:

- KEINE STRAFVERSETZUNG VON HERMANN HALLER
- SOFORTIGE AUFHEBUNG DES AUFNAHMESTOPP AM AG FFM
- OFFENLEGUNG ALLER ERLASSE UND VERFÜGUNGEN, DIE DAS AG BETREFFEN
- BEIBEHALTUNG DES NACHMITTAGUNTERRICHTS

Die Personalversammlung der Lehrer hat sich mit dem Streik der Schüler solidarisch erklärt.

WIR BRAUCHEN SOLIDARITÄT!

Die in den Ferien ad hoc einberufene Personalversammlung der Lehrer verabschiedete diese Erklärung:

Presseerklärung des Abendgymnasiums Frankfurt

> **„Die Bildungspolitik bleibt auch in Zukunft die wichtigste Aufgabe der Landesregierung. Ich mache mir Sorgen um die junge Generation. Wir dürfen diese Generation mit ihren Problemen in der Schule ... nicht allein lassen."**
> (Regierungserklärung Holger Börners)

Auch in diesen Ferien unternahm das Regierungspräsidium im Auftrage des Kultusministers einen Schlag gegen das Abendgymnasium: Am Montag dieser Woche erhielt der Schulleiter des Abendgymnasiums Frankfurt die Mitteilung, seine sofortige Versetzung an eine andere Stelle sei beabsichtigt. Dem Personalrat wurde mitgeteilt, die Versetzung erfolge sofort, denn „die Natur der Sache" dulde keinen Aufschub.
Uns sind die Gründe dieser Maßnahme nicht bekannt, aber wir werden nicht widerstandslos hinnehmen, daß der Schulleiter gegen seinen und gegen unseren Willen versetzt wird.
Die Politik gegen das Abendgymnasium ist so bequem wie übel:
Mit der Drohung und Erpressung wurde versucht, schlechtere Noten durchzusetzen; die von uns geforderten Gespräche über Inhalte des Unterrichts und Kriterien ihrer Beurteilung wurden verweigert. Die Forderung nach einer Auseinandersetzung mit den Beurteilungskriterien des Regierungspräsidiums und mit den unsrigen ist so alt wie das eigenständige Abendgymnasium. Die Vorgesetzten drücken sich vor dieser Auseinandersetzung.
Stattdessen versucht jetzt der Kultu sminister, das Abendgymnasium einfach aufzulösen. Wir wissen bisher nur so viel: Wir haben einen Aufnahmestopp, also in drei Jahren keine Schüler mehr...
Seit August bemühen wir uns vergebens, wenigstens den Wortlaut des Erlasses zu erhalten, der die Auflösung unseres Arbeitsplatzes betreibt. Auch hier fanden und finden keine Gespräche mit den Betroffenen statt. Wir erfahren die Meinung der Dienstaufsicht über unsere Arbeit stets nur aus der Presse, dort werden selbst Diffamierungen verbreitet, wie die, die Lehrer „kungelten" mit den Schülern um die Noten (FRANKFURTER RUNDSCHAU 25.10.77). Der Nachweis bleibt selbstverständlich aus.
Anfragen zum Abendgymnasium werden zum dritten Mal im Kulturausschuß des Landtags verhandelt. Wir sind selbstverständlich weder zu den Fragen noch zu den Antworten gehört worden.

Bisheriger Höhepunkt dieser Politik ist nun die geplante Versetzung des Schulleiters. Die Art und Weise, in der Schulleiter Haller mitgespielt wird, muß inhuman und widerlich genannt werden. Ohne begründendes Gespräch erhielt er schriftlich vom Amtsjuristen die Nachricht seiner beabsichtigten sofortigen Versetzung. Kollege Haller ist krank, zusammengebrochen.
Diese blitzschnelle Strafversetzung ist eine politische Maßnahme: Die Schulleitung hat sich für die Verteidigung des Zweiten Bildungsweges eingesetzt, statt ihre Funktion darin zu sehen, die Empörung der Lehrer und Studierenden zu unterdrücken: die Empörung über fehlende Räume und die entwürdigende Verschaukelung durch die Stadt Frankfurt in der Raumfrage, die Empörung über die verzögerten oder nur zynischen Behandlungen von Dienstaufsichtsbeschwerden, über Disziplinierungsversuche an Kollegen, die ihre Meinung in Leserbriefen oder in der gewerkschaftlichen Presse äußerten, über Lehrerkündigungen und drohende Schulschließung, über Um- und Übergehen des Personalvertretungsgesetzes, über die höchst unzulängliche Begründung von Notenveränderungen durch das Regierungspräsidium, die mit Recht das matte Licht des Kulturausschusses zu fürchten haben, über den bestehenden Aufnahmestopp und vieles mehr, das uns täglich zeigt: Diese Bildungspolitik des Staates berücksichtigt nicht die Interessen der Betroffenen.

Haller soll strafversetzt werden, weil er nicht dagegen aufgetreten ist, daß Lehrer und Schüler gemeinsam ihre Interessen vertreten und weil er die gewerkschaftlichen Aktivitäten der Kollegen nicht - wie dies seine Vorgesetzten von ihm erwarten - verboten und disziplinarisch verfolgt hat.
Wer sich auf die Interessen der Schüler auch nur einläßt, wer sich gewerkschaftlich organisiert, ist nicht mehr das willfährige Instrument der „Bildungspolitik". Dies ist der Kern des „Kungelei"-Vorwurfs. Die Strafversetzung von Haller ist nur ein Teil der allgemeinen, verschärften Disziplinierung, die alle Kollegen trifft: Zensurmaßnahmen, Aufforderung zur Denunziation, Bespitzelung, Berufsverbote. Das Abendgymnasium soll als exemplarischer Exekutionsfall einschüchternd auf die anderen Kollegen wirken, die den Notenzauber nicht widerspruchslos hinnehmen.

INTERNATIONALES

INITIATIVE ZUR VERTEIDIGUNG DER BÜRGERRECHTE UND DER DEMOKRATISCHEN FREIHEITEN IN DER BRD GEGRÜNDET.

ROM
26. Oktober

Erklärung des Initiativ- und Unterstützungskomitees zur Verteidigung der Bürgerrechte und der demokratischen Freiheiten in der Bundesrepublik Deutschland:

"Das Problem der Demokratie in Deutschland ist historisch immer von entscheidender Bedeutung für Europa gewesen. Der Durchbruch der Diktatur oder auch nur autoritärer Regierungsformen in Deutschland hat immer Krieg und Unheil für den ganzen europäischen Kontinent und sogar für die ganze Welt bedeutet. Das Engagement von Bürgern anderer europäischer Länder für die Demokratie in Deutschland kann daher keinesfalls als ungerechtfertigte Einmischung in innere Angelegenheiten eines anderen Landes betrachtet werden, vor allem in einem Augenblick, in dem sich der politische Einigungsprozess in Westeuropa beschleunigt: Es handelt sich in der Tat ebenso um ein [illegible]nzösisches, englisches, italienisches oder skandinavisches [illegible]e um ein deutsches Problem.

Seit Januar 1972 ist die Praxis der Berufsverbote das sichtbarste Instrument einer autoritären und repressiven Rückentwicklung einer Demokratie, die bereits weite Teile der Verfassungsordnung und der Verwaltung in der BRD kennzeichnet. Diese Praxis ist Teil eines sich in besorgniserregendem Tempo verschlechternden Klimas der Verleumdung und Verfolgung ganzer intellektueller Bereiche (Universitäten, Schulen, Verlage, Zeitunge, Bücher, Schriftsteller, Journalisten, Film, Theater) und einer de-facto-Errichtung von Zensur- und Selbstzensur-Mechanismen, die im Extremfall die Möglichkeit einer freien politischen Diskussion in den lebendigsten Kreisen der BRD unmöglich machen., gleichzeitig aber dazu führen, daß der "Fall Kappler", trotz der neonazistischen Umtriebe, die er hervorrief, keinesfalls in seiner Bedeutung als Skandal begriffen wird.

Das Verbot einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst für alle, die nach Ansicht der Behörden nicht die Garantie liefern, "jederzeit die freiheitliche und demokratische Grundordnung z[illegible]rteidigen", hat seine tief verwurzelte Tradition im Sozialistengesetz von 1878, das ausdrücklich gerichtet war gegen "auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteter Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise", im Nazi-Gesetz vom 7. April 1933, das die gleichen Prinzipien bekräftigt, und dem sogenannten "Adenauer-Erlass" von 1950, der wiederum mit der prinzipiell gleichen Begründung Angehörige "kommunistischer" Organisationen vom öffentlichen Dienst ausschließt – unter ihnen sogar Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und verschiedener Friedenskomitees.

Mit diesen Gesetzen und Erlassen macht sich der Staat zum Garant der Konservierung der bestehenden Sozialordnung und unterdrückt mit legalen Mitteln jede weitere demokratische Entwicklung der Gesellschaft. Er verfolgt damit ein antihistorisches Modell der Abschaffung der sozialen Konfliktfähigkeit, das, in seinen äußersten Konsequenzen, in die Errichtung einer offenen Klassendiktatur münden muß. Die wichtigsten Etappen der Legalisierung der Repression in der BRD waren: 1956 das Verbot der KPD, 1968 die Notstandsgesetze, 1972 das Berufsverbot, 1974 - 1977 die Einschränkung der Verteidigerrechte in Strafprozessen und zahlreiche Gesetzesänderungen zum Verbot der "Befürwortung" von Gewalt, von Schriften und Taten, die sich gegen die Sicherheit und Existenz des Staates richten, zur totalen Isolierung aller der unter dem Verdacht der Bildung einer terroristischen Vereinigung Verhafteten, insbesondere zur Isolierung von den eigenen Anwälten. Gerade der totale Abschluß der Häftlinge von der Außenwelt hat unter anderem das Blutbad in Stammheim, dessen Umstände und Hintergründe voll aufgedeckt werden müssen, möglich gemacht.

Unter diesen Bedingungen und nach den neuesten terroristischen Anschlägen wird das politische Klima der Liberalität durch den Gesetzgeber selbst untergraben, aber vor allem auch durch die Manipulierung der öffentlichen Meinung, die zu einer regelrechten Hexenjagd und zur Verherrlichung besonderer Polizeieinheiten mobilisiert wird. Dabei zeigen sich Erscheinungen, die schon fast den Charakter eines elitären Rassismus annehmen.

Diese Entwicklung richtet sich schließlich auch gegen die progressiven Kräfte innerhalb der sozial-liberalen Regierungskoalition und nährt die Pressekampagne der extremen Rechten, vor allem in den CDU/CSU-regierten Ländern, wobei Persönlichkeiten wie Willy Brandt, Heinrich Böll, Günther Grass, Luise Rinser, Peter Brückner u.v.a., als Sympathisanten des Terrorismus diffamiert werden. Hierbei zeichnet sich eine erneute Einschränkung der politischen Freiheiten ab, durch die Verbotsdrohung gegen politische Bewegungen, die links von der Sozialdemokratie stehen.

Unsere Solidarität umfaßt alle, die diffamiert und verfolgt werden, weil sie ihrer politischen Kritik legitimen, vom Gesetz selbst garantierten, freien Ausdruck gegeben haben. Wir rechnen mit der Unterstützung all derer, denen die Demokratie und folglich auch der Friede in Europa am Herzen liegt. Unsere Initiative ist alles andere als antideutsch. Sie ist vielmehr Ausdruck unserer Freundschaft gegenüber dem deutschen Volk. Wir sind tief besorgt, daß unter dem Eindruck der Verbreitung des Terrorismus und der Kriminalität, die wir entschieden als politische Kampfmitttel ablehnen, in der BRD ein Restriktionsprozess der verfassungsmäßig verbrieften Freiheiten in Gang gesetzt wurde und daß dieser Prozess, wegen der objektiven Hegemonie, die die BRD heute mit ihrem ökonomischen Potential über unseren Kontinent ausübt, um sich greift und sich in unliberalen Gesetzen zur Erhaltung der "öffentlichen Ordnung" niederschlägt. Solche Gesetze würden keineswegs die politischen und sozialen Probleme lösen, in denen die heutige Krise wurzelt, sondern die demokratischen Institutionen und Entwicklungsmöglichkeiten nur weiter aushöhlen. Dies in einem Augenblick, in dem das soziale und politische Engagement breiter Teile der Bevölkerung überall in Europa, vor allem der Arbeiter und Studenten, die wichtigste Garantie für den Kampf um die Erhaltung der Demokratie und für ihre Ausdehnung auf alle Bereiche der Gesellschaft darstellt.

Unsere Initiative will schließlich eine Auffforderung an alle deutschen Demokraten sein, insbesondere an diejenigen, die in den Parteien der sozialliberalen Regierungskoalition und in den Gewerkschaften tätig sind, damit ihr Land einen Ausweg aus dieser, die Freiheit stets weiter einengenden Spirale der Gewalt finde, an deren Ende nur die Niederlage aller demokratischen Kräfte, sowohl der liberalen als auch der sozialdemokratischen, stehen kann.

Ausgehend von der Tatsache, daß der Kampf um die Entwicklung der Demokratie in Europa nicht vom Kampf um die Entwicklung der Demokratie in der BRD zu trennen ist, setzt sich unser Komitee das Ziel, die autoritäre Entwicklung, die sich in der BRD vollzieht, zu analysieren und zu dokumentieren; mitzuarbeiten mit den demokratischen Initiativen und Komitees, die sich in der BRD und auf internationaler Ebene dieser Tendenz wiedersetzen; selbst Initiativen zu ergreifen und durch unsere Solidarität mit den Opfern der Repression den Kampf der demokratischen Kräfte in der BRD zu unterstützen.

Lelio Basso, Senator, Rom
Padre Balducci, Ordensgeistlicher, Professor, Florenz
Cesare Cases, Professor für Germanistik, Turin
Enzo Collotti, Historiker, Bologna
Mario Dido, Vorstandsmitglied des ital. Gewerkschaftsbundes CGIL, Rom
Inge Feltrinell, Verlegerin, Mailand
Emilia Giancotti, Professor für Philosophie, Urbino
Lucio Lombardo-Radice, Mitglied des ZK der KPI, Professor für Mathematik, Rom
Federico Mancini, Mitglied des obersten Rats der italienischen Justiz, Bologna
Aldo Natoli, Arzt und Journalist, Rom
Saverio Senese, Sekretär des Richterbundes "Magistratura Democratica", Pisa
Alberto Tridente, Vorstandsmitglied der Einheitsgewerkschaft der italienischen Metaller FLM

Kontaktadresse: Issoco, Roma, Via della Dogana Vecchia 5

SCHLIESSUNG VON CONTRO RADIO

Florenz
3.November

Contro Radio ist eine Radiostation von autonomen Gruppen — wie Radio Alice — Am Dienstag, den 25. Oktober sollte es eine Demonstration geben, die sich gegen einen Prozeß richtete, in dem drei Studenten wegen Werfens von Molotowcocktails angeklagt waren. Kurz vor Beginn der Demo wurde plötzlich von den Bullen ein Demonstrationsverbot ausgesprochen. Begründung: Anschläge in den letzten Tagen auf deutsche Firmen und Einrichtungen in ganz Italien etc. Es herrschte brodelnde Atmosphäre. Es kam zu einer Auseinandersetzung mit den Bullen, weil verschiedene Gruppen versuchten,ins Zentrum von Florenz zu kommen.

Abends wurde die Radiostation von Polizei besetzt, durchsucht und geschlossen. Festnahmen gab es keine. Der Magistrat begründete die Schließung damit, daß CONTRO RADIO während der Demonstration Telefonanrufe koordiniert hat und versucht hat, die Demonstration dadurch möglich zu machen. Während der Demonstration wurden 28 Leute festgenommen, gegen 22 soll sehr bald ein Prozeß laufen. CONTRO RADIO hat wie lotta continua im Oktober vom Kommando Siegfried Hausner ein Ultimatum mit Bild von Schleyer erhalten.

PROTEST GEGEN NEUTRONENBOMBE BEI KIRCHENBESUCH CARTER'S

WASHINGTON
18. Oktober

Die Proteste gegen die Neutronenbombe in den USA gehen weiter. Fünf Pazifisten lasen Mitte Oktober, als Präsident Carter mit seiner Frau und Tochter die Baptistenkirche von Washington besuchte, eine Protestrede gegen die Neutronenbombe und atomare Bedrohung vor. Unter den fünf Pazifisten sind eine ehemalige katholische Schwester und ein ehemaliger Priester. Einer von ihnen begann während der kirchlichen Zeremonie mit seiner Erklärung, wurde aber gleich von einem Kirchendiener beiseitegeschleift, worauf der zweite der Pazifisten an der Stelle weitermachte, an der der erste aufhörte usw.

Während dieses Protestes rührten sich Carter und Familie nicht. Als er die Kirche verließ, wurde Carter von einem anderen Demonstranten aufgefordert, sein Veto gegen die Neutronenbombe einzulegen.

Gegenüber Journalisten meinte Carter später, er sei einverstanden mit dem Ziel der Demonstranten, die Atomwaffen abzuschaffen, er halte es aber für einen Fehler, die religiöse Zeremonie gestört zu haben .....

(aus: Corriere della Sera, 18.10.77)



Transparent, das auf der Beerdigung von Baader, Ensslin und Raspe in Stuttgart getragen wurde (siehe Bericht Seite 7).

HAUSMITTEILUNG

SPIEGEL–STORIES ÜBER DEN ID

„Ich habe im Spiegel gelesen, daß der ID vor Monaten mit der RAF gebrochen hat", sagt mir ein Bekannter, der den ID selten, den Spiegel regelmäßig liest. „Ich finde das gut", sagt er.
„Stimmt das, was der Spiegel über den ID geschrieben hat? " fragt ein Mitarbeiter des „Stern" in der ID-Redaktion an.

Kein Zweifel: Nichts stimmt. Was die Spiegel-Schreiber zum Anlaß für ihre Unterstellungen benutzt und ausführlich zitierend veröffentlicht haben, beruht auf einem Vorgang, über den im ID 185 nachzulesen ist. Dazu hier nur soviel: Mitarbeiter des „Internationalen Komitees zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa, deutsche Sektion", die von Fall zu Fall Pressemeldungen herausgeben, die von der BRD-Presse glatt übergangen werden, brachten ein Dokument zur Lage der Gefangenen aus der RAF in die ID-Redaktion mit der Bitte um Veröffentlichung. Aus verschiedenen Gründen, über die nachzulesen ist, war an eine Veröffentlichung nicht zu denken. Eine ID-Mitarbeiterin hatte dazu verschiedene Einwände für die ID-interne Diskussion schriftlich fixiert, die dem IVK zur Kenntnis gegeben wurden. Diese internen Notizen veröffentlichte das IVK in einer Materialmappe, die im Buchhandel zu beziehen war. Das fanden wir infam, daher der Brief an das IVK, in dem wir u.a. sagten, auf Besuche des IVK zu verzichten.
Was der Spiegel daraus macht und damit unterstellt (und wir wurden auch nicht danach gefragt) ist, mit Zitaten aus dieser Korrespondenz den Beweis eines Bruches zwischen RAF und ID hochzujubeln. Den Spiegel-Schreibern hatte es gerade gepasst, über „Sympathisanten" zu „berichten". Vorneweg las sich das so :„Zwietracht herrscht zwischen Terroristen im Untergrund und Radikalen, die zu Mord und Totschlag auf Distanz gegangen sind."
Wenn Günther Wallraf über die Bildzeitungs-Mache sagt, daß Bild-Chefs aus dem Komplex an Informationen zu einem bestimmten Vorgang eine einzeln herauspicken, um daraus einige wissentlich falsche, aber „knallige" Zeilen ins Millionenblatt zu schmieren, dann ist die Spiegel-Masche so gedreht, daß aus einer Fülle von zusammenhanglosen Informationen eine neue Story gestrickt wird, in der die Halbwahrheit als Tatsache behauptet wird.
Aus der Story läßt sich folgendes Muster herauslesen: „Wiesbaden, Frankfurt und der Taunus gelten im BKA", dem Bundeskriminalamt, der vom Spiegel hofierten amtlichen Quelle (siehe auch ID 195 über BKA, Spiegel und ID) „als wichtigster logistischer Operations- und Ruheraum jener Bande..."; „die Vermutung liegt nahe, daß es in dieser Region an Sympathisanten nicht mangelt." „Fast flehentliche Solidaritäts-Appelle der Stadtguerilla an ihre früheren Freundeskreise..." „Die Devise der ‚Revolutionären Zellen' und der RAF-Kader („Sofort und überall den revolutionären Kampf beginnen") ist mit den Ideen der Spontis nicht mehr zu vereinbaren..." „wer da freilich schießt und bombt, erpreßt und terrorisiert, ist nicht auszumachen, solange Mitwisser im Umfeld aus Angst vor Liquidierung nicht auspacken..." / „die Untergründler..."/ „ Begonnen hat der Bruch vor Monaten, als etwa der Frankfurter ‚Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten' - beim Staatsschutz als ‚öffentliches Forum der Stadtguerilla' (BKA) verrufen - Erklärungen der RAF nur mehr mit Kürzungen und distanzierenden Randbemerkungen veröffentlichen wollte." /„Mit ausgelöst wurde die Absetzbewegung..." undsoweiter.

Im Klartext: Der ID, ein früherer Freundeskreis der Stadtguerilla, mordet nicht mehr und schlägt nicht mehr tot, betrachtet dies auch nicht mit Sympathie, will nicht mehr sofort und überall den revolutionären Kampf beginnen, weiß aber Bescheid wer da schießt und bombt, erpresst und terrorisiert, schweigt als Mitwisser, will Erklärungen der RAF nur mehr mit Kürzungen und distanzierenden Randbemerkungen veröffentlichen, ist Teil einer Absetzbewegung, unterstützt nicht mehr die RAF, ihre Politik, ihren Kampf.
Was will der Spiegel damit? In Zukunft schreiben :„Kriminelle Vereinigung ID"? - Offensichtlich.

Wir meinen, daß wir entsprechend unserem Selbstverständnis als Sprachrohr für „unterbliebene Nachrichten", die in der bürgerlichen Presse unterschlagen werden, uns von niemandem abzusetzen haben, mit dem wir nicht zusammensitzen. Wir erklären die vom Spiegel gestreuten Vermutungen zu Unterstellungen, die aus der Feder des BKA fließen. Die Gegenöffentlichkeit, als deren Teil wir uns begreifen, kann auf kaffeesatzlesende Storyschreiber und ihre Spiegel gern verzichten. So ziemlich alles, was der Spiegel bisher über den ID veröffentlicht hat, war schlicht gelogen.
Wir werden uns weiterhin mit Verfassern von uns zugehenden Meldungen kritisch und solidarisch auseinandersetzen, wir haben nicht vor, diese Informationen „nur mehr" mit Kürzungen und distanzierenden Randbemerkungen zu veröffentlichen.



1 Geschätztes Alter

2 Gesamterscheinung ☐ gepflegt ☐ ungepflegt
- 2.1 Haltung ☐ aufrecht ☐ vorgeneigt
- 2.2 Auftreten ☐ sicher/gewandt ☐ unsicher
- 2.3 Stimme ☐ hoch ☐ tief ☐ hell ☐ heiser
- 2.4 Sprache ☐ gewählt ☐ hochdeutsch ☐ Dialekt/welcher? ☐ gebrochen deutsch ....
- 2.5 Gang ☐ aufrecht ☐ schleichend ☐ gebeugt ☐ trippelnd ☐ laufend ☐ watschelnd

3 Körperlänge .... (geschätzt an welchem Fixpunkt?)............

4 Körperform ☐ schlank ☐ stark ☐ schwächlich ☐ untersetzt

5 Frisur ☐ glatt ☐ gewellt ☐ Mecki ☐ Beatle ☐ gescheitelt-l/r ☐ ungescheitelt ☐ Glatze

6 Haarfarbe ☐ schwarz ☐ braun ☐ brünett ☐ dunkelblond ☐ hellblond ☐ weiß ☐ grau/meliert ☐ rot ☐ rot/blond

7 Kopfform ☐ rund ☐ oval ☐ Kreisel ☐ viereckig ☐ Pyramide

- 8.1 Augen ☐ braun ☐ grau ☐ blau ☐ blau/grau ☐ grün/gemischt ☐ schielt ☐ li ☐ re
- 8.2 Brillenträger Art) ☐ Sichtbrille ☐ Sonnenbrille
- 8.3 Augenbrauen ☐ dünn/schmal ☐ buschig ☐ gerade ☐ gebogen
- 8.4 Nasenform ☐ stirnfortsetz ☐ gradlin ☐ eingebog ☐ ausgebog ☐ wellig ☐ groß ☐ klein ☐ dick/breit
- 8.5 Mund ☐ groß ☐ klein ☐ aufgeworfene Lippen (Neger) ☐ Oberlippe dick ☐ Unterlippe dick ☐ Oberlippe schmal/dünn ☐ Unterlippe schmal/dünn
- 8.6 Kinn ☐ vorspringend ☐ eckig ☐ Doppelkinn ☐ zurückweich ☐ spitz ☐ Kinngrübchen
- 8.7 Bart ☐ Kinnbart ☐ Backenbart ☐ Oberlippenbart

9 Hände
- 9.1 Zustand ☐ gepflegt ☐ ungepflegt ☐ abgearbeitet ☐ schwarze Näg ☐ abgekaute Nägel
- 9.2 Wuchs ☐ schmal ☐ breit ☐ Wurstfinger ☐ knochig ☐ behaart ☐ unbehaart

10 Bekleidung
- 10.1 Mantel Farbe .... ☐ Schnitt/Knopfleiste
- 10.2 Anzug " .... ☐ Einreiher ☐ Zweireiher
- 10.3 Kombination
  - Sakko Farbe .... ☐ einreihig ☐ zweireihig
  - Blouson " .... ☐ geknöpft ☐ Reißverschluß
  - Leder " .... ☐ geknöpft ☐ Reißverschluß
- 10.4 Oberhe " .... ☐ Pullover Farbe .... Form ....
- 10.5 Hose " .... ☐ enges Bein ☐ weites Bein
- 10.6 Kopfbed " .... ☐ Hut ☐ Baskenmütze ☐ Schirmmütz

11 Schmuck ☐ Talismann ☐ Armband ☐ Ringe

Herausgeber: Bundeskriminalamt, Druck: Bundesdruckerei

aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt
tel.0611/70 57 72

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".